

Die Neue Gesellschaft

2

Herausgegeben

für die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Willy Brandt

Prof. Dr. Helmut Jochimsen

Prof. Dr. Peter Langefeld

Friedel Schirmer

Prof. Dr. Carlo Schmid

Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm

Heinz O. Vetter

Redaktion:

Dr. Heinz Dieter Bauer

Dr. Karl-Ludolf Hübener

Hans Schumacher (verantwortlich)

Anschrift der Redaktion:

83 Bonn, Bundeskanzlerplatz

Bonn-Center A III 502

Telefon 22 50 73, 22 50 83

Redaktionsbeirat:

Herbert Wehner

Hans-Eberhard Dingeles

Bruno Friedrich

Wolfgang Jansen

Dr. Jens Litten

Joachim Raffert

Dr. Werner Thönnessen

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,

Telefon (0 22 21) 88 31

Postcheckkonto Köln 580 70

Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,

Bonn, Nr. 10 11 88 08

Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,

Kölner Straße 108-112

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen

Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM

zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim

Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreisliste Nr. 7

Seite

91	<i>Erhard Eppler</i> Die europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt
98	<i>Jos van Eynde/Edmond Leburton</i> Die Europäische Gemeinschaft und die Welt
100	<i>Katharina Focks</i> Europapolitik wird zur europäischen Innenpolitik
106	<i>Roy Jenkins</i> Auf dem Weg zu einer demokratischen und entscheidungsfähigen Europäischen Gemeinschaft
110	<i>Jens Otto Krag</i> Die Position der kleineren Staaten in einem Vereinigten Europa
113	<i>Bruno Kreisky</i> Betrachtungen eines Österreichers zur europäischen Integration
117	<i>Silvio Mansholt</i> Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa
122	<i>François Mitterrand</i> Europa und die USA
127	<i>Theo Raschaert</i> Antworten der Gewerkschaften an die Gemeinschaft
134	<i>Aldero Spinelli</i> Grundlagen einer Regional- und Industriepolitik der Gemeinschaft
140	<i>Jaap den Uyl</i> Vom Wohlfahrt zur Qualität des Lebens

Zum Inhalt

Das vorliegende Heft der „Neuen Gesellschaft“ unterscheidet sich in zweifacher Hinsicht von seinen Vorgängern: Zum einen ist es nur einem einzigen Thema, nämlich der Europäischen Gemeinschaft aus sozialdemokratischer Sicht, gewidmet, und zum anderen erscheinen acht weitere Zeitschriften ähnlicher Art und gleicher Zielsetzung europäischer sozialdemokratischer Parteien im Februar 1973 mit demselben Inhalt. Diese acht anderen Zeitschriften sind: Mondo Operale (Italien — PSI); Nypolitik (Dänemark); Le Phare (Luxemburg); Revue Socialiste (Frankreich); Socialisme (Belgien); Socialistische Standpunten (Belgien); Socialisme en Democratie (Niederlande); Socialist Commentary (Großbritannien). Die Redaktionen der beteiligten Zeitschriften haben vereinbart, Reaktionen aus ihrer jeweiligen Leserschaft wiederum gemeinsam zu veröffentlichen.

Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt

In den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wird seit geraumer Zeit und mit deutlich wachsendem Engagement die Frage diskutiert, welche Rolle die Gemeinschaft künftig gegenüber den Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika übernehmen soll. Immer dringlicher wird in der entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit gefordert, Europa müsse intensiver als bisher zur Lösung der vielfältigen Probleme in der Dritten Welt beitragen. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat diesen Forderungen durch ihr Memorandum vom 27. Juli 1971 und durch das ergänzende Dokument vom 2. Februar 1972 insoweit Rechnung getragen, als sie darin ihre Vorstellungen über eine gemeinschaftliche Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern vorlegte. Der in diesen Dokumenten angeschnittene Fragenkomplex wurde dann auf der Ministerratstagung in Brüssel am 26. September 1972 erneut aufgegriffen und spielte auf der Gipfelkonferenz der europäischen Regierungschefs im Oktober 1972 in Paris eine bedeutsamere Rolle, als in der Öffentlichkeit deutlich wurde.

Kein Zweifel also: eine gemeinschaftliche europäische Entwicklungspolitik steht unabwiesbar auf der Tagesordnung der europäischen politischen Diskussion. Durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands zum Gemeinsamen Markt und die dadurch verursachte Ausweitung der Gemeinschaft ist sie noch unabweisbarer geworden. Einmal, weil die Europäische Gemeinschaft seit dem 1. Januar 1973 zum bedeutendsten Handelsblock geworden ist; zum anderen, weil vor allem durch den Beitritt Großbritanniens zugleich auch die dem Commonwealth angehörenden Entwicklungsländer zwangsläufig stärker als bisher die Aufmerksamkeit der europäischen Politik beanspruchen werden.

Der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Sicco Mansholt, erklärte am 17. April 1972 vor der Vollversammlung der



Erhard Eppler

Dritten Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen zur künftigen Rolle der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt: „Können wir uns auf die einfache Annahme verlassen, daß ein solcher mächtiger Markt automatisch den Entwicklungsländern nützt? Es gibt Gründe, daran zu zweifeln.“ Die Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten wird es in den nächsten Jahren sein, diese Zweifel in gemeinsamer geduldiger Anstrengung abzubauen. Wo liegen die Haupthindernisse einer wirksamen und sachgerechten europäischen Entwicklungspolitik?

Europa muß den Blick nach außen richten

Der Europäischen Gemeinschaft ist oft der Vorwurf gemacht worden, sie sei „inwardlooking“; sie widme sich überwiegend dem eigenen Ausbau und der inneren Konsolidierung, ohne darauf zu achten, ob und in welcher Weise dieser Ausbau und diese Konsolidierung Drittländern und dabei vor allem den Ländern der Dritten Welt nütze oder schade. Eine schärfere Formulierung dieses Vorwurfs, die in vielen Entwicklungsländern populär war und zum Teil heute noch zu hören ist, lautete: die Europäische Gemeinschaft sei „ein exklusiver Klub der reichen Leute zur Sicherung und Mehrung des eigenen Wohlstandes“.

In der Tat ist es nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Gemeinschaft in ihren Anfangsjahren mehr um sich selbst und ihre Fortentwicklung gekümmert hat, als daß sie sich Gedanken darüber gemacht hätte, welche Anstrengungen sie zur Überwindung der Unterentwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika unternehmen könnte. Es ist auch nicht zu leugnen, daß daraus Nachteile für manche Entwicklungsländer erwachsen. Heute allerdings ist der Zeitpunkt gekommen, die in den Anfangsjahren verständliche Neigung zum „inwardlooking“ nicht zum politischen Prinzip der Europäischen Gemeinschaft werden zu lassen. Europa muß den Blick stärker als bisher nach außen richten.

Auf der Pariser Gipfelkonferenz im Oktober 1972 haben die europäischen Regierungschefs die Verantwortung bestätigt, die der Gemeinschaft wegen ihres unübersehbaren Gewichts künftig in der Weltpolitik zukommt. Das gilt für den weiteren Ausbau eines partnerschaftlichen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten und den anderen, der Europäischen Gemeinschaft nicht angehörenden Industrieländern. Es gilt weiter in der Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas. Nicht zuletzt jedoch gilt es für das Bemühen, die Länder der Dritten Welt beim Aufbau lebensfähiger Strukturen zu unterstützen. In diesem Bereich liegt künftig eine Hauptverantwortung der Europäischen Gemeinschaft. Es genügt allerdings nicht, nur davon zu reden. Sicco Mansholt hat es in seiner bereits zitierten Rede vor der Vollversammlung der UNCTAD III nachdrücklich klargemacht:

„Wir müssen sicherstellen, daß unser Beitrag nicht bloß ein abstrakter Austausch von Ideen bleibt, sondern daß diese Ideen tatsächlich in politische Entscheidungen umgesetzt werden.“

Europäische Entwicklungspolitik muß weltweit sein

Auf dem Wege zu einer wirksameren europäischen Entwicklungspolitik muß eine der ersten Entscheidungen sich darauf richten, diese Politik aus ihrer Begrenzung auf bestimmte Regionen herauszulösen. Wir müssen ein größer und breiter angelegtes Konzept erarbeiten, das der Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber der gesamten Dritten Welt und nicht nur gegenüber einzelnen ihrer Länder Rechnung trägt.

Bisher ist die europäische Entwicklungspolitik auf bestimmte Regionen begrenzt, auf die bestehenden und angestrebten Assoziationsverhältnisse mit den frankophonen Staaten in Afrika und Madagaskar sowie einige Mittelmeerländer.

Darauf wird sich die Gemeinschaft in Zukunft nicht mehr beschränken können. Zu dieser Neuorientierung zwingt vor allem der Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft. Großbritannien steht aufgrund seiner Geschichte zu einer Vielzahl von Entwicklungsländern in besonderen Beziehungen. Es handelt sich dabei nicht nur um afrikanische, sondern vor allem um asiatische Länder. Und wenn man auch ihnen Vorteile einräumt, darf man dann die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die nicht den „Vorzug“ hatten, einmal Kolonialgebiete Frankreichs oder Großbritanniens gewesen zu sein, dafür bestrafen? Die Neuorientierung der europäischen Entwicklungspolitik zu einer weltweiten Politik ist nicht aufzuhalten. In Frankreich denkt man heute auf der Basis des Gorse-Reports über Praxis und Kriterien der bisherigen Entwicklungspolitik nach.

Die Europäische Kommission geht daher in ihrem bereits erwähnten Memorandum von einem zukünftig weltweiten Konzept der Gemeinschaft gegenüber allen Entwicklungsländern aus. Wie dieses Konzept im einzelnen beschaffen sein wird, hängt von den vor uns liegenden Gesprächen, Verhandlungen und Entscheidungen ab. Sicher ist jedoch, daß die Gemeinschaft ihre entwicklungspolitische Tätigkeit langfristig nicht nur auf Afrika, sondern ebenso auf die Entwicklungsländer in Asien und Lateinamerika richten muß, unabhängig davon, ob diese Länder früher Kolonialgebiete waren oder nicht. Daher wird die bisher überwiegend regional ausgerichtete Entwicklungspolitik der Gemeinschaft sich allmählich zu einem weltweiten System entwicklungspoliti-

scher Maßnahmen wandeln. Dies sollte schon jetzt berücksichtigt werden, etwa wenn die Gemeinschaft Abkommen mit Entwicklungshilfecharakter abschließt.

Weltweite Entwicklungspolitik schließt Schwerpunktbildung nicht aus. Es kann nicht Sinn der globalen Neuorientierung sein, daß diejenigen Länder Afrikas und des Mittelmeerraumes, die seit Jahren in einem guten und für beide Seiten fruchtbaren Verhältnis zur Gemeinschaft stehen, unter der Weiterentwicklung der Gemeinschaft im Bereich der Entwicklungspolitik leiden. Es muß vielmehr darum gehen, die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit diesen Ländern harmonisch und langfristig in ein neues weltweites Konzept der europäischen Entwicklungspolitik einzufügen.

Die bei den Vereinten Nationen und ihren Sondereinrichtungen ebenfalls möglichen Befürchtungen, in Brüssel würde entwicklungspolitisch eine Art „Neben-UNO“ entstehen, die sich als Konkurrenz zur multilateralen Hilfe der Vereinten Nationen begreift, scheinen mir unberechtigt. Eine effiziente und weltweite Entwicklungspolitik der Gemeinschaft würde unglaublich wertvoll werden und vor allem sachlich ihr Ziel verfehlen, wenn sie nicht als Ergänzung der Unterstützung der bislang von der UNO geleiteten Entwicklungspolitik einvernehmlich geplant und koordiniert durchgeführt wird.

Entwicklungspolitik der Gemeinschaft muß sektoral ausgeweitet werden

Die Herauslösung der europäischen Entwicklungspolitik aus der regionalen Begrenzung bedeutet zugleich auch, daß sie ihre sektorale Begrenzung aufgibt. Diese bestand bisher darin, daß sie sich vornehmlich auf die Handelspolitik, insbesondere das allgemeine Zollpräferenzsystem, und die Nahrungsmittelhilfe konzentrierte. Auch dies ist eine Beschränkung, die nicht mehr länger aufrecht erhalten werden sollte. Kritiker der europäischen Entwicklungspolitik, und darunter sogar Beamte der Generaldirektion „Entwicklungshilfe“ der Europäischen Kommission, nahmen diese Beschränkung zum Anlaß für die Behauptung, eigentlich gäbe es bislang noch keine Entwicklungspolitik der Gemeinschaft. Um diese Bezeichnung zu rechtfertigen, sei es notwendig, das nur in geringem Ausmaß vorhandene entwicklungspolitische Instrumentarium entsprechend der UN-Strategie zur Zweiten Entwicklungdekade auszubauen und zu vervollkommen.

Ich stimme im Grundsatz dieser Kritik zu, wenn gleich ich die politischen und rechtlichen Hindernisse nicht unterschätze, die diesem Ausbau bisher entgegenstanden und für geraume Zeit auch künftig noch entgegenstehen.

Es muß jedenfalls das Ziel aller Bemühungen um eine wirksame Entwicklungspolitik der Gemeinschaft sein, diese Politik nicht auf eine engere Zusammenarbeit in der Finanzhilfe und in der technischen Hilfe zu begrenzen. Dazu gehören die Handelspolitik einschließlich der Präferenzen genauso wie die Industrie- und Agrarpolitik. Alle diese verschiedenen Hilfsformen sollten so in einer Strategie europäischer Entwicklungspolitik zusammengefaßt sein, daß alle die Aspekte darin einbezogen sind, die für die Länder der Dritten Welt von grundlegender Bedeutung sind. Aus dieser Sicht wird einer aktiven und aufgeschlossenen Haltung der Gemeinschaft bei der für dieses Jahr geplanten GATT-Runde eine große Bedeutung zukommen.

Die sektorale Beschränkung der europäischen Entwicklungspolitik kann aber auch schon deswegen nicht mehr aufrechterhalten werden, weil sie nicht mehr dem gewandelten Selbstverständnis der Gemeinschaft entspricht. Bundeskanzler Willy Brandt hat in einem Artikel für die Europa-Sonderausgabe der Londoner „Times“ am 1. Januar 1973 geschrieben: *„Für die Europäische Gemeinschaft ist der Weg zur Sozialunion eröffnet worden. Nicht mehr das ökonomische Wachstum allein, so wichtig es sein mag, darf für die Entwicklung der Gemeinschaft entscheidend sein, entscheidend ist die Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürger... Wer die Gemeinschaft in der Vergangenheit kritisiert hat, weil sie zu einseitig ein ‚Europa der Geschäfte‘ aufzubauen schien, kann jetzt, auf Grund dieser neuen gemeinsamen Orientierung, seinen Beitrag dazu leisten, daß die Gemeinschaft zum ‚Europa der gleichen und besseren Lebensancen‘ entwickelt wird.“* Das bedeutet nichts anderes, als daß Europa seine bisher einseitige wirtschaftliche Orientierung zugunsten einer Orientierung aufgibt, die nicht nur das gemeinsame wirtschaftliche Interesse im Auge hat, sondern ebenso den Ausgleich ungleicher sozialer Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen der Gemeinschaft oder die gemeinsame Sicherung der europäischen Bevölkerung vor Umweltschäden.

Wenn diese Prinzipien aber im Inneren der

Gemeinschaft gelten, folgt zwingend daraus, daß sie auch im Verhältnis der Gemeinschaft zu dritten und hier wiederum besonders zu den Entwicklungsländern Geltung haben müssen. Und das bedeutet auch die Aufhebung der sektoralen Beschränkung der Entwicklungspolitik. Geschiehe sie nicht, erhalte der alte Vorwurf gegenüber der Gemeinschaft, sie sei „the rich men's club“, neue und berechnete Nahrung.

Inhaltliche und organisatorische Notwendigkeiten

Wird die regionale und sektorale Begrenzung zugunsten eines weitweiten und sektoral ausgeweiteten Konzeptes der europäischen Entwicklungspolitik aufgegeben, wird die Gemeinschaft sich Anforderungen gegenübersehen, denen sie mit den bisherigen, national unterschiedlichen Konzepten und den zur Zeit üblichen organisatorischen Mitteln nicht mehr gerecht werden kann. Änderung und Harmonisierung sind dringend geboten. In der finanziellen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern muß zum Beispiel vermieden werden, daß eine Vielzahl von neuen regionalen Finanzhilfefonds der Gemeinschaft gebildet wird. Im Gegenteil sollten die Gemeinschaftsmittel für finanzielle Hilfen an Entwicklungsländer schrittweise zusammengefaßt werden. Diese Zusammenfassung der Gelder sollte ergänzt werden durch eine Koordination der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Gemeinschaft und ihrer Mitgliederstaaten. So könnte man ohne weiteres schon jetzt damit beginnen, die zur Zeit noch getrennt durchgeführten Konsultationen der Mitgliedstaaten mit der Kommission über die Hilfen an die AASM in einem routinemäßig in Brüssel stattfindenden Gespräch zusammenzufassen.

Weiter wird die Gemeinschaft auch in der Entwicklungspolitik künftig nicht mehr darum herumkommen, sich vor großen internationalen Konferenzen auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Die letzte UNCTAD-Konferenz in Santiago de Chile hat überaus deutlich gezeigt, daß das unterschiedliche und national eigenständige Auftreten der einzelnen Mitgliedsländer der Gemeinschaft auf einem solchen Forum nicht im mindesten dem Bild entspricht, das die Entwicklungsländer von der Gemeinschaft besitzen. Genausowenig entspricht es den Erwartungen, die die Entwicklungsländer gegenüber der Gemeinschaft hegen. Ein besseres und geschlosseneres Zusammenwirken in

der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wäre sowohl aus der Sicht der Gemeinschaft als auch im Interesse der Entwicklungsländer von großem Nutzen.

Allerdings sollten dazu die Prinzipien und Kriterien der jeweiligen nationalen Entwicklungspolitik harmonisiert werden. Angesichts der Tatsache, daß die Europäische Gemeinschaft Stück um Stück zu einer engeren Zusammenarbeit in der Außenpolitik gelangen und sogar bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine Wirtschafts- und Währungsunion bilden will, sollte eine in den Prinzipien harmonisierte und in der Organisation verbesserte europäische Entwicklungspolitik keine bloße Utopie, sondern bewußtes Ziel der Gemeinschaft sein.

Es gibt viele Entwicklungsländer, in denen Hoffnung ein rarer Artikel geworden ist. Aber viel von dieser Hoffnung richtet sich auf Europa. Ich glaube, daß die Europäische Gemeinschaft für die Dritte Welt ein besserer Partner sein kann als ihre einzelnen Mitglieder.

Solange wir uns ganz auf das konzentrieren, was wir für unsere nationalen Probleme halten, solange wir allenfalls bereit sind, der Europäischen Gemeinschaft zu überlassen, was beim besten Willen national nicht mehr zu regeln ist, dürfen wir uns nicht wundern, wenn es der öffentlichen Meinung in Westeuropa schwerfällt, die Sorgen der Dritten Welt so ernst zu nehmen, wie sie sind. Daher bin ich überzeugt, daß die Leistungen der Gemeinschaft für die Entwicklungsländer wirksamer sein können als die einzelnen Leistungen all ihrer Mitglieder zusammengenommen.

Deshalb ist unser Ziel, auch wenn es sich in diesem Jahrzehnt sicher nicht erreichen läßt, eine gemeinsame Anstrengung der Gemeinschaft, die schließlich an die Stelle der nationalen Konzepte treten muß. Der Weg dahin wird sicher nicht weniger mühselig sein als andere Wege, die wir gehen. Ich bin sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht zu den Fußkranken auf diesem Wege gehören wird.

Was wollen die Parteien?

SPD - FDP - CDU - CSU
**Ein synoptischer Vergleich
der programmatischen
Erklärungen**

**Von
Dieter Just
und
Peter Röhrig**

**Aus dem Inhalt: Selbstverständnis der Parteien, Demokratie und Massen-
medien • Außenpolitik • Deutschlandpolitik • Wirtschaft und Finanzen •
Städte- und Wohnungsbau, Verkehr • Sozial- und Gesellschaftspolitik •
Mitbestimmung und Gewerkschaften • Bildung, Wissenschaft und Kultur •
Recht und Justiz • Verfassungs- und Verwaltungsreform • Umweltschutz
und Lebensqualität**

114 Seiten, broschiert 12,- DM

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg 1 • Kölner Straße 149

Die Europäische Gemeinschaft und die Welt

In der heutigen Zeit muß man nicht mehr den Standort jedes einzelnen unserer Länder in der Welt bestimmen, sondern vielmehr den der Europäischen Gemeinschaft. Sowohl kurz- als auch langfristig ist es wichtig, sich den Wert und Inhalt dessen, was die Europäische Gemeinschaft ausmacht, möglichst klar vor Augen zu führen.

Die Römischen Verträge sind die Geburtsurkunde einer politisch-wirtschaftlichen Einheit, deren Einrichtungen sich letztlich mit keinem der bekannten klassischen Systeme vergleichen lassen.

Wenn wir versuchen wollten, unseren Gegenstand mit Hinblick auf die übrige Welt abzugrenzen, so würden wir das mit zwei Feststellungen tun. Die erste lautet, daß die Europäische Gemeinschaft wie Voltaire's Gott ist: wenn es sie nicht gäbe, müßte man sie erfinden. Im Zeitalter der Kontinente umspannenden Staaten hätte keines unserer Länder die Mittel besessen, sich auf die Ebene der Großen zu schwingen. Sie hätten weiterhin nur reagiert statt agiert. Alexis de Tocqueville hätte vollkommen recht behalten, und Europa hätte sich ohne jeden Zweifel auf immer mit dem zweiten Rang begnügen müssen.

Die zweite Feststellung lautet, daß die Anstrengungen, um einen von Paul Valéry seit 1925 vorausgesagten Niedergang aufzuhalten, es Europa heute erlauben, durch eines jener Paradoxa, deren die Geschichte so voll ist, große Erwartungen in die Zukunft zu setzen. Die Welt steht an einem Scheideweg. Dieser Scheideweg bedeutet die Begegnung von Nord und Süd. Europa befindet sich genau an ihrem Schnittpunkt. Um diesen gordischen Knoten zu lösen, hat es Möglichkeiten, die andere nicht haben. Seine wiedergewonnene wirtschaftliche Blüte erlaubt es ihm bereits, wieder an andere zu denken: Europa kann sich um die Zukunft der Welt kümmern.

Die Europäische Gemeinschaft aus der Sicht der Sozialdemokraten

Wir haben bereits erwähnt, daß sich die Gemeinschaft gegenüber der Außenwelt definieren muß. Das gleiche gilt auch nach innen, denn die beiden Aspekte sind eng miteinander verknüpft.

Das Europa vom 1. Januar 1973 ist das, das die Sozialdemokraten seit der europäischen Einigung stets angestrebt haben, nämlich das Europa unter Einschluß Großbritanniens. Diese Gemeinschaft ist die Antithese zu Versuchen, unsere Staaten entweder auf der Grundlage kaiserlicher Tradition neu zu gruppieren – unter Anwendung von Gewalt oder im Rückgriff auf den Hegemoniegedanken – oder nach der Doktrin der absoluten nationalen Souveränität. Die Römischen Verträge zeigen historische Züge, weil eine Staatengemeinschaft den traditionellen Allianzen folgt, die die Staaten untereinander je nach den Umständen schufen oder auflösten. Eine Gemeinschaft mit eigener Dynamik, eigenen Einrichtungen und eigenen Interessen. Sie bedeutet eine Erweiterung der gegenwärtigen Grenze unserer Staaten gegenüber der Außenwelt, und man kann folglich aus dieser Sicht sagen, daß sie mit den Forderungen sozialdemokratischer Programmatik in Einklang steht. Wenn man allerdings den Nationalstaat nicht als Schlußpunkt in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft betrachtet, dann kann es die Europäische Gemeinschaft genauso wenig sein. Es gibt noch keinen Endzustand, aber Fortschritte in Richtung auf dieses Ziel.

Als Macht, die auf der Weltbühne neu in Erscheinung getreten ist, muß die Europäische Gemeinschaft im Innern die Wirtschafts- und Währungsunion weiterführen und vollenden. Sie macht das Rückgrad der Gemeinschaft aus. Sie wird der Gemeinschaft am meisten Gewicht geben bei den Verhandlungen, die sie ab 1. Januar 1975 mit den großen Vereinigungen der Welt in Angriff nehmen muß.

Sie muß diese Union verwirklichen gleichzeitig mit der Durchsetzung einer gemeinsamen Sozialpolitik *). Die Europäische Gemeinschaft muß ihre Politik so entwickeln, daß sie sich der Sozialpolitik Ihrer progressivsten Mitglieder nähert.

Sie muß eine Wirtschafts- und Sozialpolitik einleiten, die sich die sogenannten „Sozialpartner“ zu eigen machen können, um ein dynamisches Programm zu erarbeiten.

Sie muß das Statut für die „Europäischen Gesellschaften“ in Kraft setzen, als Erwiderung auf die vielschichtigen Probleme, die durch die transnationalen Gesellschaften entstanden sind.

Sie muß die Regionalpolitik fördern. Der Gedanke der Aktivitäten in der Gemeinschaft setzt logischerweise voraus, daß die politischen Grenzen sich nicht als Hindernis erweisen dürfen bei der Durchführung von Plänen zur Raumordnung, Neuordnung und Erschließung von Gebieten oder Gebietsteilen in der Gemeinschaft.

Sie muß sich darüber im klaren sein, daß Ihr Selbstverständnis nach innen mit Ihrem internationalen Engagement und Ihren Ambitionen in direktem Zusammenhang steht. Das heißt mit anderen Worten, daß größere wirtschaftliche Stabilität nur dann möglich ist, wenn man sich zu größerer Währungssolidarität verpflichtet.

Sie muß eine gemeinschaftliche Politik in der Gemeinschaft innerhalb der Fristen verwirklichen, die in der Erklärung der Regierungschefs vom 20. Oktober 1972 festgelegt wurden, jedoch bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Kritik, die an dieser Erklärung in der Resolution des Europäischen Parlaments vom 15. November 1972 geübt wurde.

Diese Aussagen bedeuten gleichermaßen, daß wir für eine Demokratisierung der Gemeinschaftseinrichtungen sind, ohne eine Politik der Vorbedingungen hinsichtlich der angestrebten Ziele zu betreiben und für das, was man die Vollendung der Gemeinschaft nennt, d. h. die völlige Verwirklichung der europäischen Einigung bis spätestens zum 31. Dezember 1980 oder vor diesem Zeitpunkt, falls eine Beschleunigung im Interesse der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer künftigen Verantwortung gegenüber der Welt liegt.

Die Abkommen vom 22. Juli 1972

Nach der Aufnahme neuer Mitglieder in die

Gemeinschaft ist die allerdringlichste Frage die der Mitgliedsländer der Europäischen Freihandelszone, die dem Gemeinsamen Markt nicht beitreten konnten oder glaubten, dies nicht tun zu müssen. In gewisser Weise gibt es sechs neue Zonen freien Handels, die die Gemeinschaft seit dem letzten Julitag umgeben, da jedes dieser sechs Interessierten Länder Abkommen mit unterschiedlichen Klauseln abgeschlossen hat. Es handelt sich um so verschiedenartige Länder wie Island, Finnland, Schweden, Österreich, die Schweiz und Portugal. Wir ergreifen die Gelegenheit, um hier einmal zu sagen, daß das Wort von der „offenen Gemeinschaft“ häufig gebraucht wird und daß in unseren Gedanken Raum für eine Präzisierung dieser Dinge ist – Ausgangspunkt zu künftiger erneuter Erweiterung der Gemeinschaft. Es muß alles eingesetzt werden, damit sämtliche europäischen Länder mit dem System einer klassischen, parlamentarischen Demokratie eines Tages Mitglieder der Gemeinschaft sein werden, eine Entwicklung, die aus Ihrer Natur heraus in dieser Richtung verlaufen wird.

Unsere Beziehungen zu den USA

Das Europa von 1973 ist nicht mehr das von 1948. In einem Vierteljahrhundert gelang es uns, den Weg von der totalen Verwirrung zum Selbstvertrauen zu gehen. Die Sechsergemeinschaft und mehr noch die erweiterte Gemeinschaft hat sich spektakulär in das Weltgeschehen eingeschaltet, und als Folge davon entstand Unruhe diesseits und jenseits des Atlantik. Um was sich Amerikaner und Europäer bemühen müssen, ist ein neues Gleichgewicht von beiden Seiten aus, um das betreiben zu können, was man vielleicht die „internen Angelegenheiten des Westens“ nennen könnte. Es liegt auf der Hand, daß wir gemeinsame Interessen haben und daß das Gewicht dieser Interessen bei weitem die Hindernisse übersteigt, die durch die Machtstellung der Beteiligten hervorgerufen werden und sich einer Zusammen-

*) Die Konferenz der Staatsoberhäupter oder Regierungen hat sich formell dafür ausgesprochen, eine gemeinsame Sozialpolitik in die Tat umzusetzen. Man wird sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß einen Monat früher, im vergangenen September, das Büro der Sozialistischen Parteien beschlossen hatte, einen außerordentlichen Sozialkongreß abzuhalten, der in Bonn spätestens im nächsten Juni stattfinden soll.

arbeitet in den Weg stellen. Es wäre töricht zu glauben, daß diejenigen, die einmütig den Wiederaufbau Europas wünschten, nicht im selben Moment die langfristigen Auswirkungen eines derartigen Unterfangens erfaßt hätten.

25 Jahre nach diesem Entschluß müssen die Europäer, ohne die geringsten Komplexe dabei zu haben, die große Verhandlung mit den Amerikanern einleiten, die durch die normale Entwicklung der Dinge zwischen Europa und den USA nötig geworden ist.

Die Gemeinschaft und die Länder des Ostens

Daß der Ost-West-Handel nun in Bewegung geraten ist, nachdem man ungefähr zwei Jahrzehnte auf der Stelle getreten war, läßt sich anhand der Zahlen beweisen. Wir müssen entschieden für eine Ausweitung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der UdSSR, den anderen Ländern des Ostens und des Comecon eintreten, weil eine derartige Politik die weitere Entspannung fördert. Die Gemeinschaft hat die Möglichkeit, gegenüber unseren Gesprächspartnern im Osten in Zukunft aus einem breitgefächerten Angebot zu schöpfen, um neue Beziehungen anzuknüpfen. Damit die Politik, die wir vertreten, einmal konkrete Formen annehmen, sagen wir hier in aller Offenheit, daß nach unserer Meinung das Hauptproblem nicht rechtlicher Natur ist. Die Gemeinschaft anerkennen, ist eine Sache, sie kennen, eine andere.

Die Beziehungen China-EWG

Das Auftreten dieses großen Landes auf der internationalen Bühne bringt die Notwendigkeit mit sich, genau zu erforschen, welche Möglichkeiten für Abkommen im Handels-, Finanz-, Technik- und Kulturbereich sich bieten. Wenn es sich bewahrheitet, daß China bereit ist, die bestehenden bilateralen Verträge durch einen Handelsvertrag mit der Gemeinschaft zu ersetzen, dann könnten die Beziehungen zwischen der EWG und China eine für beide Teile erfreuliche Aufwärtsentwicklung nehmen.

Asien und Lateinamerika

Die Erweiterung der Gemeinschaft wird die Verpflichtung mit sich bringen, die Beziehungen zu gewissen Ländern des asiatischen Kontinents weiter auszubauen, die noch nicht in den Genuß des sogenannten Systems der „generellen Präferenzen“ gekommen sind. Was die Länder Lateinamerikas betrifft, so ist be-

kannt, daß es sich hier um ein Problem handelt, das in seiner Gesamtheit geprüft werden muß; die derzeitigen Bedingungen der Zusammenarbeit sind ungenügend.

Unsere Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt

Der Eintritt der Engländer in die Gemeinschaft bringt für die Gemeinschaft Änderungen in Ausmaß und Natur seiner Verantwortung gegenüber der Welt. Heute, angesichts ihrer moralischen Verpflichtung, fast überall in Erscheinung zu treten, wird die Gemeinschaft schrittweise die „Commonwealth agreements“ durch „Community agreements“ ersetzen. Dennoch, Verträge sind nur Verträge. Man schließt nicht das Leben in die Texte mit ein. Das soll heißen, daß alles, was bis heute geschaffen wurde, einen inhaltlichen Wert nicht durch gute Texte behält, sondern erst dadurch, daß sich die Menschen ihrer nach bestem Wissen und Gewissen bedienen.

Das bedeutet, daß es sich die erweiterte Gemeinschaft zur Regel machen muß, eine Politik der Präsenz auf der Welt zu verfolgen. Man muß hier ganz deutlich sehen: die Lage der erweiterten Gemeinschaft wird heikel sein. Ein Mitglied der Kommission hat gerade vor kurzem bemerkt, daß die Kommission nun gedrängt würde, mit aller Welt Verträge abzuschließen, wo sie doch bisher ihre Interventionen im begrenzten Rahmen halten konnte, „es wird nicht darum gehen zu beschließen, daß man das gleiche für alle tun werde und damit weniger für jeden einzelnen. Ausgehend von dem, was wir schon tun, müssen wir darüber hinausgehen“.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Nach 25 Jahren einer mehr oder weniger gefährdeten Koexistenz findet diese Konferenz statt, weil der Westen keine Angst mehr hat und weil die UdSSR — nach Kanzler Willy Brandts Initiativen — eine Bestätigung des Status quo in Europa wünscht, die „so juristisch wie nur möglich“ sein soll. Mit anderen Worten, der eine fordert den Immobilismus, d. h. den rechtlichen Status quo, der andere nimmt die Immobilität hin, d. h. er beugt sich einer Tatsache. Nichts hat sich geändert, aber alles bewegt sich, und der Weg zur Entspannung ist freigemacht. Angesichts einer derartigen Situation drängen sich zwei Anmerkungen auf.

Die Verteidigung im westlichen Rahmen ist unteilbar, die Mitgliedsländer der Gemeinschaft müssen sich abstimmen und einem gemeinsamen Standpunkt Vorrang geben. Die europäische Gruppe, sprich „Eurogroup“, muß dabei aktiv ihre Rolle spielen. Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Handelsbeziehungen und die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Das Datum 31. Dezember 1974 eröffnet umfangreiche Möglichkeiten.

Bei der Pariser Gipfelkonferenz im Oktober 1972 wurde ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß die Gemeinschaft erneut ihren Willen bekräftigt, gegenüber den Ländern des Ostblocks eine Politik zu führen, die die Entspannung in Europa fördert, und daß sie entschlossen ist, gegenüber diesen Ländern eine Politik der Zusammenarbeit zu betreiben auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

Die Abrüstung in Europa

Es ist dringend nötig, für eine ausgewogene Sicherheit zum niedrigst möglichen Preis zu sorgen. Das ist eine Forderung der Sozialdemokraten seit langen Jahren. Die Sozialdemokraten unterstützen das Projekt, bekannt unter den Initialen MBFR (stufenweiser und ausgewogener Abbau der Streitkräfte), im wesentlichen aus drei Gründen:

1. Wirkliche Abrüstungsmaßnahmen auf Teilgebieten in Europa würden die regionale Anwendung der These von der allgemeinen Abrüstung bedeuten.
2. Derartige Verhandlungen sind für sämtliche Länder Europas von Interesse.
3. Sie würden allen Beschlüssen über die Sicherheit europäischen Bodens zuvorkommen, die nicht die Zustimmung aller Beteiligten gefunden hätten.

Das Problem der Abrüstung hat sich inhaltlich gewandelt. Von 1966 bis 1968 haben zwei Länder, Polen und Belgien, versucht, auf der Ebene von Experten dieses Problem mit Hilfe von technischen Studien gründlich zu erforschen. Diese Studien sind ein unbestreitbarer Beitrag zu dem Gesamtkomplex einer Abrüstung in Europa. Dieses Projekt muß wieder in Angriff genommen werden, aber diesmal auf multilateraler Ebene. In den entsprechenden Verhandlungen müßten die Staaten der Europäischen Gemeinschaft natürlich eine gemeinsame Haltung einnehmen. Sie müssen getrieben sein von dem dauernden Willen, das Ziel zu erreichen, denn ein Erfolg ihrer Bemühungen würde

sich für die gesamte Menschheit als segensreich erweisen, und zwar in dem Maß, in dem der Vorgang exemplarischen Charakter erhalte.

Schlußfolgerungen

Mit anderen Worten, wir kommen auf unsere Vorschläge zu Beginn zurück. 1948 hat der Wille zu überleben Westeuropa gute Entscheidungen treffen lassen. 1957 hat uns der Wille, wieder aufzuleben, standhaft sein lassen: Der Gemeinsame Markt entstand. 1973 werden unsere Unternehmen durch die Dimension, die die Gemeinschaft erreicht hat, zur ersten Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt.

In diesem Vierteljahrhundert verhinderte das Aufkommen der Atomwaffen nicht nur jeden Konflikt zwischen den Kontinenten umspannenden Staaten, sondern ihre gegenseitige Neutralisierung begünstigte auch das Entstehen neuer Machtzentren.

Während dieser gleichen Periode hat das Phänomen der Entkolonialisierung auf unserer Welt die größte Unbekannte für die Zukunft geschaffen. Als durch die Gründung der Gemeinschaft unserer Staaten das System ersetzt wurde, nach dem jahrhundertlang das Zusammenleben der Staaten geregelt war, revoltierte der Süden der Erde gegen den Norden und verwickelte damit die Suche nach dem Gleichgewicht der Welt mit dem europäischen Gleichgewicht. Wir müssen heute der Suche nach diesem neuen Gleichgewicht einen Gutteil unserer Zeit widmen. Das Europa der Gemeinschaft kann einen gewichtigen Beitrag dabei leisten. Alles verlangt danach, und die Moral gebietet es. Wir sollten dabei nicht verhehlen, daß die Aufgabe ungeheuer ist. Gerade wir Europäer können ein Lied davon singen, wie aus Fehlern schnell Katastrophen werden. Aber diese Aufgabe unter den Bedingungen, wie sie heute gegeben sind, stimmt so weitgehend mit der Vision überein, die die Sozialdemokraten heute von der Welt haben, daß sie in uns unwiderstehlich den Wunsch wachhalten muß, die Hindernisse zu überwinden, damit die Anstrengungen zweier Welten bei der Verfolgung eines Zieles nicht vergebens war. Das ist der Augenblick, um sich zu erinnern, daß der demokratische Sozialismus kein wirtschaftliches System ist, sondern ein Kampf um die Befreiung des Menschen. Die Europäische Gemeinschaft ist für uns ein Mittel, um dieses Ideal zu verwirklichen.

Europapolitik wird zur europäischen Innenpolitik

Der 19. November 1972 und Europa

Zu den bemerkenswerten Ergebnissen der letzten Bundestagswahlen gehört die Tatsache, daß sich die Wähler bei ihrer Entscheidung in hohem Maße der Interdependenz der Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesrepublik und der Tendenzen der Weltwirtschaft bewußt waren. Die Wähler ließen sich nicht einreden, bei den Preissteigerungen in der Bundesrepublik handele es sich nur um eine „hausgemachte Inflation“, die durch ein nationales Patentrezept zu beheben sei.

Angesichts der beinahe traumatischen Erfahrungen, die man in Deutschland nach dem ersten und zweiten Weltkrieg mit Inflationen gemacht hatte, muß man es als ein Zeichen großer politischer Reife und Einsicht in komplizierte Zusammenhänge, vor allem aber als Zeugnis des Vertrauens in die Europäische Gemeinschaft werten, daß die Opposition auch auf dem Gebiet, auf dem sie vor allem die Entscheidung herbeizuführen versuchte, die Wahlen so eindeutig verloren hat. Die Wähler haben in ihrer großen Mehrheit verstanden, daß es bei dem „eigenen Haus“, von dem die Opposition ständig sprach, nicht um ein isoliertes bundesdeutsches, sondern um das „gemeinsame europäische Haus“ geht, in dem eine europäische Stabilität gemeinsam gesichert werden muß, und daß dort die von Willy Brandt geführte Bundesregierung den richtigen Kurs steuert.

In der Europäischen Gemeinschaft haben sich die Parteien der soeben bestätigten Regierungskoalition – in Voraussicht der von der Weltwirtschaft auf die Gemeinschaft zukommenden und sie gefährdenden Währungsprobleme – schon seit 1969 nachdrücklich für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion eingesetzt, weil es für sie keine Alternative gibt. Nur in ihrem Rahmen können Stabilität und Wachstum eine verlässliche Absicherung finden. Dort müssen allerdings die Bemühungen um eine stabilitätsbewußte Politik mit der gleichen Beharrlichkeit wie im heimischen Bereich geführt werden. So hat der Bundes-



Katharina Focke

kanzler auch auf der Pariser Gipfelkonferenz einen besonderen Akzent auf die Notwendigkeit rascher Fortschritte in der europäischen Stabilitätspolitik gesetzt. Wir haben konkrete Vorschläge unterbreitet, was geschehen muß.

Demgegenüber hatte sich die Opposition – wie in der Ost- und Deutschlandpolitik – mit einer nationalbetonten Verengung ihres Blickwinkels sogar in der Europapolitik isoliert, die sie immer als ihre Domäne herausgestellt hatte. Es war schon mehr als bedenklich, daß gerade die Partei Konrad Adenauers der Bundesregierung auch in ihrer Westeuropapolitik den „Ausverkauf deutscher Interessen“, die „Verschleuderung deutscher Gelder“ vorwarf und der Bundesregierung das Mandat abzusprechen versuchte, die Bundesrepublik Deutschland z. B. auf der Pariser Gipfelkonferenz oder der Konferenz der Finanzminister in Luxemburg zu vertreten.

Die Koordinaten ändern sich

Im Jahre 1951 hatten sich die „Sechs“ im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu dem „nunmehr gemeinsamen Schicksal“ bekannt. Der Aufruf, dieses Schicksal schöpferisch zu gestalten und dem Verhältnis der Mitgliedsländer zueinander einen neuen, einen „inneren“ Charakter zu geben, ist seiner Verwirklichung mit zunehmender Schnelligkeit näher gekommen.

Die meßbaren Erfolge, zu denen wir seit der Konferenz in Den Haag vom Dezember 1969 bis zu den grundlegenden Beschlüssen der Pariser Gipfelkonferenz wesentlich beigetragen haben, beweisen, daß sich hierbei Zielstrebigkeit und Wirklichkeitssinn unserer Europapolitik im Gleichgewicht befinden:

- Um „ein befriedigendes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Stabilität in der Gemeinschaft gleichzeitig und gleichrangig“ zu gewährleisten, wurde der Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen;
- die Erweiterung der Gemeinschaft verschafft dem Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten in einer Vielzahl von Bereichen die Dimension, die der Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts entspricht;
- die erste Konkretisierung der von allen anerkannten Notwendigkeit, daß die Gemeinschaftsländer auch in politischen Fragen „mit einer Stimme sprechen“, wurde durch den „Luxemburger Bericht“ erreicht;
- der Eigenpersönlichkeit der Gemeinschaft wurde durch die Zuweisung eigener Einnahmen und die schrittweise zu verwirklichende Unabhängigkeit von Finanzbeiträgen der Mitgliedsländer eine Grundlage verschafft, die sie von allen internationalen Zusammenschlüssen abhebt und die politische Zielsetzung deutlich macht.

„Mit einer Stimme sprechen“ – diese Zielsetzung bedeutet, daß das gesamte Koordinatensystem unseres politischen Handelns in Bewegung gerät. Die internationale Solidarität, die in der Vergangenheit gerade die Arbeiterbewegung oft, wenn auch nicht oft genug, zu eindrucksvollen Aktionen veranlaßt hat, muß in zunehmendem Maße als europäische Solidarität die politischen Verhaltensweisen der Gemeinschaftsmitglieder bestimmen. Die Wirtschaftsprobleme des italienischen Südens, die Strukturänderungen in der britischen Industrie, die besonderen Produktionsbedingungen der deut-

schen Landwirtschaft – dies sind nur Beispiele für die vorgegebenen Daten, die im Kalkül der politischen Kräfte in allen neun Mitgliedsländern zunehmend eine Rolle spielen. Die regionalpolitischen Beschlüsse der Pariser Gipfelkonferenz legen Zeugnis ab von dieser Solidarität und von der Bereitschaft, ihr zunehmend besser Ausdruck zu verleihen.

Zugleich müssen die Gemeinsamkeiten ebenso wie die Grenzen zwischen den politischen Strömungen in den einzelnen Ländern an den neuen Zielsetzungen gemessen werden. „Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind so gut wie nie zuvor“, schrieb der konservative britische Premier, als er Willy Brandt zum Wahlerfolg beglückwünschte. Dieses Telegramm galt einem Mann, der sich getreu seiner in Saarbrücken erhobenen Forderung: „Die Europäische Gemeinschaft kann und muß zum sozial fortschrittlichsten Raum der Welt entwickelt werden“ auf der Gipfelkonferenz mit größtem Nachdruck für die Verwirklichung und den Ausbau der sozialen Ziele der Gemeinschaft eingesetzt hatte.

So wie die Formulierung der Beziehungen nach außen – zunächst der Außenhandels- und Außenwirtschaftsbeziehungen – zunehmend aus der nationalen Zuständigkeit in die gemeinschaftliche einmündet und somit von den Bedingungen der „europäischen Innenpolitik“ abhängig wird, so bewirkt bei einer Vielzahl von scheinbar internen Fragen die wachsende Interdependenz der Gemeinschaftsländer, daß rein nationale Reformen nicht mehr zweckentsprechend sein können. Die Pariser Gipfelkonferenz hat erneut deutlich gemacht, daß die Wissenschafts- und Technologiepolitik, die Industriepolitik, die Umweltpolitik und vor allem die Sozialpolitik gemeinsame Anliegen darstellen. Auf sie müssen nationale Reformvorhaben ausgerichtet werden.

Der demokratische Sozialismus ist gefordert

Die Einigung Westeuropas kann sich nicht auf die Wirtschaft beschränken und darf nicht eine Angelegenheit der großen, zunehmend auch multinationalen Firmen bleiben. Die Wirtschaftskraft dieses großen europäischen Zusammenschlusses muß vielmehr dazu führen, Fortschritte für die gesellschaftliche Ordnung der Europäer zu ermöglichen. Diese Wirtschaftskraft muß die Grundlage für die fortlaufende Verbesserung der sozialen Situation von über 250 Millionen Menschen in Europa sein,

für einen systematischen und intensiven Ausbau der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und für eine moderne Infrastruktur in allen in Betracht kommenden Regionen Westeuropas. Hier erwarten die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften große Aufgaben. So steht zur Zeit in der EWG ein neues Unternehmensrecht zur Diskussion. Hierfür streben eine Reihe europäischer Gewerkschaften eine Parität an, die über die nationalen Grenzen hinweg die Arbeitnehmer gleichberechtigt an den wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligen soll, die für sie nicht weniger wichtig sind wie für die Kapitalgeber. Für die Gewerkschaften bedeutet das auch, sich ebenso wie die nationalen Industrie- und Wirtschaftsbereiche in stärkerem Maße europäisch zu organisieren, damit ihre Forderungen nach einem fortschrittlichen europäischen Wirtschaftsrecht, das die Stellung der Arbeitnehmer voll berücksichtigt, den entsprechenden Nachdruck erhalten.

Das Fernbleiben Norwegens, wo die Sozialdemokraten sich nachhaltig für den Beitritt einsetzten, und die Abstinenz der Labour Party und des TUC werden für diese Bestrebungen von beträchtlichem Nachteil sein, den es wettzumachen gilt.

Nahziel: Stabilität

In der Gemeinschaft steht die Rückgewinnung der Stabilität als unmittelbare Aufgabe und der Aufbau der Stabilitätsgemeinschaft als längerfristiges Ziel vor uns.

Auf der Konferenz der Finanzminister in Luxemburg konnte in Konsequenz der einmütigen Empfehlung der Pariser Gipfelkonferenz eine gemeinsame europäische Stabilitätsaktion in die Wege geleitet werden. Man hat u. a. als gemeinsames Ziel formuliert, die Preissteigerungsrate in den Ländern der Gemeinschaft zum Ende des nächsten Jahres bis auf vier Prozent herabzudrücken.

Nachdem die Dollarzuflüsse zum Stillstand gekommen sind, wird sich die Geldmenge in Europa nicht mehr im bisherigen Umfang vermehren. In der Geld- und Kreditpolitik müssen internationale Vereinbarungen und eigene Maßnahmen auf einen Nenner gebracht werden. Der Gemeinschaft werden für die Zukunft alle Mitgliedstaaten ein stärkeres Mitspracherecht im Bereich der Fiskalpolitik und der außenwirtschaftlichen Absicherung einräumen müssen. Der europäische Währungsfonds ist

dazu ein wichtiger Schritt. Unsere europäischen Partner haben es verstanden, wenn wir bei der Bildung des Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit und des Regionalfonds besonders darauf achteten, daß weder zusätzliche Quellen der Instabilität geöffnet werden, noch eine Überbeanspruchung unserer Möglichkeiten stattfindet. Die weiteren Schritte zur Verwirklichung der einzelnen Etappen der Wirtschafts- und Währungsunion erfordern eine Angleichung der Konjunkturpolitik der Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Der Wettbewerb muß verschärft und weitere Fortschritte in der Handelspolitik müssen erreicht werden. Die Harmonisierung in diesen Fragen ist nicht einfach, weil die Ausgangslage der einzelnen Mitgliedsländer sehr unterschiedlich ist. Einige unserer Partner haben hohe Preissteigerungsraten und zugleich eine beträchtliche Arbeitslosigkeit.

Doch nicht nur das Ausmaß der Probleme, die die in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten nach innen und nach außen zu meistern haben, macht die Wirtschafts- und Währungsunion zu einem ehrgeizigen Unternehmen. Sie verdient diese Charakterisierung ebenso als Kernelement der Europäischen Gemeinschaft, die – ausgehend von den Römischen Verträgen über die Europäische Wirtschafts- sowie die Europäische Atomgemeinschaft und von dem Pariser Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – gemäß der Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz noch im Laufe dieses Jahrzehnts in die „Europäische Union“ übergehen wird.

Nahziel: Aufbau der sozialen Gemeinschaft

Der Bundeskanzler hat auf der Gipfelkonferenz in Paris eine deutsche Denkschrift zur europäischen Sozial- und Gesellschaftspolitik vorgelegt. In wichtigen Zielsetzungen konnten wir in Paris mit unseren Partnern eine Übereinstimmung erzielen.

Der Rat der Sozialminister der Europäischen Gemeinschaft hat am 9. November in Brüssel das von den Regierungschefs auf der Pariser Gipfelkonferenz angeforderte sozialpolitische Aktionsprogramm für die erweiterte EWG in Auftrag gegeben. Damit ist unsere deutsche Initiative praktisch aufgegriffen worden.

Eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik sollte in der ersten Stufe nach unseren Vorstellungen u. a. folgende Elemente erhalten:

1. In einem sozial fortschrittlichen Europa müs-

sen die Arbeitsmarktverwaltungen zusammenarbeiten, um die Beschäftigungslage der Arbeitnehmer zu sichern.

2. Es darf keine Inseln sozialer Schutzlosigkeit in Europa geben. Deshalb sind die Systeme der sozialen Sicherung einander anzunähern. Der soziale Fortschritt muß allen Menschen in der Gemeinschaft zugute kommen.
3. Bildung und Ausbildung müssen in Europa harmonisiert werden.
4. Die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Willensbildung und Entscheidung in Unternehmen muß zu einem europäischen Prinzip werden.
5. Rechtliche Freizügigkeit muß auch eine tatsächliche Freizügigkeit werden.
6. Wir brauchen eine wirksame Regional-, Struktur- und Umweltpolitik, um die Lebensqualität für alle Bürger in der Gemeinschaft zu verbessern.

Nahziel: Weltoffenheit

Gemäß der Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz haben die Bemühungen um den Aufbau der Gemeinschaft *„ihren vollen Sinn nur in dem Maße, wie es den Mitgliedstaaten gelingt, gemeinsam zu handeln, um der steigenden Verantwortung gerecht zu werden, die Europa in der Welt zukommt.“*

Die Mitglieder der Gemeinschaft sind — mit Ausnahme Irlands — Bündnispartner der USA und Kanadas. Das Atlantische Bündnis ist und bleibt die unerläßliche Grundlage unserer Sicherheit, auch wenn den europäischen Partnern innerhalb der NATO einvernehmlich ein größerer Anteil an Verantwortlichkeit übertragen werden sollte. Das Sonderverhältnis, das uns seit dem Kriegsende, insbesondere seit dem Marshall-Plan, mit Amerika verbindet, muß seinen Ausdruck finden in einem beständigen, konstruktiven Dialog über den Atlantik und wird eine Voraussetzung dafür sein, daß in der bevorstehenden GATT-Welthandelsrunde und in der Reform des Weltwährungssystems tragfähige Lösungen gefunden werden.

Die Europäische Gemeinschaft formiert sich nicht als ein Block gegenüber unseren Alliierten jenseits des Atlantiks, aber auch nicht gegenüber dem Osten; sie kann gerade durch die Stärkung ihrer sozialen und demokratischen Komponenten zu einem wesentlichen Bauelement einer europäischen Friedensordnung werden. Auch gewinnen in der Gemein-

schaft die illusionslosen Bemühungen der Bundesregierung um den Abbau der politischen Spannungen und die Verminderung der militärischen Konfrontation ein weiteres Aktionsfeld und werden neue Möglichkeiten des Austausches und der Zusammenarbeit im Rahmen der gesamteuropäischen Kontakte erschlossen — mit dem Ziel, die bestehende Teilung unseres Volkes wie unseres Kontinents für die Menschen in Ost und West erträglicher und den Frieden sicherer zu machen.

Drittes Element der Außenbeziehungen der Gemeinschaft ist das Verhältnis zu den Entwicklungsländern. Wie schon der Vertragstext der EWG zeigt, weicht die Gemeinschaft ihrer Verantwortung nicht aus. Sie wird gemäß der in Paris formulierten Aufforderung der Staats- und Regierungschefs den bewährten Assoziationen eine umfassende, weltweite Politik der Entwicklungshilfe zur Seite stellen. Auch bei der Ausarbeitung dieser Politik wird es darauf ankommen, daß die in der Gemeinschaft wirkenden Kräfte des demokratischen Sozialismus ihren Einfluß nachdrücklich geltend machen.

Die Europäische Union

Mindestens ebenso notwendig ist eine Straffung des Lagers der demokratischen Sozialisten beim Aufbau der Struktur der in diesem Jahrzehnt kommenden Europäischen Union.

So gewiß es ist, daß die europäische Entwicklung nicht auf dem Reißbrett der Verfassungsrechtler zustande kommen wird, so gewiß ist es auch, daß Vorkehrungen dafür getroffen werden müssen, daß in dem gemeinsamen Rahmen alle lebendigen Kräfte der europäischen Demokratie zur Entfaltung gelangen können.

Das ideale Motiv des westeuropäischen Zusammenschlusses besteht darin, daß sich seine Mitglieder unbeschadet der politischen Gruppierungen zur freiheitlichen, rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie bekennen. Die Chance Europas liegt nicht in der Uniformität, sondern vielmehr in der gebündelten nationalen Vielfalt. Das ist die Art von Europäischer Union, als die die Europäische Gemeinschaft zu verstehen und weiterzuentwickeln ist. Es ist die Perspektive, die die sozialistischen Parteien als die „Vereinigten Staaten von Europa“ beschrieben haben.

Wir konzentrieren uns in dieser, wie in allen anderen Fragen bei aller Zielstrebigkeit auf die nächsten erreichbaren konkreten Schritte.

Städtebau

Mit dem Grundriß „Städtebau nach neuem Recht“ erläutert der Autor, Regierungsdirektor im Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen, die Vorschriften des am 1. August 1971 in Kraft getretenen Städtebauförderungsgesetzes. Dabei wurde besonderer Wert gelegt auf eine übersichtliche und verständliche Darstellung der sachlichen Zusammenhänge. Dem Leser werden der Ablauf einer Sanierungs- oder Entwicklungsmaßnahme und die damit verbundenen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten und Verpflichtungen der öffentlichen Hand und des einzelnen dargelegt. Das Buch gibt damit allen, die mit einer Sanierungs- oder Entwicklungsmaßnahme unmittelbar befaßt sind (Kommunalpolitiker, Verwaltungsanghörige, Unternehmen, die als Sanierungs- oder Entwicklungsträger in Betracht kommen, Haus- und Grundeigentümer, Mieter u. a. wertvolle Hinweise und Ratschläge an die Hand.

Dr. Lauritz Lauritzen, Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, hat eine ausführliche Einführung geschrieben, so daß neben den Erläuterungen auch dem interessierten Laien Zusammenhänge und Hintergründe des Gesetzes verdeutlicht werden.

Gesetzestext im Anhang
164 Seiten,
Snölln-Broschur 8,- DM

Verlag
Neue Gesellschaft
GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 149

Von Kurt Walter

nach

Grundriß
des
Städtebauförderungsgesetzes

neuem

Mit einer Einführung
von Bundesminister
Dr. Lauritz Lauritzen

Recht

Auf dem Weg zu einer demokratischen und entschließungsfähigen Europäischen Gemeinschaft

Die Umriss einer demokratischen Europäischen Gemeinschaft zeichnen sich vor unseren Augen ab wie ein mächtiger, aber hohler Wolkentrater. Um dieses Gebäude mit Argumenten, mit einer Organisation, mit Kraft und Leben erfüllen zu können, müssen wir aus dem Europäischen Parlament eine wirkungsvolle und mächtige Institution machen. Die Vision ist mitreißend, aber die praktischen Probleme sind groß. Unsere Aufgabe als politische Führer Europas ist es, für diese Vision zu werben und die Probleme in Angriff zu nehmen und zu überwinden. Es ist ganz sicherlich nicht unsere Aufgabe, uns von den Wogen der öffentlichen Meinung tragen zu lassen, aber wir müssen auch die Schwierigkeiten erkennen, die entstehen, wenn man der Bereitschaft der Öffentlichkeit zu akzeptieren und zu verstehen zu weit voraussetzt. Das Parlament muß für alle Menschen innerhalb der Gemeinschaft eine Realität werden, dann können direkte Wahlen kommen. Sie werden viele Probleme lösen, aber auch neue schaffen.

Großbritannien hat eine ganz besondere Verfassungsgeschichte. Da wir keine geschriebene Verfassung besitzen, neigen die Strukturen unserer Institutionen dazu, festere Formen anzunehmen, je mehr die Arbeit wächst und sich entwickelt. Ich bin nicht sicher, ob das Fehlen einer geschriebenen Verfassung diesen Prozeß des „forming by doing“ erklärt oder ob dieses Phänomen ganz einfach ein manchmal wirksamer, manchmal weniger wirksamer Ausdruck dessen ist, wie man in Großbritannien an die Dinge herangeht. Der kausale Zusammenhang ist im übrigen nicht sonderlich wichtig. Tatsache ist, daß sich die Macht und besonders die Verfahrensweisen des britischen Parlaments stets gewandelt haben, um die täglich wiederkehrenden Probleme der Verwaltung meistern zu können – z. B. bei den Auseinandersetzungen mit der Krone oder dem landbesitzenden Adel, der im alten „House of Lords“ vertreten war –, und viel weniger weil sich eine Anpassung aus einem weitgreifenden

Verfassungsmodell ergeben hätte. Aus diesen beiden Gründen erscheint es als eine weitaus dringendere Aufgabe, dem Europa-Parlament eine wirksame Arbeit zu übertragen, einen Bereich zu geben, wo es wirkliche Macht ausüben kann, als sofort im Detail zu beschließen, wie die Wahl der Mitglieder vorstatten zu gehen hat oder wie im einzelnen die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten aussehen sollen. Ich sehe zwei alternative Möglichkeiten, ihm eine Machtfunktion einzuräumen. Man könnte sie vielleicht als die Strategien der „breiten“ bzw. der „schmalen Front“ bezeichnen. An der breiten Front gibt es als ernsthafte Möglichkeit die im Vedel-Report vorgeschlagene Änderung – das Europa-Parlament soll ein aufschiebendes Vetorecht in Gesetzgebungsfragen der Gemeinschaft erhalten. Die Breitfront-Strategie besteht in einer allmählichen Ausdehnung der Macht des Europa-Parlaments auf den gesamten Bereich der Politik. Den Weg der schmalen Front einschlagen hieße, daß das Parlament weitreichende Machtbefugnisse erlangen würde, vergleichbar denen, die heute von den nationalen Parlamenten ausgeübt werden, aber erst nach mehreren Etappen einer Politik, die nur Schritt für Schritt verwirklicht wird, je mehr das Vertrauen der Mitgliedstaaten in das Europa-Parlament und seine Verlässlichkeit wächst. Es ist weitaus einfacher, einen Vorschlag zu machen, in welchem Bereich der Politik eine derartige Strategie einsetzen sollte – Ich persönlich wäre für Entwicklungshilfe und Handelsbeziehungen zu Entwicklungsländern –, als all die praktischen Probleme vorzusehen und von vornherein zu vermeiden, die ohne Zweifel bei einer derartigen Einteilung der Politik in Sektoren auftreten würden, Sektoren, bei denen einige stärker als andere unter der Einflußsphäre des Europa-Parlamentes stünden. Wenn aber das Streben nach demokratischer Kontrolle und demokratischen Einrichtungen ebenso sehr unser Bewußtsein füllt wie unsere Reden, dann müssen wir bereit sein, jede erdenkliche Stra-

**Auf dem Weg zu einer
demokratischen und entschließungsfähigen
Europäischen Gemeinschaft**

ategie zu prüfen, die die Aussicht auf eine Beseitigung dieser Blockierung — bestehend aus Tatenlosigkeit und Gleichgültigkeit — eröffnet. Der britische Beitritt könnte eine sehr vielversprechende Perspektive für die Zukunft bieten. Wir haben in Großbritannien ein ungewöhnlich rigides Zwei-Parteien-Parlamentssystem. Obwohl diese Starrheit des Systems mißbraucht werden kann, bleibt es nichtsdestoweniger ein außerordentlich machtvoll Instrument zur Formulierung und Durchsetzung von Politik. In Ländern mit Mehrparteien-Systemen können die Parteien in ihrer eigenen Organisation ziemlich rigide sein, in der Gewißheit, daß keine Partei für sich allein je in der Lage sein würde, eine Regierung zu bilden und daß es folglich notwendig sein würde, Kompromisse zu schließen, vermutlich zu viele Kompromisse, wenn eine Koalition zusammengekllickt wird. Das ist nicht die englische Methode des Politikmachens. Vor kurzem hätte es auch in Deutschland beinahe Änderungen gegeben. Aber dies war stets die Tendenz in den übrigen Ländern der Gemeinschaft, und diese Tendenz hat sich natürlich im Europa-Parlament widerspiegelt. Meines Erachtens werden sich sehr wahrscheinlich bei Eintritt der drei neuen Delegationen in Straßburg die Gewichte etwas ändern, die Betonung wird stärker auf den Differenzen der Politik — die ja auch Parteidifferenzen sind — liegen. Da die sozialistische Gruppe — ebenso wie andere Gruppen — als geschlossene und entschiedene Einheit auftreten wird, wird sie stärker auf der Basis einer gemeinsamen Ideologie als wegen gleicher Nationalität zusammenwachsen. Und das wird, so meine ich, eine heilsame Entwicklung sein. In einem Zeitraum von nur, sagen wir, eineinhalb Jahrhunderten, seit den Napoleonischen Kriegen, hat das britische System der parlamentarischen Demokratie beträchtliches Vertrauen und Bewunderung hervorgerufen. Die Bewunderung war manchmal übertrieben, und es trifft tatsächlich zu, daß während eines Großteils dieser Zeit mehr von Parlament als von Demokratie die Rede war. Aber es wurde eine Tradition aufgebaut, eine Tradition, die, wie ich glaube, von unseren europäischen Partnern respektiert wird, mit der wir etwas besonderes und substantielles beitragen können. Aber wenn wir schon so ein Juwel von echtem Wert anzubieten haben, dann wollen wir natürlich auch vollen Anteil nehmen an der Gestaltung seines übernationalen Rahmens.

Wir werden den Wunsch haben, der Gemeinschaft zu helfen, daß das ganze Gebilde nicht in einem kalten Glaskasten formaler Isolierung stehen bleibt, während die praktischen Entscheidungen außerhalb des demokratischen Forums getroffen werden.

In den letzten 25 Jahren hat es zwei bedeutende Errungenschaften in Europa gegeben. Der alte deutsch-französische Zwist, der in Europa und der Welt mindestens ein Jahrhundert lang solche Verheerungen angerichtet hatte, konnte beigelegt werden. Es ist bezeichnend für die Vollkommenheit dieses wirklichen Fortschritts, daß sie nun von der ganzen Welt hingenommen wird, als könne es kaum anders sein, als ob nur wenig nötig war, dies zu verwirklichen, und man vergißt ganz, wieviel in Wirklichkeit erreicht wurde.

Je mehr die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und zwischen allen sechs Ländern der ursprünglichen Gemeinschaft allmählich aus der Sphäre nationaler Rivalitäten herausstraten, um so mehr vollzog sich in der Außenpolitik der meisten europäischen Länder eine entscheidende Wendung. In den 60er Jahren, als der Kalte Krieg in Europa allmählich in einen relativ stabilen Zustand der Bewegungslosigkeit überging, glaubten viele, Großbritannien würde nun, da es nun nicht mehr der Steuermann war, unvermeidlich auf einem toten Gleis landen. Die Aufmerksamkeit richtete sich auf den Kampf in Vietnam, von dem man unsinnigerweise annahm, daß er die Entwicklungsmöglichkeiten für große Teile Asiens und Afrikas entscheidend prägen würde. 20 Jahre lang war die Weltpolitik beherrscht von dem Konflikt zwischen zwei Supermächten und ihrer miteinander streitenden Ideologien. In Europa sah es so aus, als würden die Potsdamer Teilungen auf absehbare Zukunft bestehen bleiben. In Asien und Afrika erschien die Lage gleichzeitig schreckerregender und vielversprechender angesichts der offenkundig fehlenden Stabilität. Der Einfluß und die militärische Stärke der wichtigsten Länder Europas und der früheren Kolonialmächte war gering im Vergleich zu denen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten.

Heute gibt es unmißverständliche Anzeichen dafür, daß die Welt der zwei Supermächte sich in ein komplexeres Gebilde umwandelt. Ihre militärische Dominanz bleibt zwar fast unverändert, aber schon Chinas Anspruch auf einen Großmacht-Status mag genügen, um die bl-

polare Machtposition auszuhebeln. Und beiden Supermächten merkt man die Belastungen ihrer massiven Militärausgaben an. Die SALT-Gespräche entspringen dem echten Wunsch, das Anwachsen der Ausgaben für Atomwaffen einzuschränken; und eine europäische Sicherheitskonferenz könnte über MBFR-Gespräche zu einer Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa führen.

Der Aufstieg Chinas ist keineswegs die einzige Ursache der veränderten sowjetischen Haltung gegenüber dem übrigen Europa. Es ist möglicherweise noch nicht einmal der Hauptgrund. Vieles ist auf die Politik zurückzuführen, die vor kurzem in Bonn eingeleitet wurde. Aus der Zeit Bismarcks betrachteten die meisten Länder Europas Deutschland – und nicht nur seine Nachbarn im Osten – mit einer Mischung aus Respekt und Furcht. Der erste Schritt hin zu einer Änderung in dieser fast hundertjährigen Tradition des Unbehagens war die Aussöhnung mit Frankreich. Dann kam der Wunsch nach einer Ausweitung der Gemeinschaft, so daß die deutsch-französische Freundschaft zum Verbündeten anstatt zum Feind einer größeren westeuropäischen Gemeinschaft werden sollte. Der dritte Schritt war die Ostpolitik. Die Weitsicht und Entschlossenheit, mit der ein starkes Deutschland diese Politik der Normalisierung und Entspannung verfolgte, führte bereits zu greifbaren Ergebnissen. Sie könnte eines Tages zu einer Änderung in den Beziehungen zwischen West- und Osteuropa führen, die ebenso grundsätzlich und beiderseitig nutzbringend wäre wie die deutsch-französische Aussöhnung.

Die osteuropäischen Länder werden sich in ihrem Wachstum vielleicht in gleicher Weise von Rußland entfernen wie dies in Westeuropa der Fall war, als sich die Schwerpunkte seiner Wirtschaftsbeziehungen zu den USA verlagerten. Diese Länder werden wahrscheinlich einen ständig wachsenden Teil ihres Handels mit der Gemeinschaft und insbesondere mit der Bundesrepublik abwickeln, die geographisch und historisch ihr natürlicher Beschaffungsmarkt für hochentwickelte Industrieprodukte ist. Übrigens hat auch in Westeuropa der Trend zur politischen Entspannung stark wirtschaftliche Motive. Die Industrie fühlt die Auswirkungen des japanischen Wettbewerbs im eigenen Land, am amerikanischen Markt ebenso wie überall in den Entwicklungsländern. Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß die west-

europäischen Länder versuchen, ihre Ausfuhr nach Osteuropa zu steigern, das – zum Teil trotz und zum anderen gerade wegen seines schnellen Wachstums seit dem Krieg – einen großen Bedarf an ausländischem Kapital und Konsumgütern hat. Und wenn es möglich ist, Menschen und Ideen ebenso wie Werkzeugmaschinen zwischen den beiden Hälften Europas auszutauschen, dann gibt es keinen Grund, warum die politischen Barrieren in der Mitte Europas unveränderlich sein sollten. Sie sind schon längst nicht mehr undurchdringlich.

Die bestehende Gemeinschaft, die zu einem beachtlichen Grad durch den Ministerrat tätig wird, hat in einigen Bereichen der Außenpolitik etwas entwickelt, was man vielleicht eine gemeinsame Außenfront nennen könnte – z. B. im Mittleren Osten und vor kurzem in Vietnam. Es gibt jedoch noch eine wesentliche interne Vorbedingung für die Durchsetzung einer echten gemeinsamen und umfassenden Außenpolitik. Eine erfolgreiche Außenpolitik hängt in starkem Maße von Stil und Haltung ab. Minister und Beamte müssen sich weit mehr als bisher auf Überredung und Beeinflussung verlassen und weniger auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo Entscheidungen getroffen werden können, von denen man erwartet, daß ihnen Taten folgen werden.

Die wichtigsten westeuropäischen Außenministerien, am deutlichsten vielleicht das britische und französische, haben durch viele Jahre hindurch ihren eigenen festverwurzelten Stil und eine eigene Haltung entwickelt. Wenn das neue Europa eine gemeinsame Außenpolitik schaffen soll, die mehr ist als nur eine hoffnungsvolle Absichtserklärung, dann ist es von entscheidender Bedeutung, daß sowohl die nationalen Institutionen als auch die Bestrebungen in ein gemeinsames Ganzes zusammenwachsen. Und ein solches vereinigtes Außenministerium muß ganz eindeutig Teil der durch den Vertrag geschaffenen Kommission sein und kein neugeschaffenes Gebilde in Paris oder sonst irgendwo, bereits dazu angelegt, die rein administrative Struktur, mit der ein erweitertes und gestärktes Europa-Parlament arbeiten kann, zu unterhöhlen.

Es ist unwahrscheinlich, daß das neue Europa je eine den USA oder der Sowjetunion oder sogar China vergleichbare militärische Macht ausüben wird. Aber es eröffnet die Aussicht auf eine Gemeinschaft, die sowohl wirtschaftlich

**Auf dem Weg zu einer
demokratischen und entschließungsfähigen
Europäischen Gemeinschaft**

als auch politisch stark genug sein kann, die Welt ebenso aufhorchen zu lassen wie die Supermächte. Dies trifft bereits auf Fragen des Handels, der Entwicklungshilfe und der internationalen Währungspolitik zu.

Außenpolitik, so wie sie im herkömmlichen Sinn verstanden wird – und in diesem Sinn habe ich den Begriff bisher gebraucht –, hat traditionelle und verführerische Erhabenheit. Außenpolitik zu machen, setzt eine ganz ungewöhnliche Skala an Fertigkeiten voraus. Sie ist für die Agierenden häufig sehr faszinierend, sie kann gelegentlich auch, wie dies bei der deutsch-französischen Aussöhnung, der Erweiterung der Gemeinschaft oder der Ostpolitik der Fall war, von nachhaltiger Bedeutung für die große Masse der Europäer sein, obwohl es nur zu häufig so ist, daß ein Großteil der Bevölkerung viel mehr die Auswirkungen der Fehler als die der Erfolge der Diplomatie zu spüren bekommt.

Wenn wir nur zwanzig oder dreißig Jahre weiter denken, ans Ende des Jahrhunderts und darüber hinaus, dann ist es gut möglich, daß es dann nur noch ein außenpolitisches Problem von beherrschender Bedeutung geben wird, noch dazu eines, das sehr verschiedenartig ist im Vergleich zu den traditionellen Problemen der Außenpolitik: Die alles andere in den Hintergrund drängende und unvermeidliche Frage wird dann die der Beziehungen sein zwischen dem im allgemeinen reichen nördlichen Viertel des Erdballs und den im allgemeinen armen Dreivierteln im Süden. Diese Beziehung ist vielen vertraut; die Besorgnis über dieses Problem ist groß; aber bisher war die Konzentration auf Hilfsmittel wie Politik bei den Mitgliedern der erweiterten Gemeinschaft ebenso wie in der restlichen hochentwickelten Welt nicht angetan, die Besorgnis zu zerstreuen, sie war bisher nicht ausreichend, um die Kluft zu schließen. Wenn wir alle nicht noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts von den gewaltigen Strömen der bedrohlichen See der Weltarmut verschlungen werden wollen, dann muß in den nächsten Jahren Lebenswichtiges geschehen. Dies böte die Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Europa, das rasch als mächtigster Handelsblock der Welt an Boden gewinnt, eine neue Führungsrolle übernehmen kann, als eine anerkannte Kraft, die nicht nur den europäischen, sondern den Fortschritt der Welt gewährleistet.

Aber Europa kann der Welt nur zu Hilfe kommen, wenn es Stärke und Vertrauen in sich und

seine Absichten hat. Ich glaube, daß die Erweiterung der Gemeinschaft denjenigen unter den Sechs neue Hoffnung gebracht hat, die gefühlt hatten, daß der Anreiz für die europäische Einigung verloren gegangen war, daß man der europäischen Flamme gestattet hatte, gefährlich klein zu flackern.

Dieser Enthusiasmus flößt mir sowohl Hoffnung als auch Furcht ein. Furcht davor, daß man von uns zu bald zu viel erwarten wird. Die Überzeugung derjenigen von uns, die für den Schritt Großbritanniens nach Europa gekämpft haben, bleibt unbeirrbar wie eh und je. Der Kampf war länger, nicht heftiger, aber langatmiger und ermüdender als wir erwartet hatten. Nun müssen wir dafür sorgen, daß es der Mühe wert war. Der Kern europäischer Argumentation war über 25 Jahre hinweg das Problem, das richtige Gleichgewicht zwischen nationaler Vorsicht und übernationalem Idealismus zu finden. Wenn das legitime und vorurteilsfreie nationale Selbstinteresse nicht beachtet wird, dann wird das Unternehmen an den Wellen nationaler Verhaltensweisen und Gesinnungstreue zerschellen. Aber wenn es schließlich zum einzigen Ziel wird, die Felsen zu umgehen, dann ist die Reise bald nicht mehr der Mühe wert. Dann wird kein Dampf mehr da sein, um uns vorwärtszutreiben. Bisher wurde im Verlauf der Geschichte der Gemeinschaft das nationale Interesse peinlich genau im Auge behalten. In einer bestimmten Phase sah es so aus, als würde dies die Zahl der Gemeinschaftsmitglieder auf Dauer auf sechs begrenzen. Dies hätte entschieden die ursprüngliche Absicht von Männern wie Robert Schumann und Jean Monnet untergraben, die Absicht, Europa als Ganzem zu heffen, sich von den Fesseln der Souveränität und des Nationalismus zu befreien, und durch diese Tat der Welt eine universelle Botschaft zu übermitteln. Aber die Probleme des Gleichgewichts hätten es möglicherweise erzwungen. Wir sind dieser Einschränkung entgangen. Die Erweiterung ist vollzogen. Großbritannien, als das wichtigste neue Mitglied, kommt zu euch, ich muß es gestehen, mit ein wenig Besorgnis und Schwerfälligkeit. Wir sind nicht die einzigen, die Befürchtungen im Augenblick des Eintritts verspürten. Sie müssen gemildert werden wie dies bei anderen Ländern in der Vergangenheit der Fall war. Es ist im Interesse Europas, schnell deutlich zu machen, daß die nationalen Interessen Großbritanniens als Mitglied der Gemeinschaft ebenso wirksam gewahrt werden

können wie die Interessen der ursprünglichen Mitglieder. Aber wir müssen auch ein umfassenderes Ziel ins Auge fassen — die Wiederbelebung der gesamten europäischen Idee. Die bestehende Gemeinschaft hat funktioniert. Sie war erfolgreicher in Hinblick auf die materiellen Ergebnisse als auf die geistige Anregung. Die Arbeit der erweiterten Gemeinschaft muß auch anlaufen. Aber in diesem entscheidenden Moment der Erweiterung der Horizonte muß sie auch dazu beitragen, eine Inspiration zu geben: für diejenigen, die in Europa leben und ebenso für diejenigen, die außerhalb leben.

?

Die Schweiz ist neutral. Sie ist ein Hort des Friedens. Milch und Honig fließen. Die Menschen sind gut, Rousseau hat hier gelebt, Bergkäse schmilzt, Eis und Alpenrosen. Das Kapital hat eine soziale Verpflichtung, das Bankgeheimnis, die Traditionen, die Landsgemeinden, die Uhren, die Sauberkeit, die Pünktlichkeit.

Der Wohltand.

?

Die

zeitschrift **neutralität**

meint:

Die Schweiz liegt mitten in Europa. Das auferlegt ihr manche Pflichten, sie nimmt am Gemeinsamen Markt im Rahmen einer Freihandelszone teil, das Problem der multinationalen Konzerne betrifft auch die schweizerische Gewerkschaftsbewegung, die Bevölkerung, rund 6,3 Millionen, ist aufgespalten in Einheimische (5,2 Millionen) und Ausländer (1,1 Millionen). Rund 1/3 der unselbständig Erwerbenden sind Fremdarbeiter, das gibt Spannungen, Konflikte. Zudem existiert die Mitbestimmung nicht, das altmodische Schulsystem verwehrt den Arbeiterkindern den sozialen Aufstieg; nur etwa 5 Prozent der Arbeiterkinder kommen zum akademischen Abschluß, für die mittleren und kleinen Angestellten und für die Arbeiter, das heißt für rund 2/3 der Bevölkerung ist das Leben unerträglich teuer geworden, die jährliche Teuerungsrate liegt momentan bei 7 Prozent. Als letzte Weisheit predigen die bürgerlichen Parteien neuerdings den Lohn- und Prellstopp.

Informieren Sie sich über die Schweiz und ihre gesellschaftspolitischen Probleme durch unsere Monatszeitschrift. Probehefte beim Verlag „neutralität“, Postfach 16, CH 3000 Bern 6.

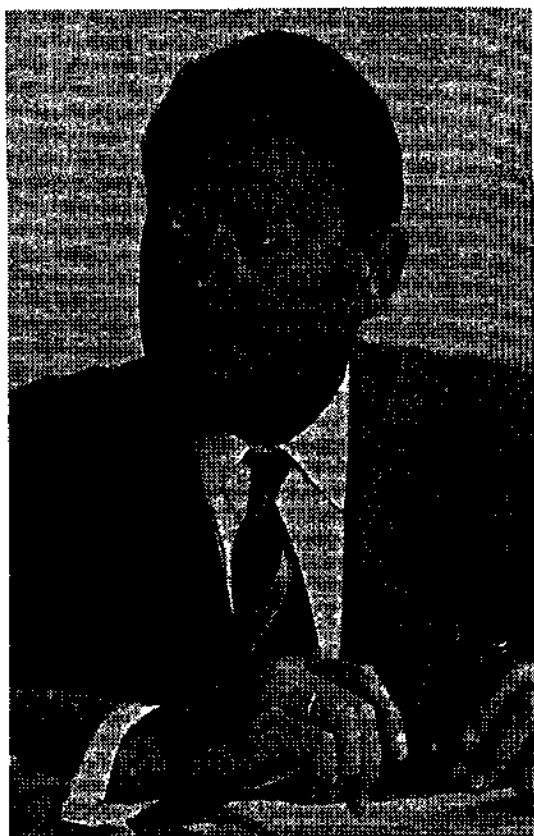
(Einzelheft: DM 3,—,
Jahresabonnement DM 31,—)

Die Position der kleineren Staaten in einem vereinigten Europa

Die Supermächte und zu einem gewissen Grad auch die mittleren Mächte unterscheiden sich von den kleinen Staaten durch das Gewicht und die Vielseitigkeit ihrer – wirklichen oder potentiellen – Macht, die sie einsetzen können, wenn sie gegenüber anderen Staaten Politik betreiben. Militärische Macht einer bestimmten Größenordnung und Stärke (möglicherweise auf einem hochentwickelten Stand der Technologie) sowie eine Wirtschaft, die weitgehend unabhängig ist vom Handel mit der übrigen Welt, gehören zu den wichtigsten Elementen der Macht, die den großen Staaten relative Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit geben können.

Kleinere Staaten dagegen haben oft nicht die gleiche Handlungsfreiheit, weil sie verletzlicher sind gegenüber den Folgen der Handlungen großer Staaten. Sie sind in den meisten Fällen nicht in der Lage, sich gegen Aktionen großer Staaten wirkungsvoll zu wehren oder Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wenn nationale Interessen mit im Spiel sind.

In Einzelfällen mag es vorkommen, daß kleinere Staaten besondere Vorteile genießen, sei es, weil ihre geographische Lage von strategischer Bedeutung ist oder weil sie im Besitz bestimmter natürlicher Reichtümer sind, nach denen in anderen Staaten starke Nachfrage besteht – Vorzüge, die wesentlich dazu beitragen können, die Handlungsfreiheit und den politischen Einfluß auszudehnen. Ein kleiner Staat kann seinen politischen Einfluß auch dadurch vergrößern, daß er über außerordentliche Informationsquellen verfügt, einen besonders gut organisierten und gut geschulten Auswärtigen Dienst besitzt, oder durch die Qualität seiner Argumente. Er kann auf diese Weise seine Einflußmöglichkeiten erweitern und ist so nicht direkt von den oben erwähnten traditionellen Machtfaktoren abhängig. Die Tatsache bleibt dennoch bestehen, daß die kleineren Staaten im Vergleich zu den größeren in ihren politischen Entscheidungen verhältnismäßig stärker eingeengt werden. Dies führt zu etwas, was



Jens Otto Krag

man fast als den Unterschied in der Art der Interessen und Zielsetzungen kleinerer und größerer Staaten bezeichnen könnte. Während größeren Staaten mehrere Alternativen zur Wahl stehen, selbst in Zeiten von Kriegshandlungen oder Bedrohungen irgendeiner Art, sogar in Zeiten bloßer mangelnder Stabilität, stellt sich die Lage für kleinere Staaten unterschiedlich dar. Für sie ist Stabilität und Frieden lebensnotwendig bei der Verfolgung jeglichen politischen Ziels mit Ausnahme des reinen Überlebens.

Ganz allgemein kann man sagen, daß die

Politik der kleineren Staaten eine ständige Anpassung an die Realitäten im internationalen Raum ist, einschließlich der Aktionen anderer Staaten, dem Wechselspiel nationaler Entscheidungen außerhalb der eigenen Grenzen. Es muß aber auch ihr Ziel sein, im Zuge dieser Anpassung den denkbar größten Vorteil aus den Möglichkeiten zu ziehen, die die internationale politische Lage als Ergebnis des Zusammenspiels anderer Staaten bietet.

Wir können daher sagen, daß es ein sorgfältig zu wahrendes Interesse der kleineren Staaten sein muß, darauf zu achten, daß sich die Macht der größeren in bestimmten Grenzen hält. Es ist im Interesse kleiner Staaten, Mittel zu entwickeln, durch die die größeren Staaten gebunden werden oder sich verpflichtet fühlen, ihre Handlungen zu beschränken, um im allgemein anerkannten Rahmen internationaler Regeln und Moralvorstellungen zu bleiben.

Das einzig dauerhaft wirksame Mittel scheint der Versuch zu sein, alle Staaten auf der Basis internationalen Rechts durch Verträge oder die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen festzulegen. In der Praxis gibt es allerdings keine Möglichkeit, mächtige Staaten, die internationales Recht verletzt haben, zu zwingen, sich hieran zu halten. Es hat sich aber oft gezeigt, daß diese Staaten nur sehr zögernd Geist und Buchstaben derartiger Gesetze zu widerhandeln, wenn sie dabei die moralische Verdammung vieler anderer Länder riskieren – auch dann, wenn es sich nur um kleinere Staaten handelt. Das Prestige der größeren Länder „in den Augen der Welt“ wirkt ohne Zweifel als Bremse ungehemmter Machtpolitik und ist meiner Meinung nach ein Faktor, den die kleineren Staaten erkennen und für sich nutzen sollten.

Was sonst tun die kleineren Staaten in der Welt der gegenwärtigen internationalen Beziehungen? Welche Wege stehen den kleineren Staaten offen?

Die kleineren Staaten müssen eine Wahl treffen, wie sie mit ihren Nachbarländern zu leben wünschen, ob sie sich für strikte Unabhängigkeit im formalen Sinn, für Neutralität entscheiden oder ob sie lieber Bündnisse eingehen wollen, was nicht notwendigerweise den militärischen Bereich einschließt.

Die kleineren Staaten sollten versuchen, sich von solchen Bindungen an andere Länder oder internationale Organisationen fernzuhalten, bei

denen auch nur ein Bruchteil der nationalen Souveränität an übernationale Einrichtungen übertragen wird. Ein wenig überspitzt formuliert: Der kleinere Staat, der als moralischer, überragender Mentor auftritt, ist wohl immer bereit, die Rolle des Schiedsrichters zu übernehmen, aber gleichzeitig auch immer bereit, sich hinter seine eigene „Kleinheit“ zurückzuziehen, wenn es um handfeste Verpflichtungen geht.

Eine weitere Möglichkeit, als kleiner Staat Politik zu treiben, ist die, sich anderen, stärkeren Mächten anzuschließen. In diesem Fall muß die Politik dann selbstverständlich von dem Gedanken der Bündnis- und Partnertreue geleitet werden. Dies bedeutet keinen Verzicht auf nationale Souveränität, aber je nach dem, wer gerade der „Big Brother“ des fraglichen kleinen Landes ist, wird die formale Handlungsfreiheit unter Umständen eingeschränkt. Der wirkliche Einfluß wird jedoch höchstwahrscheinlich anwachsen, denn als Bündnispartner muß der Standpunkt des kleinen Landes von seinen Verbündeten berücksichtigt werden.

Es gibt eine dritte Art der Politik für kleinere Staaten, die in mancher Weise eine Mischung aus den beiden erstgenannten darstellt. Der kleinere Staat wählt die Integration, d. h. er beschließt Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Ländern unter formeller Aufgabe eines Teils der nationalen Souveränität, um Vorteile zu erlangen, die sonst für ihn unerreichbar wären. Sozusagen ein „Poolen“ staatlicher Souveränitäten. Es ist diese dritte Form, die im heutigen Westeuropa realistische Politik bedeutet – mindestens hoffe ich das.

Was sind genau genommen die Vorteile für ein kleines Land, das sich einem Projekt der Integration wie etwa den Europäischen Vereinigungen anschließt?

Für mich haben diese Vorteile zum Teil etwas zu tun mit Spezialisierung und mit „Wirtschaften nach Maß“, oder vielleicht sollte ich sagen, daß wir in der ersten Phase der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach dem Krieg die Dinge so zu sehen pflegten. Dieser Gesichtspunkt hat immer noch Gültigkeit, aber vieles muß noch hinzugefügt werden. Anschluß an die EWG bedeutet Zugang zu einem größeren Markt und eine leichtere Beschaffung von Kapital und Arbeitskräften. Es bedeutet freieren Handel in jeder Beziehung und z. B. in der Folge besseren Zugang zur Einfuhr von Rohstoffen und Konsumgütern, die besser und bil-

liger in einem der anderen Mitgliedstaaten produziert werden. Es bedeutet Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Diese Koordinierung ist eine Bedingung von überwältigender Bedeutung, wenn man Vollbeschäftigung und eine offene Gesellschaft anstrebt. Zu den schon erwähnten Vorteilen der Integration müssen wir noch hinzufügen, daß sie uns bessere Mittel an die Hand gibt, wirkungsvoll gemeinsame Probleme zu lösen, unter denen die Frage der Umweltverschmutzung und Zerstörung des menschlichen Lebensbereichs — verursacht durch ungehemmtes wirtschaftliches Wachstum — glücklicherweise, wenn auch verspätet, in wachsendem Maße offene Ohren findet. Ein anderer wichtiger Problembereich, der besser durch gemeinsame Maßnahmen gelöst werden kann, betrifft die Frage der öffentlichen Kontrolle multinationaler Unternehmen, um die Interessen der Konsumenten und Beschäftigten solcher Firmen zu schützen.

Politisch betrachtet beinhaltet Integration sowohl für die größeren als auch für die kleineren Mitgliedstaaten eine Einschränkung der Handlungsfreiheit. In der Europäischen Gemeinschaft ist eine Verletzung der in den Römischen Verträgen vorgesehenen Pflichten sehr unwahrscheinlich; deshalb war die EWG-Integration besonders für die kleineren Staaten günstig, die ein besonderes Interesse an der Aufstellung und Durchsetzung international gültiger Richtlinien haben.

Die Tatsache, präsent zu sein und in der Lage, das Wort zu ergreifen, ein feststehendes Recht zu haben, mit seiner Meinung gehört zu werden und dadurch Entscheidungen der Organisation zu beeinflussen, das alles betrachte ich als den wichtigsten Grund, warum ein kleineres Land sich anderen Ländern in einem Integrationsprozeß anschließen sollte, als den wichtigsten Grund für die wirtschaftliche Integration Europas überhaupt. Ich könnte noch hinzufügen, daß heute alle europäischen Staaten „klein“ sind.

Keine Möglichkeit zu haben, Entscheidungen zu beeinflussen — außerhalb eines Prozesses zu stehen —, wird sich als ernstzunehmender Nachteil für jene Länder erweisen, die an der Integration nicht teilhaben. Der universelle Charakter moderner Entwicklungen sollte Beweis genug dafür sein.

Unter mehr formellem, institutionellem Gesichtspunkt könnte man sagen, daß die Euro-

päischen Gemeinschaften sich nicht in völliger Übereinstimmung mit den Vorstellungen entwickelt haben, die einst von den Autoren der Römischen Verträge angestrebt worden waren. Die Regeln des Mehrheitsvotums unter den 6 Ländern wurden nicht angewandt — statt dessen geht man bei allen wichtigeren Fragen nach dem Prinzip des Konsensus vor. Dies hat bedeutet, daß kein Mitglied überstimmt worden ist. Ergebnisse sind dennoch zustande gekommen — immer konnte ein gemeinsamer Nenner gefunden werden, und der Fortschritt ist so vielleicht besser gewahrt worden als durch andere Methoden.

Ich glaube allerdings, daß für einen vernünftigen Menschen das Schlüsselwort zum Verständnis der europäischen Integration und der damit zusammenhängenden Folgen für die Mitgliedsländer — groß oder klein — weiterhin lautet: es ist ein Prozeß. Die europäische Integration sollte gesehen werden als ein Prozeß sich ständig ausweitender Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer Probleme. Gewicht und Umfang dieser Probleme sind so gewaltig, daß die alte Unterscheidung zwischen kleinen und großen Staaten immer mehr an Bedeutung verlieren wird.

Am Pariser Gipfeltreffen nahmen nur zwei sozialdemokratische Regierungschefs teil: Willy Brandt aus der Bundesrepublik Deutschland und Anker Jørgensen aus Dänemark. Es bleibt zu hoffen, daß bei zukünftigen EWG-Treffen mehr sozialdemokratische Teilnehmer mitwirken können. Die Vorstellung des demokratischen Sozialismus von der Entwicklung der Gesellschaft und der internationalen Zusammenarbeit und die enge Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit der Gewerkschaftsbewegung und den Arbeitnehmerorganisationen befähigen Sozialdemokraten in ganz besonderer Weise dazu, die für die Europäischen Gemeinschaften zu praktizierende Linie der Zusammenarbeit aufzuzeigen. Keines der Ideale des demokratischen Sozialismus wird in der EWG aufs Spiel gesetzt. Kein Punkt im sozialdemokratischen Programm hindert uns daran, uns einem weiteren Voranschreiten der Gemeinschaften anzuschließen.

Laßt uns Westeuropa zum Geburtsort und Sprungbrett machen für den Einfluß des demokratischen Sozialismus auf die internationale Entwicklung. Von der EWG zu den Entwicklungsländern ist der Weg kurz und zum Teil gepflastert.

Betrachtungen eines Österreichers zur europäischen Integration

Die Brüsseler Verträge vom 22. Juli 1972 haben zur Schaffung eines Nahverhältnisses zwischen den Neutralen und der EWG in Form einer Freihandelszone geführt.

Die Geschichte der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, die aus der Gemeinschaft der Sechs zur Gemeinschaft der Neun und aus der Gemeinschaft der Neun eine Freihandelszone mit sieben anderen europäischen Staaten macht, ist noch nicht geschrieben. Aus der Retrospektive aber ergibt sich heute: daß diejenigen recht hatten, die seinerzeit, als die sogenannte große europäische Freihandelszone aller europäischen OEEC-Staaten diskutiert wurde, eine längere Phase der Konsolidierung für die EWG forderten, und daß daher die negative Haltung in den Beratungen über die Bildung dieser großen Freihandelszone heute als durchaus motiviert erscheint.

Aber ebenso richtig war die Reaktion jener sieben Staaten, die außerhalb der EWG standen, sich zur EFTA zusammenzuschließen, denn nur so konnte verhindert werden, daß es parallel mit dem Integrationsprozeß der EWG-Staaten zu einem handelspolitischen Desintegrationsprozeß von unabsehbaren Konsequenzen gekommen ist.

Im Laufe der zehnjährigen Bemühungen, zu einem Brückenschlag zwischen EWG und EFTA zu gelangen, schien es manchmal, wie wenn der „point of no return“ in den Verhandlungen gekommen wäre. Ich habe im Juli 1961 im Chatham-House in London vor manchen Illusionen gewarnt und gemeint: „...daß Frankreich in Beantwortung eines britischen Vorfühlens ... mit einer gewiß freundlichen, aber doch deutlichen Zurückhaltung reagiert“ habe.

Auch bei uns gab es 1963 Auffassungen, wonach ein Alleingang Österreichs Aussicht auf Erfolg hätte, wozu man auf Grund von Äußerungen damals führender Funktionäre der EWG kam. So meinte einer von ihnen, daß in absehbarer Zeit ein Vertrag zustande kommen könne, wenn Österreich als Sonderfall behandelt würde. Im wesentlichen meinte er, daß sich



Bruno Kreisky

eine Lösung nach zwei Prinzipien werde finden lassen – nach dem einer Zollunion oder einer Freihandelszone. Nach der Auffassung dieses sehr maßgebenden EWG-Funktionärs lehnte die EWG das Prinzip der Freihandelszone ab. Ähnliche Illusionen auf eine Separatlösung für Österreich gab es auch nach 1966.

Man schien zu übersehen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zwar eine primär wirtschaftliche Institution ist, daß aber dieser „point of no return“ in den Verhandlungen niemals ein verhandlungstechnisches Datum sein konnte, sondern nur ein ausschließlich politisches.

Es bedurfte der Verständigung zwischen Frankreich und England einerseits, Frankreich und den EWG-Staaten andererseits. Für Österreich mußte also eine Lösung gefunden werden, die

sich mit seiner Neutralitätspolitik vereinbaren ließ. Ich lehne es prinzipiell ab – als einer, der sehr genau und aus eigener Erfahrung die Motive der sowjetischen Regierung kennt, die seinerzeit für den Abschluß des Staatsvertrages maßgebend waren, zuzulassen, daß diese Umstände aus einem in der sogenannten Staatsräson begründeten Opportunismus heraus verdrängt werden.

Die Gründe, die seinerzeit die Wiedererlangung unserer staatlichen Unabhängigkeit und Selbständigkeit und unsere uneingeschränkte Befreiung ermöglichten, sind auch heute von beträchtlicher politischer Relevanz.

Österreich hat seinen Staatsvertrag deshalb bekommen, weil es durch seine erklärte Berieschaft zur Immerwährenden Neutralität seine qualifizierte Unabhängigkeit eindeutig fixierte. Es mußte daher auch bei der Beurteilung eines zu suchenden Nahverhältnisses zur EWG einerseits auf diese qualifizierte Unabhängigkeit Bedacht genommen werden, andererseits aber auch darauf, daß diese Neutralität seinerzeit im Moskauer Memorandum – dessen Bedeutung für den Staatsvertrag nicht unterschätzt werden darf – folgende Definition gefunden hat:

Punkt 1,1) „... wird die österreichische Bundesregierung eine Deklaration in einer Form abgeben, die Österreich die internationale Verpflichtung auferlegt, sich ständig an eine solche Neutralität zu halten, wie sie die Schweiz wahr.“

Es ergab sich daraus für die österreichische Außenpolitik die selbstverständliche Aufgabe, gerade in der Frage eines Nahverhältnisses zur EWG, eine sehr enge theoretische und praktische Zusammenarbeit mit der Schweiz und mit Schweden zu etablieren. Später gesellte sich zu dieser Gruppe auch Finnland.

Für die Einstellung des einzelnen Österreicher aber zur Frage der europäischen Integration gilt mindestens das, was bezüglich des einzelnen Österreicher zur Neutralität anlässlich der Beschlußfassung über das Neutralitätsgesetz gesagt wurde, daß durch sie in keiner Weise die Grund- und Freiheitsrechte der Staatsbürger beschränkt werden.

„Die Neutralität verpflichtet den Staat, nicht aber den einzelnen Staatsbürger. Die geistige und politische Freiheit des einzelnen, insbesondere die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung wird durch die dauernde Neutralität eines Staates nicht berührt.“

Der Spielraum, in Fragen der europäischen Integration mitzureden, ist also für den Österreicher der gleiche wie für andere Europäer. Ich möchte davon Gebrauch machen, wobei ich mich natürlich hier nicht der Formel bedienen kann, die mir niemand abnehmen würde, daß bei allem, was ich sage, davon abzusehen wäre, daß ich gegenwärtig der Vorsitzende der österreichischen Bundesregierung bin. Ich sage das, auch im Bewußtsein dieser Verantwortung.

Ich möchte alle jene Bereiche unerwähnt lassen, die bereits Gegenstand einer weitgehenden Abklärung innerhalb der EWG sind, und auch von jenen Problemen nicht sprechen, an deren Lösung bereits gearbeitet wird. Und so möchte ich also einige Betrachtungen zur Frage anstellen, inwieweit aus dem demokratischen Europa eine dritte, respektive vierte Macht in der Weltpolitik werden kann.

Ich weiß, daß das der Lieblingsgedanke vieler guter Europäer ist, und es tut mir leid, daß ich hier meine Zweifel anmelden muß. Keine Frage, wirtschaftlich gesehen könnte dieses demokratische Europa, das nun seiner Ausformung entgegengeht, eine zweite oder dritte Kraft werden. Aber es wäre verhängnisvoll, daraus politische und militärische Konsequenzen ziehen zu wollen.

Die Politik, die heute gemacht wird, kann nicht davon abstrahieren, daß wir in einer Zeit leben, in der alles mehr oder weniger vom Kräftegleichgewicht der Supermächte und ihrer Verbündeten abhängig ist.

Erst die Erkenntnis, daß es dieses Kräftegleichgewicht gibt, hat die gegenwärtige Entspannungspolitik ermöglicht, woraus durchaus der Schluß gezogen werden kann, daß die Störung dieses Gleichgewichtes unter Umständen die Phase der Entspannung wenn nicht beenden, so jedenfalls gefährden könnte.

Die Entspannungspolitik ist eine äußerst subtile Sache, man kann sie jedenfalls nicht den Militärs, sicher aber auch nicht den Politikern allein überlassen. Den Militärs deshalb nicht, weil sie sich sehr schwer von gewissen Vorstellungen zu trennen vermögen, und den Politikern nicht, weil sie sich bei der Beurteilung dieser Frage gelegentlich von innenpolitischen Überlegungen leiten lassen. Die Entspannungspolitik muß ihre Verankerung im Bewußtsein der Völker finden.

Das Europa, das nun im Entstehen ist, wird für einen überschaubaren Zeitraum weder die poli-

tische Kohäsion aufweisen, noch die wirtschaftlichen und technologischen Voraussetzungen besitzen, die für eine dritte oder vierte weltpolitische Macht erforderlich wären.

Um es so eindeutig wie möglich zu formulieren: wir meinen, daß eine Voraussetzung einer realistischen Entspannungspolitik ein Maximum an politischer Konvergenz zwischen den nordamerikanischen und europäischen Staaten ist. Allerdings stellt sich alsbald das Problem, daß ein solches Maximum an Konvergenz nur bei einer wirtschaftlichen Entwicklung möglich ist, die bei aller Konzentration auf die europäischen Aufgaben Bedacht nimmt auf die Zusammenarbeit mit den nordamerikanischen Demokratien.

Auch mit den anderen Staaten der Welt muß es ein wachsendes Maß an Zusammenarbeit geben – aber diese wird sich an anderen Problemen orientieren und vermutlich auch anders geregelt werden. Um es also ganz deutlich noch einmal zu sagen: Die europäischen Integrationsbestrebungen müssen in steigendem Maße auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada Bedacht nehmen. Das wird um so zweckmäßiger sein, da sich doch der Abstand zwischen der Wirtschaft der Vereinigten Staaten und des demokratischen Europas zu verringern beginnt und jedenfalls die Vereinigten Staaten keine alles dominierende Stellung mehr haben.

Ich möchte mich wieder etwas ausführlicher einem Problem zuwenden, von dem ich glaube, daß es einer Überprüfung im höchsten Maße bedarf. Dem aufmerksamen Beobachter der Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern sind die Spannungen nicht entgangen, die es hier seit langem gibt. Und sie sind durchaus nicht mit Ressentiments, die aus der Vergangenheit herrühren, zu begründen. Zuletzt haben sie sich bei der UNCTAD-Konferenz in sehr deutlicher Weise manifestiert. Und in der Tat, die Situation ist auch wenig erfreulich.

Ich erspare Ihnen, auf Einzelheiten einzugehen, etwa auf die Entwicklung des Kredit- und des Warenaustausches. Über die Haltung der Empfängerländer betroffen zu sein, daß trotz des Einsatzes beträchtlicher Mittel der Industriestaaten die Entwicklungsländer diese „Opferbereitschaft“ nicht mit entsprechender Dankbarkeit vergelten, wäre die schlechteste Art der Annäherung diesem Problem gegenüber.

Wir müssen, je eher, je besser, zur Kenntnis

nehmen, daß Dankbarkeit keine politische Kategorie ist – weder in der Innenpolitik, schon gar nicht in der Außenpolitik.

Ich selber habe mich vor einiger Zeit zum Sprecher eines Gedankens gemacht, wonach die Mitgliedstaaten der OEEC innerhalb eines Fonds den Entwicklungsländern „drawing rights“ einräumen sollen, die es ihnen erlauben, diese bei den Mitgliedstaaten der OEEC frei auszunutzen.

Das wäre ein wesentlicher Beitrag, ähnlich wie das seinerzeit beim Marshall-Plan der Fall war. Gegen diesen Vorschlag wurden seitens des Generalsekretärs der OECD, van Lennep, folgende Einwände erhoben.

1. Die Fonds müßten zusätzlich sein zu den normalerweise in den Budgets der Mitgliedstaaten enthaltenen Krediten; allenfalls Auflegung von Anleihen etc. Bis jetzt war auf diesem Gebiet trotz ausführlicher Debatten in der UNCTAD keine Einigung möglich. Auch die Aussichten für eine Einigung sind nicht sehr gut.
2. Bei Beiträgen von insgesamt 1 Milliarde Dollar jährlich, durch 5 Jahre hindurch, fragt sich van Lennep, ob die gegenwärtige Struktur der OECD die verwaltungsmäßigen und technischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden, überhaupt bewältigen könnte. Die OECD würde sich damit nämlich in eine der Weltbank vergleichbare Organisation verwandeln müssen.
3. In der gegenwärtigen evolutiven Phase der EWG will van Lennep auf die Rolle hinweisen, die der IMF neben den anderen internationalen Organisationen spielen könnte, die von europäischen Ländern finanziert werden.
4. Schließlich weist van Lennep auf die gegenwärtige Unsicherheit des Weltwährungssystems, aber auch auf die Unsicherheit in der Frage einer möglichen Verbindung zwischen Ziehungsrechten und der Entwicklungshilfe hin. Wenn es dazu käme, könnten die Mitgliedstaaten im Schoße der OECD über die zu unternehmenden Schritte beraten, wobei die OECD selbst eine Art Kontrollfunktion übernehmen könnte, damit diese Mittel der Entwicklungshilfe zweckmäßig verwendet werden.

Trotzdem insistiere ich, diese Idee nicht ad acta zu legen. Aber es gibt auch andere Überlegungen, die in der jüngsten Zeit wieder ak-

tualisiert wurden – zuletzt in der „Neuen Zürcher Zeitung“, wo unlängst zu lesen war: „Ein ‚entwicklungspolitischer Wunschtraum‘, aber eben nur ein Traum, wäre der folgende: Alle Länder der Welt schaffen bis zum Jahre 1980 die tarifäre und nicht nichttarifäre Agrarprotektion völlig ab. Daraus ergäbe sich ab 1980 eine jährliche Erhöhung des Wertes der Weltagrarexporte um 15,5 Milliarden Dollar, wovon etwa 11 Milliarden auf die Entwicklungsländer entfallen würden. Die höheren Exporterlöse hätten einen Multiplikatoreffekt in mindestens gleicher Höhe für das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer. Diese (bewußt) spekulativen Werte ergeben sich aus einer gemeinsamen Studie der FAO und der UNCTAD, in welcher unter verschiedenen Annahmen und mit wichtigen Vorbehalten auf rein experimenteller Basis Protektionen bezüglich der Entwicklung der Märkte für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse erarbeitet worden sind.“

Die genannten Zahlen lassen die Größenordnung erkennen, die das Problem der Agrarprotektion für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt hat. Ließe sich der Traum verwirklichen, so könnte das Volumen der bilateral und multilateral gewährten Entwicklungshilfe durch starke Ausweitung der Exporte der Entwicklungsländer wesentlich vermindert werden und damit dem Slogan Handel statt Hilfe zum Durchbruch verhelfen.“

Die europäische Integration, sagten wir schon einmal, ist kein bloß wirtschaftliches Phänomen, sie ist auch ein politisches. Die EWG verfügt über parlamentarische Institutionen, an denen aber nur ihre Mitgliedstaaten teilnehmen. Es schiene mir zweckmäßig, daß es auch ein Kontaktorgan zwischen der parlamentarischen Institution der EWG und der nun zu ihr in ein Nahverhältnis tretenden Staaten gibt. Ein solches bedarf nicht erst der Schaffung, sondern diese Aufgabe könnte im Rahmen des Europarates in Straßburg erfüllt werden. Damit erhielte der Europarat eine neue Aufgabe, für die er gut vorbereitet ist, war er doch in der Vergangenheit das einzige Forum, in dem Parlamentarier aus EWG- und EFTA-Staaten zu gemeinsamen Beratungen unter anderem über den Brückenschlag zusammentrafen.

Das letzte Thema, worüber ich einige kurze Bemerkungen machen möchte, ist die Position der Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft. In letzter Zeit hat sich gezeigt, daß

nicht nur die freien Gewerkschaften, also die vorwiegend sozialdemokratisch gesinnten, eine sehr aktive Rolle innerhalb der Europäischen Gemeinschaft spielen, sondern daß sich auch die Gewerkschaftsbewegungen in den romanischen Ländern, die von den kommunistischen Parteien stark beeinflußt werden, für die Mitarbeit zu interessieren beginnen. Es ist durchaus denkbar, daß sich innerhalb der erweiterten Europäischen Gemeinschaft neben freien Gewerkschaften und christlichen auch die vorwiegend von Kommunisten geführten Gewerkschaften im Interesse der in ihnen organisierten Arbeitnehmer zu einer neuen Form der Zusammenarbeit werden finden müssen. Für eine solche gewerkschaftliche Zusammenarbeit werden neue Kategorien maßgebend sein. Möglicherweise wird das zu einem partiellen Entpolitisierungsprozeß in rein parteipolitischen Sinn führen, was keineswegs als Gesinnungslosigkeit verstanden werden kann.

Ganz im Gegenteil, die politische Gesinnung der führenden Persönlichkeiten würde sich im Widerstreit der Meinungen noch profilierter kundtun. Es könnte sein, daß dieses Zusammenwirken im Interesse der europäischen Arbeiter- und Angestelltenschaft der Gemeinschaft zu einer Veränderung auch der innenpolitischen Landschaft in manchen Staaten führt. Sie könnte Wirkungen in der Innenpolitik verschiedener Staaten auslösen, die nachhaltiger sind, als es noch so aufregende Ereignisse in der Außenpolitik waren, da doch solche primär durch das politische Gewissen motiviert sind, das bekanntlich aus Gründen, die hier nicht näher auszuführen sind, nicht immer eine lang andauernde Wirkung hat.

Ich will meine Betrachtungen damit abschließen, daß ich nochmals unterstreichen möchte, daß ich nur einige mir besonders aktuell scheinende Fragen und diese nur in groben Strichen angedeutet habe. Ich habe mich ganz bewußt der Denk- und Ausdrucksweise des Politikers bedient, der zum Unterschied vom Gelehrten die Aufgabe hat – ohne deshalb ein terrible simplificateur werden zu müssen –, eine Sprache zu sprechen, die geeignet ist, Menschen leichter für seine Gedanken zu gewinnen. Denn darin besteht ja letztlich die Erfüllung seiner Aufgabe, der Inhalt der Verantwortung, die ihm aufgetragen ist.

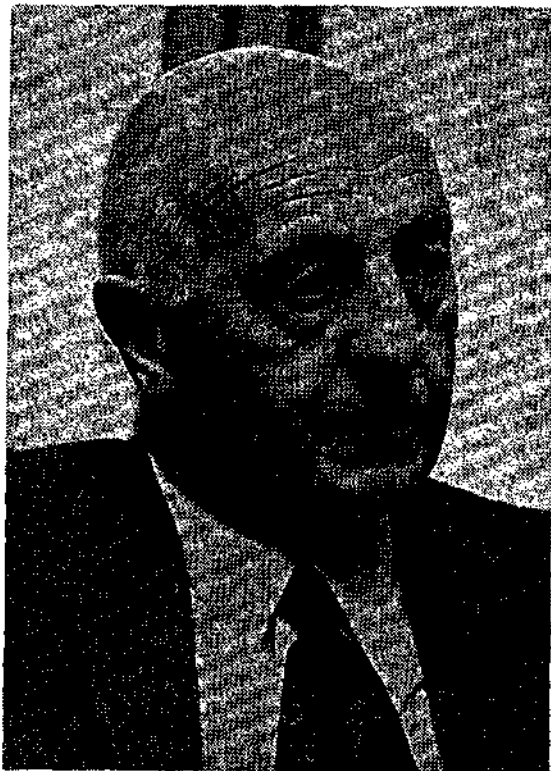
Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa

Es ist kein Wunder, daß die sozialistischen Parteien ihre Macht vor allem im Nationalstaat entwickelt haben. Die sozialistischen Parteien entstanden in einer Zeit im Nationalstaat, als dort auch die Probleme auftraten, für die die sozialistischen Parteien eine Lösung zu haben glaubten.

Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und Ausbau der Sozialgesetzgebung waren die ersten Aufgaben der sozialistischen Parteien, und beider Ziel war es, die Arbeiterklasse im Nationalstaat zu vollwertigen Bürgern zu machen.

Darüber hinaus gab es natürlich auch die Lehre von der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, aber als die sozialistischen Parteien national einigen Erfolg hatten, geriet die internationale Verbundenheit etwas in Vergessenheit, und man begnügte sich mit Lippenbekenntnissen zu einer Idee, an die man selbst eigentlich nicht mehr glaubte und deren Notwendigkeit man nicht mehr recht einsah. Die sozialistische Internationale als Verkörperung der Idee der internationalen Verbundenheit hat daher auch nie eine wirklich bedeutende Rolle spielen können. Die nationalen Probleme nahmen die ganze Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien in Anspruch, und insoweit zu Recht, als die Probleme — Armut, Ungleichheit, Ausbeutung, Unmenschlichkeit — auch als erste eine Lösung erforderten und im Rahmen der nationalen Gesetzgebung teilweise zu einer Lösung gebracht werden konnten.

So ist heute, mehr als hundert Jahre nach der Errichtung der Sozialistischen Internationale, immer noch eine große Zahl von Aufgaben im nationalen Bereich zu erfüllen. Noch immer gibt es in unseren Nationalstaaten große Ungleichheit, noch immer werden wir konfrontiert mit der Frage der Demokratisierung der Gesellschaft. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht ist ausgekämpft, aber damit hat der Bürger noch kein volles Mitspracherecht errungen. Niemand wird die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie verkennen, aber wir wis-



Sicco Mansholt

sen heute auch, daß sich mit parlamentarischer Demokratie allein alle Probleme nicht lösen lassen. Der Bürger wünschte ein Mitspracherecht in Sachen, die unmittelbar seinen Lebenskreis berührten, wie Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitssicherheit, aber dann wünschte er auch ein Mitspracherecht — mit Recht — in Angelegenheiten, die sein Lebensglück bestimmen. Die Frage, ob genug erschwingliche und wohnliche Wohnungen gebaut werden, ist genauso wichtig wie die Frage, ob die Zahlungsbilanz auf Kosten aller ausgeglichen werden soll. Die Frage, ob man durch Lärm um seinen Nachtschlaf gebracht wird, ist genauso wichtig wie die Frage nach der Währungssta-

Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa

bilität. Mehr als früher wünscht der Bürger mit Recht ein Mitspracherecht, Mitverantwortung und Mitbestimmung bei Entscheidungen, die auf regionaler und lokaler Ebene und im Unternehmen selbst getroffen werden.

Obwohl noch ein großes Arbeitsfeld für die sozialistischen Parteien innerhalb der nationalen Grenzen brach liegt, ist es aber auch deutlich geworden, daß sich die Probleme mit rein nationalem Handeln nicht mehr lösen lassen. Es mag wahr sein, daß sich der Bürger nicht mehr für die eine, sondern eine andere Art von Problemen interessiert, es mag wahr sein, daß man von Parlamenten nicht mehr alles Heil auf Erden erwartet, es ist aber auch wahr, daß internationale Probleme in großem Maße, in immer größerem Maße, bestimmen, was konkret möglich ist oder möglich werden kann.

Die Wirtschaftsentwicklung in einem bestimmten Land ist immer mehr von ausländischen Wirtschaftseinflüssen abhängig geworden. Für kleine Länder mag dies mehr gelten als für große — die niederländische Wirtschaft ist mehr von der deutschen abhängig als umgekehrt —, aber selbst große Länder können die meisten Probleme nicht mehr allein lösen. Währungsstabilität in einem einzigen Land ist nicht zu erreichen, hierzu bedarf es einer internationalen Zusammenarbeit, um einen Inflationsimport aus dem Ausland zu verhindern.

Die Nationalstaaten haben aus dieser Entwicklung längst die Konsequenzen gezogen; die Bildung der Europäischen Gemeinschaft ist ein Beweis hierfür. Auch verschiedene Gruppen in den Nationalstaaten haben eingesehen, daß sie nicht immer nur auf dem nationalen Amboß herumhämmern können: damit lassen sich heute keine Interessen mehr wahrnehmen; und so haben sie sich auf europäischer Ebene zusammengeschlossen. Die Industrie hat eine europäische Produktionsstruktur entwickelt, grenzüberschreitende Zusammenschlüsse verschiedener Industrieunternehmen sind an der Tagesordnung. Diese Unternehmenskonzentration ist notwendig für die Entwicklung der Forschung, notwendig für die Senkung der Produktionskosten. An sich kann man gegen diese Politik nichts haben, sie ist nur eine Antwort auf die Herausforderung durch die moderne industrielle Entwicklung, aber in dem ganzen Prozeß ist doch auch eine ganze Reihe von Gefahren eingeschlossen. Ich welse hier nur auf das Beschäftigungsproblem hin. Wer garantiert uns, daß die Industrie bei ihrer neuen

Politik auch dem Problem des Menschen im Betrieb Rechnung trägt, wo sind die Gegenkräfte, die auf europäischer Ebene dafür sorgen, daß die Unternehmen nicht ganz nach eigenem Gutdünken verfahren können?

Wir müssen leider feststellen, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich vornehmlich auf die Gesellschaftsgruppen beschränkt hat, die unmittelbar an der Vergrößerung der Marktstruktur interessiert sind, und solche Gruppen, deren Lebensverhältnisse unmittelbar von Gemeinschaftsmaßnahmen berührt werden, wie es bei den Bauern der Fall ist. Die nationalen Marktordnungen in der Landwirtschaft mit ihrer Abschirmung nach außen sind abgelöst worden durch Marktordnungen der Gemeinschaft, und die Bauern haben aus dieser europäischen Entwicklung auch europäische Konsequenzen gezogen. Nur langsam setzt sich die Einsicht durch, daß auch andere Bevölkerungsgruppen ein Interesse daran haben, durch die Vorgänge auf europäischer Ebene beeinflußt zu werden. Die Gewerkschaften sehen hier die Dinge noch am deutlichsten. Die Gewerkschaften sind weiter als die politischen Parteien und wissen, wie wichtig das Europa-Problem ist. Noch gibt es keine straff organisierte europäische Gewerkschaftsbewegung, aber es wird nicht mehr lange dauern, und es werden für verschiedene Industrien europäische Tarifverträge abgeschlossen werden, und die europäische Gewerkschaftsbewegung wird eine geschlossene Haltung einnehmen, wie z. B. in Mitbestimmungsfragen.

Die sozialistischen Parteien glänzen aber hier durch Abwesenheit, sie scheinen die Bedeutung der europäischen Entwicklung noch nicht erkannt zu haben, und es gibt immer noch keine europäische Organisation der sozialistischen Parteien. Dies ist um so schlimmer, als, wie bereits gesagt, die sozialistische Internationale nie dazu kam, die sozialistischen Kräfte auf internationaler Ebene zusammenzufassen, was eigentlich ihre Aufgabe gewesen wäre. Die sozialistische Internationale ist eine schwache Organisation geblieben, und eine europäische sozialistische Internationale ist noch nicht an ihre Stelle getreten. Die Entschuldigung für das Ausbleiben einer derartigen Organisation gilt heute weniger denn je: Die Gemeinschaft hat manche Züge eines Nationalstaates. Auch in der Gemeinschaft werden Gesetze gemacht, die den Bürger unmittelbar berühren, auch in der

Gemeinschaft muß durch politische Parteien Einfluß auf das Zustandekommen dieser Gesetze genommen werden. Was auf diesem Gebiet von den Sozialisten heute gefordert wird, ist nicht mehr als das, mit dem sie selbst vor hundert Jahren angefangen haben: Einfluß nehmen auf die Gesetzgebung. Der Unterschied ist nur der, daß vor hundert Jahren die Gesetzgebung allein im Nationalstaat zustandekam und heute auch in der Gemeinschaft Gesetze gemacht werden. An sich ist eine derartige Einflußnahme auf die europäische Gesetzgebung natürlich nicht genug. Es wird viel mehr verlangt, weil sich das moderne Leben – auch im Nationalstaat – nicht mehr allein in Gesetzen festlegen läßt. Kontrolle über die Gesetzgebung ist nur ein begrenzt wirksames Mittel, um Einfluß auszuüben, darüber hinaus muß man auch nachdenken, welche Form der Politik gegeben werden soll, denn sie findet ihren Niederschlag in Verwaltungsmaßnahmen, Plänen, Programmen und Entschlüssen, wie zum Beispiel auf der Gipfelkonferenz. Ansetzen muß die Einflußnahme auf die Politik nicht in der letzten Phase des Denkprozesses, der den Gesetzestext hervorbringt, sondern in der ersten Phase, wenn die Pläne entworfen werden.

Für eine derartige Einflußnahme ist Macht erforderlich und Organisation, Organisation auf europäischer Ebene. Was die Macht anbelangt, so verfügen die Sozialisten im Prinzip darüber, aber sie haben bisher ihre Macht nicht zu bündeln verstanden. Die sozialistischen Parteien sind potentiell wichtige Machtgruppen in Ländern wie England, Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Dänemark. In Irland, Frankreich und Italien liegen die Verhältnisse etwas anders, und vor allem in Italien muß erst die innere Einheit hergestellt werden, aber auch die Parteien in diesen Ländern können und müssen einen wesentlichen Beitrag liefern zu dem europäischen Sozialismus der Zukunft.

Denn es geht doch um folgendes: die Schaffung einer echt europäischen Organisation der sozialistischen Parteien, die mit darüber nachdenkt, welchen Inhalt das unter unseren Händen entstehende Europa erhalten soll, die ihn mitgestaltet und Einfluß auf ihn nimmt.

Bis dahin muß noch viel getan werden. Im Augenblick ist es noch so, daß eine Reihe sozialistischer Parteien in den Ländern, die am

1. Januar 1973 der Gemeinschaft beigetreten sind, noch kein volles Bekenntnis zu Europa abgelegt haben. Die Labour Party ist zwar für Europa, aber gegen die Beitrittsbedingungen und will neue Verhandlungen. In Irland zögert man auch noch und ist noch nicht ganz für Europa gewonnen.

In Dänemark steht man dem Gedanken einer Zusammenarbeit glücklicherweise viel aufgeschlossener gegenüber. Es ist die Aufgabe der sozialistischen Parteien aus der alten Sechsergemeinschaft, die Neuankömmlinge auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit hinzuweisen, um ihnen wieder beizubringen, was das alte sozialistische Prinzip der Solidarität bedeutet und um zusammen das Fundament zu errichten, auf dem die Zusammenarbeit aufbauen kann. Und das ist nicht nur nötig um der Zusammenarbeit willen, und die Solidarität ist keine Einbahnstraße: die englischen und dänischen und irischen Sozialisten brauchen genau so sehr die Unterstützung der sozialistischen Parteien aus der Sechsergemeinschaft wie umgekehrt.

Es ist natürlich nicht so, daß die sozialistischen Parteien sich bisher überhaupt nicht der Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit bewußt geworden wären. Aber mehr als einige schüchterne Ansätze sind dabei nicht herausgekommen; der Machtfaktor fehlt. Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hat keine Macht, weil das Europäische Parlament selbst keine Macht hat. Die Zusammenarbeit der Parteien untereinander, wie sie in dem Büro und in den Kongressen der sozialistischen Parteien Gestalt angenommen hat, ist auch nur ein schwacher Abganz dessen, was für eine wirkliche Zusammenarbeit nötig wäre. Es ist absolut notwendig, daß die sozialistischen Parteien in der erweiterten Gemeinschaft ihre Zusammenarbeit verstärken. Welche Form der Zusammenarbeit man auch wählt – Bund der nationalen Parteien oder Verschmelzung der nationalen Parteien zu einer europäischen Partei oder irgendeine andere Form der Kooperation –, es muß gefordert werden, daß auf europäischer Ebene für die Parteien verbindliche Beschlüsse gefaßt werden. Die sozialistischen Parteien in Europa werden sich ein Beispiel nehmen müssen an der Konstruktion der Europäischen Gemeinschaft, die jedenfalls auch Organe besitzt, die bindende Beschlüsse fassen können für die nationalen Teile. Ein

Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa

Kongreß einer europäischen Sektion der Sozialistischen Internationale wird ein sozialistisches Programm für Europa entwerfen müssen, und ein gewählter europäischer Lenkungsausschuß dieser europäischen Sektion wird die Alltagsarbeit leiten. Das alles ist nicht möglich ohne gründliche Vorbereitung, und darum wird auch ein europäisches sozialistisches Forschungsinstitut eingerichtet werden müssen. Ein derartiges Institut wird die verschiedenen Fragen, denen sich die sozialistischen Parteien im Augenblick gegenübersehen — man denke nur an die Steuerharmonisierung, an die Mitbestimmung, Regional- und Sozialpolitik —, eingehend untersuchen und Gutachten zu den politischen Entscheidungsfragen ausarbeiten müssen. Es hat keinen Sinn, derartige Untersuchungen auf nationaler Ebene anzustellen. Von Anfang an muß die europäische Dimension einbezogen werden, nationale Stellungnahmen zu europäischen Problemen haben wir schon genug. Gerade durch die Schaffung einer europäischen Forschungsanstalt kann man erreichen, daß von den nationalen Parteien unabhängige Sachverständige einen übernationalen Standpunkt erarbeiten. Das Endziel ist der Entwurf zu einem europäischen Programm für die sozialistischen Parteien. Ohne Programm sind die sozialistischen Parteien steuerlos, ihre Politik wird durch die Alltagstaktik bestimmt, während die großen Linien aus dem Blick geraten. Allein die Entwicklung einer globalen Konzeption unserer Absichten in Europa liefert uns den festen Halt, den wir brauchen, wenn wir den europäischen politischen Alltag zum Leben erwecken wollen.

Natürlich muß sich ein derartiges Programm auch verwirklichen lassen, und dafür ist nicht nur Macht als solche erforderlich, sondern auch eine Struktur, in der die Macht eingesetzt werden kann. Die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft ist eine dringende Forderung, direkte Wahlen zum Europäischen Parlament und Erweiterung der Befugnisse des Parlaments sind zwei weitere Forderungen, die auf der Prioritätsliste der sozialistischen Parteien obenan stehen müßten. Demokratisierung der Gemeinschaft und Verwirklichung einer engeren sozialistischen Zusammenarbeit gehen dabei Hand in Hand.

Das alles ist an sich schon nicht wenig, aber es wird auch deutlich, daß es dabei nicht bleiben kann. Zusammenarbeit der sozialistischen Par-

teien, das Streben nach mehr Demokratie, Verständnis für regionale und soziale Probleme, das alles ist doch für sich nicht viel mehr als europäische Selbsterhaltung und Selbsterhaltung der sozialistischen Parteien in Europa. Sozialisten, die es ernst meinen mit dem Begriff der internationalen Solidarität, können es dabei nicht belassen.

Mindestens ebenso wichtig ist die Frage danach, was wir mit jenem Europa vorhaben. Armut und Ungleichheit sind keine nationalen oder europäischen Probleme mehr, sie sind internationale Probleme geworden. Die wirklich Armen von heute leben in den Entwicklungsländern; die Ungleichheit ist in erster Linie eine Ungleichheit zwischen der industrialisierten Welt und der unterentwickelten Welt. Dieses Problem und das Problem, vor das wir uns infolge des exponentiellen Wachstums in unserer Gesellschaft gestellt sehen, werden ebenfalls von den europäischen Sozialisten erkannt werden müssen. Für die Sozialisten wird es hohe Zeit, aus dieser neuen Problematik ihre Schlüsse zu ziehen. Es ist klar, daß unser Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, jedem Menschen gleiche Lebenschancen zu geben, und daß wir nicht imstande sind, die in der Welt vorhandenen Rohstoffe in einigermaßen vernünftiger Weise zu verteilen. Nur durch sehr weitgehende Planung und sorgsamste Nutzung der vorhandenen Rohstoffe werden sich künftig Katastrophen verhindern lassen.

Mehr noch als für andere Probleme gilt hier, daß nationale Antworten keine Lösungen mehr sind. Nur ein zusammenarbeitender Sozialismus, vereinigt auf der Grundlage eines fortschrittlichen Programms, ist diesen Problemen gewachsen. In diesem Programm werden wir auf vieles zurückkommen müssen, was die Sozialisten von jeher verkündet haben, vieles auch wird neu durchdacht und auf neue Weise in die Praxis umgesetzt werden müssen. Der Sozialismus in einem Nationalstaat hat sich jedoch überlebt, wir werden also gemeinsam den Sozialismus verwirklichen müssen, gemeinsam in Europa, um dort menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen und einen Beitrag zur Lösung der weltpolitischen Probleme zu liefern.

Analysen

Kritische Darstellung von Problemen aus Gesellschaft,
Wirtschaft und Politik.
Sachverhalte, Meinungen und Gegenmeinungen,
Alternative Lösungskonzeptionen.

Bd. 1	R. Stewert/H. Bielein Gesamtdeutsche Kontakte	DM 8,80
Bd. 2	Volker Matthies Schwarzafrika	DM 8,80
Bd. 3	Helmut Bielein Studenten als Bildungsreformer	DM 5,00
Bd. 4	Peter Iblher Hauptstadt oder Hauptstädte?	DM 8,50
Bd. 5	Gerhard Schlott Die NATO – Auflösung oder Reform?	DM 8,50
Bd. 6	Martin Doehlemann Junge Schriftsteller: Wegbereiter einer antiautoritären Gesellschaft?	DM 6,00
Bd. 7	Gerhard Schlott Das Negerproblem in den USA	DM 6,80
Bd. 8	R. Jochimsen/P. Knobloch/P. Treuner Gebietsreform und regionale Strukturpolitik	DM 8,50
Bd. 9	Michael Hereth Reform des Deutschen Bundestages	DM 9,80
Bd. 10	Helmut Dahm Demokratischer Sozialismus	DM 8,80
Bd. 11	H. Bielein/H. Hohlbein/H.-U. Klose Junge Sozialisten – Junge Union – Jungdemokraten	DM 7,80
Bd. 12	Hartmut Lüdke Freizeit in der Industriegesellschaft	DM 7,80
Bd. 13	Friedrich Wilhelm Dörge Qualität des Lebens	In Vorbereitung
Bd. 14	Ralf Malross Wohnungspolitik in Deutschland	In Vorbereitung
Bd. 15	H. Bielein/S. Binder/M. Eisner/ H.-U. Klose/F.-J. Röll Organisierter Kommunismus in der BRD	DM 8,80

Veröffentlichungen der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg
Herausgeber: Helmut Bielein, Friedrich-Wilhelm Dörge, Ralf Malross und
Hans-Joachim Winkler

Leske Verlag Opladen

Europa und die USA

Europa hat mit den Vereinigten Staaten Beziehungen auf der Ebene der Gefühle, der Koexistenz und des Wettbewerbs. Sie sind genügend komplex, damit ein Sozialist, in seinem Bestreben, sich der Weltöffentlichkeit verständlich zu machen, sich an die Probleme halten kann, die sich hieraus ergeben, ohne alte, vergangene Debatten wiederzubeleben oder den Ereignissen vorzugreifen.

Zwischen den USA und Europa gibt es keine Probleme auf der Ebene der Freundschaft zwischen Völkern. Wenn einmal der Indochina-Konflikt zu Ende sein wird, wird das amerikanische Volk feststellen, daß es sein moralisches Gewicht noch nicht verloren hat, das es sich durch seine Rolle bei den großen europäischen Dramen erworben hat.

Die USA besitzen mit ihrer militärischen Macht den Schlüssel zur Koexistenz. Aber selbst im Augenblick der Eröffnung großer Verhandlungen haben sie — und das ist ganz natürlich — ihre Position noch nicht klar zu erkennen gegeben. Ganz plötzlich wurden die Vorbedingungen, von denen man annahm, daß sie noch lange Zeit den Weg einer diplomatischen Regelung versperren würden, beseitigt. Amerika begegnete China, die Berlinfrage und die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands wurden geregelt. Ohne allzusehr davon überzeugt zu sein, daß es wirklich zu diesem Treffen kommen würde, kamen die Europäer zusammen, um zu sehen, wie man über die Sicherheit in Europa sprechen könne, die Vereinigten Staaten sind in Helsinki vertreten, einiges kam in Peking und Moskau zur Sprache. Alle europäischen Nationen, ganz gleich, ob sie dem Europa der Neun angehören oder nicht, haben eines gemeinsam, nämlich das Bestreben, daß ihr alter Kontinent in dieser großen Debatte, die über den Frieden eröffnet wurde, mitreden soll. In diesem frühen Stadium der Geplänkel über Verfahrensfragen wäre es leichtfertig, eine amerikanische mit einer europäischen Position zu konfrontieren oder die Positionen unterschiedlicher Visionen von



François Mitterrand

Europa gegenüberzustellen, so wie sie sich bereits in den Geheimverhandlungen der Regierungen abzeichnen. Man spricht daher lieber vom Wettbewerb.

Darf „Dankbarkeit“ zur politischen Kategorie werden? Genau mit dieser Fragestellung müssen die Sozialisten heute das Problem der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten betrachten. Ganz unvermeidlich werden sie durch die Analyse der bestehenden Beziehungen auf diese Frage stoßen, Anfang des Jahres 1973, wenige Wochen vor einem der wichtigsten Ereignisse der Nachkriegszeit, der Nixon-Runde.

Dieses Ereignis beherrscht heute die Gesamtheit der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, läßt alle Probleme, selbst die klassischen, in einem neuen Licht erscheinen. Ganz offensichtlich, die Beziehungen zwischen den wichtigsten Partnern der westlichen Welt sind selten so wolkenlos gewesen; die Absage an einen Isolationismus durch die amerikanische Wählerschaft, das Klima der Offenheit in der Konferenz von Helsinki, die Übereinstimmung der Standpunkte in bezug auf die Länder des Ostens, könnte den Glauben an eine durch nichts zu erschütternde, neu erstandene Interessengemeinschaft wecken.

Nichts davon in Wirklichkeit; es ist nur zu einfach — da die Demokratien vom liberalen Kapitalismus beherrscht werden —, die wirklichen Interessenkonflikte hinter dem Schein diplomatischer Zusammengehörigkeit zu verbergen. Die Realitäten der Macht und der entscheidenden Entwicklungen sind vielmehr in den geheimgehaltenen Bankkonten und den Techniken der Finanzverflechtungen zu suchen; ein Politiker, der handeln will, muß hier als erstes Einblick gewinnen und Geheimnisse entschlüsseln können. Was die Beziehungen zwischen Europa und den USA anbetrifft, so muß gerade in diesem Punkt am dringendsten etwas geschehen, denn die Beziehungen sind in Wirklichkeit geprägt von den unausweichlichen Mechanismen des kapitalistischen Wettbewerbs und lassen klar erkennen, welche Katastrophe auf Europa zukäme, wenn nicht sehr schnell eine Analyse und eine sozialistische Strategie ein Gegengewicht schaffte gegen die wirtschaftliche Aggressivität der USA, das Fundament ihrer neuen Diplomatie.

Seit dem Krieg hat niemand Amerika seine wirtschaftliche Macht streitig gemacht. Heute offenbart sich diese Macht durch einen subtilen und vielgestaltigen Einfluß in Europa. Vor allem können die USA dank ihres Hoheitsrechts der Geldschöpfung die Inflation exportieren, ohne ihre Schulden zurückzuzahlen. Mehr noch, mit dem in Europa geliehenen Geld bemächtigen sich amerikanische Firmen der deutschen Unternehmungen. Ihre Filialen konkurrieren mit ihren eigenen Stammfirmen und verschlechtern dadurch das Handelsdefizit der USA, während sie gleichzeitig die öffentlichen und privaten Reserven, d. h. den Eurodollar, vermehren. Gipfel des Absurden schließlich ist, daß diese Dollars im Tresor der USA in New

York deponiert werden und zur Finanzierung des Defizits des amerikanischen Haushalts verwandt werden: es ist *europäisches* Geld, mit dem die USA ihren militärischen und wirtschaftlichen Einfluß in Europa und der Dritten Welt finanzieren.

Alle Fachleute sind sich darin einig, daß die Währungsabkommen vom November 1971 und die derzeitigen Bemühungen, das Weltwährungssystem zu reformieren, an dieser Sachlage, die nicht im Interesse Europas sein kann, nichts ändern werden.

Aber mehr noch als durch die beherrschende Stellung im Währungsbereich wird die Lage durch den Einfluß auf Industrie und Handel immer bedrohlicher.

Die Vereinigten Staaten verkaufen an Europa weit mehr als sie von dort beziehen. Sie beherrschen den Weltmarkt der Agrarprodukte und sämtliche Bereiche der hochentwickelten Technologien. Es ist heute so gut wie unmöglich, einen Photoapparat, ein kosmetisches Präparat zu verkaufen, einen Computer oder Atomreaktor zu bauen, einen Kommunikations-satelliten von Europa aus auf eine Umlaufbahn zu bringen ohne das Einverständnis von Industrie oder Regierung der USA. Auf diese Weise kontrollieren die USA 15 bis 20 Prozent des Industriepotentials der Neun. Mehr noch, die amerikanische Regierung verfügt über ein weiteres Machtinstrument: die multinationalen Unternehmen. Ist bekannt, daß 300 dieser Unternehmen in 10 Jahren 20–30 Prozent der Industrieproduktion und 30–35 Prozent des Welt Handels kontrollieren werden? Ist bekannt, daß sie bereits die Verfügungsgewalt über 30 bis 40 Milliarden Eurodollar haben und so auf die Zukunft der Währungen entscheidenden Einfluß nehmen? Hat man je den Einfluß gemessen, den sie täglich auf die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen in Europa ausüben? Man denke nur an die Affären Ford, Fiat-Citroën, Westinghouse, I.T.T. ...

Nun bleiben aber diese Unternehmen — entgegen dem, was viele glauben oder glauben machen wollen — sehr abhängig von der amerikanischen Regierung; sie bringen ihrem Land viele Devisen, und durch die Handelsströme, die sie verursachen, schaffen sie auch neue Arbeitsplätze. Ihre Organisation beläßt, auf sehr subtile Weise, die wirkliche Macht in den Händen des amerikanischen Kapitals: wenn auch die Filialen in Europa oder Japan von „einheimischen“ Managern geleitet werden, die

großen Finanzentscheidungen der I.T.T., von Kodak oder Dow Chemical werden in New York von den amerikanischen „boards“ gefällt.

Die amerikanische Regierung weiß sich übrigens auf sehr diskrete Weise dieser Waffe zu bedienen. Im Juli 1971 hat sie einen neuen Typ von Wirtschaftsunternehmen geschaffen, die „DISC“, die von Gewinnsteuern befreit sind, wenn sie einen ganz bestimmten Anteil ihrer Geschäfte dem Export widmen: in 6 Monaten sind 3000 solcher Unternehmen in den USA entstanden. In der Mehrzahl sind es Filialen multinationaler Unternehmen wie Revlon, Kodak oder I.T.T. Sie sind nichts weiter als Verrechnungskonten, durch die die gesamten Verkäufe amerikanischer Muttergesellschaften an ihre europäischen Filialen laufen – Ausführen, die zu künstlich erhöhten Preisen (weil steuerfrei) fakturiert werden und so zur Verzerrung der Austauschrelationen der europäischen Währungen zum Dollar beitragen. Handelt es sich hier nicht um ein Beispiel von Übereinstimmung zwischen den erwähnten multinationalen Unternehmen und der von der US-Regierung derzeit betriebenen Politik?

Ein beachtlicher Teil der „europäischen“ Industrie befindet sich außerhalb des europäischen Einflusses und dem der entsprechenden Regelungen, selbst wenn diese den guten Willen hätten, ihre Wirtschaft zu beherrschen und eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer oder allgemeiner gesprochen: der Männer und Frauen, die in Europa leben, zu betreiben.

Wirtschaft und Politik in Europa sind bereits zu abhängig: Diese Abhängigkeit wird in den kommenden Monaten noch zunehmen, denn die USA werden ihren Einfluß nur dazu nutzen, um ihn noch zu verstärken und den Europas überall dort zu bekämpfen, wo die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit, Quelle von neuen Absatzmöglichkeiten und Arbeitsplätzen, bedroht erscheint. Die Nixon-Runde ist der Rahmen für diese entschlossen erwartete Konfrontation.

Die USA nehmen diesen Kampf ernst, denn sie glauben sich heute, trotz ihrer Macht, in einer Situation der Unterlegenheit gegenüber Europa. Ihr Zahlungsbilanzdefizit, die schwindende Wettbewerbsfähigkeit ihrer Leichtindustrie sind für die USA nur zu deutliche Zeichen ihrer Schwäche. Anstatt dies der schlechten Organisation ihrer Wirtschaft oder gar ihrer Gesellschaft zuzuschreiben, führt man in den USA alles auf die Undankbarkeit der übrigen Welt

und insbesondere Europas zurück. Der Wiederaufbau Europas war nur dank der Hilfe Amerikas möglich, die Europäer müssen daher heute diese Schuld zurückzahlen und den USA helfen, das Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanz wiederzugewinnen. Aus diesem Grunde – so wünschen die Vereinigten Staaten – darf das Europa der Neun kein gigantischer Markt werden, der sich ihrem Export verschließt. „Nixon-Runde“ bedeutet daher: die Entwicklung der europäischen Wirtschaften soll gebremst und der gemeinsame Außentarif, die gemeinsame Agrarpolitik, die Präferenzabkommen mit der Dritten Welt beseitigt werden. Das bedeutet aber mit anderen Worten über kurz oder lang den Tod des Gemeinsamen Marktes. Sollen sich die Sozialisten über den Tod dieser noch so zerbrechlichen freiheitlichen Gemeinschaft freuen? Ganz gewiß nicht. Es ist kein Kunststück zu erkennen, daß eine Verwirklichung der Nixon-Runde den Sozialisten keinerlei Vorteil bringen würde, nicht einmal um sich darüber klar zu werden, daß diese Herausforderung nur mit einer sozialistischen Strategie beantwortet werden kann.

Wenn die Nixon-Runde durchkommt, wird es in 10 Jahren in Europa keine Produktion von Flugzeugen für die zivile Luftfahrt mehr geben, werden wir in unserer Versorgung mit Landwirtschafts- und Energieprodukten von den USA abhängig sein, werden wir unsere wichtigsten außereuropäischen Märkte verloren haben. Was tun wir dann mit den 150 Milliarden Francs, die jedes Jahr ins Ausland fließen? Zu welchem Preis und an wen verkaufen wir dann unser Getreide? In welchem Umfang müssen wir dann vielleicht Arbeitslosigkeit hinnehmen? Beim derzeitigen Stand der Dinge braucht man auf diese Fragen keine überzeugende Antwort zu erwarten.

In erster Linie deshalb, weil die wirklich Mächtigen, d. h. die großen europäischen Unternehmen ganz offen für die amerikanischen Vorschläge eintreten, solange sie eine Rolle bei der Aufteilung wirtschaftlichen Einflusses spielen können. Welche Regelung wäre, in der Folge, in einem liberalen System gänzlich unempfindlich gegenüber dem Risiko des Handelskampfes oder gegenüber militärischen Argumenten? Unglücklicherweise kann man voraussehen, daß, falls sich in Europa nichts ändert, 1973 mit neun „Azoren“ bzw. neun amerikanischen Triumphen zu rechnen ist. Mehr als eine Regelung, die vom Wert ihrer

Zukunftspläne nicht wirklich überzeugt ist, wird sich mit wenigem zufriedengeben gegenüber einem einfühlbaren Verhandlungskontrahenten, der sich darum bemühen wird, die europäischen Partner zu entzweien. Europa, als Gemeinschaft gesehen, ist heute auf der Suche nach sich selbst, und wenn man der kürzlich stattgefundenen Gipfelkonferenz glauben will, hat man sich bis 1975 Zeit gegeben, um über den Charakter dieser Gemeinschaft nachzudenken.

Nun soll die Haltung, die angesichts einer so entscheidenden Etappe der Organisation der kapitalistischen Welt eingenommen werden muß, auf keinen Fall eine Reihe von improvisierten Reaktionen sein und setzt sowohl die Mittel als auch den Willen zur Reaktion voraus. Die auf der Gipfelkonferenz angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion kann das Gleichgewicht nicht herstellen. In der Währungsdebatte haben die Neun keine gemeinsame, abgesicherte Position definiert; der Europäische Währungsfond verfügt nicht einmal über genügend Interventionsmittel, wie sie im Rahmen der Bewegungen innerhalb des Fonds gebraucht werden; die gemeinsame Politik der Inflationsbekämpfung zeigt keineswegs die Fähigkeit zur Einigkeit; die europäischen Arbeitnehmer, die von den großen Verschleibungen innerhalb der Wirtschaft und von den Aktivitäten multinationaler Firmen wesentlich betroffen sind, haben keine Möglichkeit der Mitsprache; und vor allem: der Mangel an wirklichem politischen Verantwortungsbewußtsein beraubt die Position der Gemeinschaft des unerläßlichen Willens zum Erfolg.

Europas Chancen sind minimal, wenn es die kapitalistischen Spielregeln hinnimmt. Mehr denn je ist eine politische Antwort auf eines der großen Probleme der Gegenwart eine sozialistische Antwort; und dies bedeutet wiederum auf allen Bereichen eine Absage an die vorgeschlagenen Spielregeln. Im Gegenteil, es ist nur realistisch, bei den Verhandlungen die Waffen zu benutzen, die es gestatten, die Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Eine Erhöhung des gemeinsamen Außentarifs ist eine dieser Waffen, oder der Rückkauf bestimmter amerikanischer Filialen in Europa angesichts der Devisenüberschüsse der Zahlungsbilanz. Die Einführung von Kontingenten für amerikanische Importe und selbst die einfache Weigerung, die Verhandlungen über die Nixon-

Runde zu eröffnen, sind wirksame Waffen, die nur von den sozialistischen Staaten bereitwillig angewandt werden könnten. Schließlich ist es auch realistisch, bei den politischen Entscheidungen den Kampf der Arbeitnehmer mit zu berücksichtigen und den Gedanken einer Solidarität, die über die nationalen Grenzen hinausgeht. Dabei sollte man sich keine Illusionen machen. Eine derartige Haltung bliebe nutzlos, stünde sie gänzlich isoliert da. Dagegen hätte eine gemeinsame sozialistische Antwort, zu der sich mehrere europäische Staaten eindeutig bekennen, beträchtliche Überzeugungskraft. Was zur Debatte steht, ist in jedem Fall, daß es in Europa keine wirkliche wirtschaftliche Unabhängigkeit geben kann ohne eine sozialistische Strategie; und es ist unmöglich, den Sozialismus in Europa aufzubauen, ohne in aller Offenheit dieses Problem zu behandeln.

Die Spielregeln zurückweisen bedeutet eine Defensivhaltung einnehmen, deren Grenzen den Sozialisten wohlbekannt sind. Sie tun besser daran, der Bevölkerung in den Demokratien moderner Industriestaaten ein anderes Spiel und andere Regeln vorzuschlagen. Die Wirtschaft zu lenken, den Reichtum den wirklichen Bedürfnissen der Menschen entsprechend zu verteilen, Gerechtigkeit und Freiheit gleichzeitig zu verwirklichen, sind Ziele, die den Rahmen einer Nation überschreiten können und müssen. Unter den Sozialisten in Europa zeigt sich im übrigen eine weitgehende Konfrontation über die Frage der Vereinigung von Theorie und Praxis. Damit könnte die Diskussion ganz neu einsetzen.

Weite Kreise der amerikanischen Öffentlichkeit, die heute angstvoll nach dem Sinn bloßen Wachstums fragen, stünden übrigens einem derartigen sozialistischen Versuch keineswegs gleichgültig gegenüber. Dieses Amerika ist weit mehr als nur das kapitalistische Amerika, und mit ihm ist es denkbar, eine neue Form des Gleichgewichts anzustreben. Europa wird für die Vereinigten Staaten etwas anderes als ein Markt und — vielleicht — die Wiege von Werten der Zukunft sein.

Neu
Frühjahr '73

Verlag
Wissenschaft
und Politik
Köln

Hans Adolf Jacobsen/Wolfgang Mallmann/
Christian Meier (Hrsg.)

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Analyse und Dokumentation
ca. 410 Seiten, Leinen ca. DM 38,-
Initiativen, Erklärungen, Vorstellungen der
beteiligten Organisationen und Staaten.
Politisch hochaktuelles Quellenmaterial.
Aufschlußreiche Analyse der möglichen
politischen Entwicklung in Europa.

Philipp K. Bock

Moderne Kulturanthropologie

ca. 450 Seiten, zahlreiche Schaubilder,
Leinen ca. DM 48,-
Studienausgabe ca. DM 38,-
Ein neuartiger, faszinierender Ansatz:
Linguistik als methodologische Grundlage
zur Erklärung und zum Verständnis mensch-
licher Verhaltensmuster und kultureller
Entwicklungen. Sprache als Modell
kultureller Systeme.

Karl Heinz Vahlbauk

Unternehmer neu programmiert

Evolution im Betrieb
ca. 220 Seiten, Leinen DM 22,-
Ein erfolgreicher Unternehmer stellt sich
kritisch und selbstkritisch der Auseinander-
setzung um die unternehmerische Funktion
und ein zeitgerechtes Rollenverständnis.

Heinrich End

Zweimal deutsche Außenpolitik

Internationale Dimensionen
des innerdeutschen Konflikts 1949-1972
ca. 200 Seiten, Paperback ca. DM 24,-

Dietrich Möller

Revolutionär Intrigant Diplomat

Karl Radek in Deutschland
ca. 350 Seiten, Leinen ca. DM 28,-
Diese Edition holt eine faszinierende
politische Gestalt der zwanziger Jahre,
eine Graue Eminenz der Weltrevolution
aus der Vergessenheit.

Rainer Waterkamp

Interventionsstaat und Planung

Raumordnung, Regional- und Strukturpolitik
ca. 180 Seiten, Karten, Schaubilder und Tabellen,
Paperback ca. DM 9,80

Friedrich Prinz (Hrsg.)

Wenzel Jaksch -- Edvard Beneš

Briefe und Dokumente aus dem
Londoner Exil 1939-1943
Schriften der Studiengesellschaft für mittel-
und osteuropäische Partnerschaft, Wiesbaden
160 Seiten, Paperback DM 18,-

Jürgen Arnold

Die nationalen Gebietseinheiten der Sowjetunion

Staatlichkeit, Souveränität und Autonomie
im Sowjetföderalismus
Abhandlungen des Bundesinstituts für ost-
wissenschaftliche und internationale Studien
Band 27: ca. 180 Seiten, Leinen DM 28,-

Hubert Schneider

Das sowjetische Außenhandelsmonopol 1920-1925

Abhandlungen des Bundesinstituts für ost-
wissenschaftliche und internationale Studien
Band 28: ca. 230 Seiten, Leinen DM 35,-

Neuaufgabe
Alexander Fischer (Hrsg.)

Teheran -- Jalta -- Potsdam

Die sowjetischen Protokolle von den
Kriegskonferenzen der „Großen Drei“
414 Seiten, Leinen DM 38,-
Deutschland Archiv: „Die Texte stellen eine
außerordentliche Bereicherung der Quellen-
situation für die Geschichte sowohl des
Zweiten Weltkrieges als auch der
nach 1945 einsetzenden Entwicklung dar...
Ihre editionstechnische Vorlage ist vorbildlich.“

Antwort der Gewerkschaften an die Gemeinschaft

Kurzartikel sind bestimmt nicht der geeignete Rahmen, die Tätigkeit der Gewerkschaften eingehend zu beschreiben und die jeweils in den einzelnen Punkten erreichten Ergebnisse abzuschätzen. Besser scheint es dagegen, in großen Zügen eine Vorstellung von der Ausgangslage, den fundamentalen Zielsetzungen, den aufgetretenen Hindernissen und den abgewinkelten Aktionen zu vermitteln.

Eine solche Betrachtungsweise krankt jedoch daran, zu Unrecht die enorme Arbeit zu vernachlässigen, die von den Gewerkschaftsvertretern in den Arbeitsgruppen des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften (EBFG) bei der Ausarbeitung der Stellungnahmen dieses Bundes und auch von dessen Repräsentanten in den beratenden Organen der Gemeinschaft, wie dem Beratenden Ausschuss der EGKS oder dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, geleistet worden ist.

Außerdem könnte bei dieser Art der Betrachtung der Eindruck entstehen, der europäischen Gewerkschaftsbewegung sei es einzig und allein um die Verteidigung ihrer höchstpersönlichen Interessen gegangen. Nichts aber wäre verkehrter als das! Sie hat vielmehr von Anfang an gefordert, daß die Gemeinschaft ihre Verantwortung in der Welt, besonders gegenüber den Entwicklungsländern, auf sich nimmt. Die Beseitigung des inneren wie des äußeren Unrechts ist in den Augen der Gewerkschaften Bestandteil ein- und desselben Kampfes. Wie die Erfahrung beweist, fehlt es einer Gemeinschaft, die ihre eigenen Sozialprobleme geringachtet, auch nach außen hin an Großzügigkeit des Denkens und Handelns.

Von diesen Einschränkungen abgesehen hat die gewählte Form des Vorgehens den Vorteil, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und den zurückgelegten Weg abwägend überschauen zu können.

*

Die Integration ist für die Gewerkschaftsbewegung des IBFG sowohl die Erfüllung einer Hoff-

nung als auch die Antwort auf eine Herausforderung.

Die Generation der Gewerkschafter, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Internationalen, vor allem aber die europäischen Kontakte wieder aufnahmen, sah in der Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Verwirklichung eines sehnlichen Wunsches. Nur unter den größten Schwierigkeiten ist es diesen Gewerkschaftern möglich gewesen, nach einem Krieg, der über fünf Jahre gedauert und ihre Länder in feindliche Lager gespalten hatte, die alten Verbindungen neu zu knüpfen.

Indes erwiesen sich die so geschaffenen Kontakte als möglich und auch als fruchtbar, weil diese Männer und Frauen eine gemeinsame Erfahrung und Überzeugung ihr eigen nannten. Für die meisten von ihnen bedeutete die gemeinsame Erfahrung teils Widerstand und Untergrund, teils Konzentrationslager und Exil. Ihre gemeinsame Überzeugung beruhte auf der Gewißheit, daß die Arbeiterklasse aller europäischen Länder – und das ungeachtet des formalen Aspektes der Verträge, die den Feindseligkeiten ein Ende setzten – der eigentliche Verlierer des Zweiten Weltkrieges war.

Gleichzeitig aber stellte die europäische Integration eine Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung dar. In der Erkenntnis, daß die engen Grenzen ihrer Länder keine gesunden Grundlagen für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum liefern konnten, akzeptierten die damaligen Gewerkschaftsführer die Erweiterung des europäischen Raums; dabei war ihnen jedoch klar, daß sie sich – um den sozialen Fortschritt zu sichern – auf der gleichen Ebene organisieren mußten.

Schließlich – und dieser Gedanke hat im Laufe der Gemeinschaftserfahrung immer stärker Wurzel gefaßt – ist sich die Gewerkschaftsbewegung bewußt geworden, daß die nationale Souveränität ihrer Bedeutung zusehends entkleidet wird. Wichtige, das Schicksal der Arbeitnehmer berührende Entscheidungen werden nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern

Innerhalb der großen kapitalistischen Strukturen getroffen, die sich jeder demokratischen Kontrolle entziehen. Wenn der Begriff der Gewerkschaftskontrolle einen wirklichen Inhalt bekommen soll, müssen die von den Gewerkschaften national errungenen Rechte auf ein höheres Niveau verlagert werden. In diesem Bereich stellt die Europäische Gemeinschaft mit ihrem Ansatz einer supranationalen Struktur einen Rahmen zur Verfügung, der die Voraussetzungen für wirksame Gewerkschaftsaktionen schafft. Trotzdem bleibt noch viel zu tun, ja, man kann sogar soweit gehen zu behaupten, daß der Kampf erst jetzt richtig beginnt.

Vom Europäischen Gewerkschaftssekretariat (IBFG) zum Europäischen Bund der Freien Gewerkschaften

Im Zeitraum der Verhandlungen über die Römischen Verträge waren auch Vertreter der IBFG-Gewerkschaftsorganisationen *) der Gemeinschaft mehrmals in der Absicht zusammengekommen, eine gemeinsame Struktur ins Leben zu rufen.

So geschah es, daß die IBFG-Gewerkschaften der Gemeinschaft, einige Tage nach der Einsetzung der Kommission von EWG und Euratom, ihre erste Generalversammlung ableiten, aus der das Europäische Gewerkschaftssekretariat (IBFG) hervorging.

In dieser Generalversammlung errichtete man eine Gewerkschaftsstruktur, die auf einer Generalversammlung, einem Exekutiv Ausschuß und einem Sekretariat aufgebaut war, das seine Tätigkeit etwas mehr als zehn Jahre ohne Bindung an eine allzu strikte Regelung ausübte. Nach und nach machte sich jedoch die Notwendigkeit bemerkbar, diese Arbeitsweise in Form einer Satzung zu konkretisieren. Mit dieser Aufgabe befaßte sich der erste Kongreß im April 1969, der gleichzeitig beschloß, den Namen des EGS (IBFG) in den des Europäischen Bundes der Freien Gewerkschaften in der Gemeinschaft (IBFG) umzuwandeln.

Ohne hier auf die Einzelheiten der Satzungsbestimmungen eingehen zu wollen, sei kurz erwähnt, daß die Politik des IBFG von den folgenden Organen festgelegt wird:

- Der Kongreß tritt alle drei Jahre zusammen. Auf der Basis des vom Sekretariat vorgelegten Tätigkeitsberichtes spricht er sich über die abgelaufene Tätigkeit aus und beschließt das künftige Programm.

- Der Exekutiv Ausschuß wird fünf- bis sechsmal im Jahr einberufen. Er beschließt über die Aktion der Bünde zwischen zwei Kongressen. Er setzt sich aus den Vorsitzenden und Generalsekretären der angeschlossenen Bünde sowie aus den Vertretern der Gewerkschaftsausschüsse zusammen, die dort mit beratender Stimme vertreten sind. Praktisch bedeutet dies, daß die führenden Mitarbeiter der Mitgliedsorganisationen mindestens alle zwei Monate zusammen treffen.

- Das Sekretariat besteht zur Zeit aus einem Generalsekretär und drei Sekretären. Es bereitet die Entscheidungen des Kongresses und des Exekutiv Ausschusses vor und führt sie aus.

Drei Merkmale sind für die Satzungsbestimmungen insgesamt kennzeichnend:

1. Im Kongreß ebenso wie im Exekutiv Ausschuß können die Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit getroffen werden. Diese Vorschrift ist in der Praxis kein toter Buchstabe geblieben: sie hat insbesondere dazu beigetragen, den gewerkschaftlichen Standpunkt zu einem so bedeutenden Problem wie der Vertretung der Arbeitnehmer in den Organen der europäischen Aktiengesellschaft zu artikulieren.
2. Zweitens unterscheiden wir uns von anderen Gruppen dadurch, daß der Bund von den angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen finanziert wird. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung war von Anfang an, sich nicht als gewerkschaftliche Fraktion im Rahmen eines Organs wie dem Wirtschafts- und Sozialausschuß zu organisieren, sondern sich die Grundlagen zu verschaffen, die sie für eine unabhängige Aktion gegenüber allen Institutionen der Gemeinschaft benötigt.

*) Die IBFG-Organisationen der Gemeinschaft sind:

- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) - Bundesrepublik
- Fédération Générale du Travail de Belgique (FGTB) - Belgien
- Nederlands Verbond van Vakverenigingen (NVV) - Niederlande
- Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (CISL) - Italien
- Unione Italiana del Lavoro (UIL) - Italien
- Confédération Générale du Travail (CGT) - Luxemburg
- Force Ouvrière (FO) - Frankreich

3. Das dritte hervorstechende Merkmal ist die Errichtung eines gemeinsamen Fonds innerhalb des EBFG. Dieses im Jahre 1964 eingesetzte Organ hat den Zweck, die Differenzen zwischen den Strukturen und der Arbeitsweise der Gewerkschaften der Mitgliedsstaaten auszugleichen. Es wird hauptsächlich aus den Finanzmitteln der Bünde der Bundesrepublik und der Benelux-Länder gespeist und zur Unterstützung der französischen und italienischen Organisationen in Anspruch genommen. Auch in dieser Einrichtung kommt deutlich die aktive Solidarität zwischen unseren angeschlossenen Bünden zum Ausdruck.

Die Branchen organisieren sich

Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes wirft Probleme nicht nur für die Gewerkschaftsbünde, sondern auch für die Industriegewerkschaften auf.

Die Entstehung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hatte die Verbände der Stahl- und Bergarbeiter schon 1952 zur Gründung des Montanausschusses der EGKS veranlaßt, der sich auch heute noch mit den Problemen dieser Sektoren befaßt.

Da auch andere Wirtschaftsbranchen durch Bestimmungen der Rom-Verträge unmittelbar berührt wurden, gehörten ihre Gewerkschaften zu den ersten, die sich eine Struktur auf der Ebene der Gemeinschaft gaben.

Angetrieben durch die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes selbst und durch den raschen Fortgang der industriellen und finanziellen Konzentration entschlossen sich auch andere Verbände, diesem Beispiel des Zusammenschlusses auf Gemeinschaftsniveau zu folgen. Diese Gruppierungen, in unserem Fachjargon „Gewerkschaftsausschüsse“ genannt, existieren bereits für die nachstehenden Sektoren: Montanausschuß EGKS, Landwirtschaft, Verkehr, Metall, Nahrung und Genuß, Angestellte, Chemie und Fabrikarbeiterverbände, Bau und Holz, Textil und Bekleidung, Post, Telegraf und Telefon.

Auf der Suche nach einem Verhandlungspartner

Die mangelnde Transparenz der Entscheidungsmechanismen der Gemeinschaft erklärt zum großen Teil die Schwierigkeiten, die der Entwicklung einer wirksamen Gewerkschaftsaktion im Wege stehen. Auf diese Schwierigkeiten ist schon in der Entschliebung der er-

sten Generalversammlung (November 1959) hingewiesen worden.

Der EBFG hat seit eh und je gefordert, die Zollunion durch eine gemeinsame Politik in den Wirtschafts- und Sozialbereichen zu ergänzen und der Gewerkschaftsbewegung den ihr gebührenden Platz bei der Ausarbeitung dieser Politik einzuräumen.

Zu Anfang schien alles völlig klar zu sein. Legt man die Römischen Verträge zugrunde, so sind die Kompetenzen zwischen Kommission und Rat genau abgegrenzt: die Kommission schlägt vor, der Rat beschließt.

Folglich zog der EBFG den Schluß, daß er durch Einwirkung auf die Kommissionsvorschläge auch Einfluß auf die Entscheidungen des Rates nehme.

In der Praxis ist die Aufteilung der Befugnisse zwischen Kommission und Rat nicht sehr lange respektiert worden. Zwischen diese beiden Organe hat sich das Korps der Ständigen Vertreter geschoben, das den in den Römischen Verträgen anvisierten Ansatz zu einer supranationalen Beschlußfassung durch das ständige Gespräch zwischen den Regierungen ersetzt. Angesichts dieser Lage forderte der EBFG immer wieder, durch Erweiterung der Befugnisse der Kommission, des Europäischen Parlaments und — was uns direkt betrifft — des Wirtschafts- und Sozialausschusses die Klarheit der gemeinschaftlichen Beschlußfassung wiederherzustellen. Unterdessen mußte er trotz seiner Verantwortung für die Interessen von 12 Millionen Arbeitnehmern zusehen, wie er mit der institutionellen Verwirrung fertig wurde. So war der EBFG gezwungen, in den ihn unmittelbar berührenden Bereichen von der Kommission als einzigem Gesprächspartner abzurücken und den Dialog mit dem Rat zu suchen. In der Praxis hat sich diese Suche in verschiedenen Formen manifestiert.

Aktionsprogramm

Schon im Jahre 1963 waren unsere Bünde zu der Erkenntnis gekommen, daß unsere Forderungen auf sozialem Gebiet bei den Institutionen der Gemeinschaft nur ein schwaches Echo hervorriefen.

Außerdem waren auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet Beschlüsse — darunter vor allem die Errichtung des Ausschusses für die mittelfristige Wirtschaftspolitik — gefaßt worden, die uns zwangen, mittelfristige gewerkschaftliche Zielvorstellungen zu präzisieren.

In Anbetracht dieser Situation hatte der Exekutiv Ausschuß in der Generalversammlung vom April 64 den Auftrag erhalten, einige gemeinsame Ziele für eine Gesamtktion aller unserer Bünde zu formulieren. Sie fanden ihren Niederschlag im Aktionsprogramm, das zum 1. Mai 1965 veröffentlicht wurde und die folgenden vier Punkte umfaßt:

- Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden pro Woche, verteilt auf 5 Tage, bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich;
- Verlängerung des Urlaubs auf 4 Wochen im Jahr;
- Erhöhung des Urlaubsgeldes — neben der Weiterzahlung des normalen Arbeitsentgelts ist ein Urlaubsgeld, das in seiner Höhe dem für die Urlaubszeit gezahlten Entgelt entspricht, zu gewähren;
- Sicherung des Einkommens bei Arbeitsunfähigkeit.

Dieses Programm war weder an die Adresse der Gemeinschaft noch an die auf dieser Ebene zusammengeschlossenen Arbeitgeberorganisationen gerichtet. Es stellt einen Forderungskatalog dar, den es von den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen innerhalb ihrer nationalen Aktionsbereiche prioritär zu verteidigen galt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Beschluß zur Aufstellung eines Aktionsprogramms für die Harmonisierung nach oben dieser vier grundsätzlichen Forderungen — und das in allen Ländern der Gemeinschaft — bestimmend gewesen ist.

Koordinierung der nationalen Aktionen

Die mit dem Aktionsprogramm gemachte Erfahrung beweist, daß eine unabhängige Aktion — eine, die ganz außerhalb der Institutionen geführt wird — Durchschlagskraft hat. Diese Aktion ist jedoch ihrer Natur nach auf sehr genau umrissene Forderungen beschränkt und kann den durch das Faktum Gemeinschaft aufgeworfenen Problemen, die häufig genug kompliziert sind, nicht gerecht werden.

Aus diesem Grund hat es sich der EBFG im Laufe der Jahre angewöhnt, die Schritte der angeschlossenen Bünde bei ihren Regelungen zu koordinieren. Dem Sekretariat sind die Vorschläge der Kommission im Stadium ihrer Ausarbeitung bekannt; besondere Arbeitsgruppen befassen sich mit der Untersuchung dieser Vorschläge und überweisen sie anschließend an den Exekutiv Ausschuß, der die gewerkschaftliche Stellungnahme fixiert. Letztere wird an

die Institutionen der Gemeinschaft weitergeleitet und parallel dazu auch noch durch Aktionen der angeschlossenen Bünde bei ihren Regelungen unterstützt.

Indes sind auch dieser Methode Grenzen gesetzt. Die auf gemeinschaftlicher und nationaler Ebene unternommenen Schritte laufen eher darauf hinaus, für die Arbeitnehmer nachteilige Entwicklungen zu verhindern als Entscheidungen zu ihren Gunsten zu bewirken.

Der EBFG hat diesen Bedingungen Rechnung getragen und den Rat auch weiterhin gedrängt, dem Dialog mit den Gewerkschaften zuzustimmen. Diese Bemühungen sind inzwischen in einem für die Arbeitnehmer sehr wichtigen Bereich, der Beschäftigungspolitik, von Erfolg gekrönt worden.

Errichtung des Ständigen Ausschusses für die Beschäftigung

Schon seit Jahren versucht unser Bund deutlich zu machen, daß die Beschäftigungsprobleme nicht mehr allein durch Entscheidungen der Einzelstaaten bestimmt werden, sondern in steigendem Maße von den Maßnahmen auf der Ebene der Gemeinschaft abhängen.

Wir hatten deshalb gefordert und nach einer Reihe von Schritten auch erreicht, daß eine Konferenz über Arbeitsmarktfragen einberufen wurde. Diese, die im April '70 in Luxemburg stattfand, vereinigte — und zwar zum erstenmal in der Geschichte der Gemeinschaft — Arbeitsminister, Kommission, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Dem EBFG gelang es bei dieser Gelegenheit, ein Einvernehmen über die Errichtung eines ständigen Organs für die Beschäftigungsprobleme zu erzielen: den Ständigen Ausschuß für die Beschäftigung.

Der Ständige Ausschuß für die Beschäftigung, in dem die Sozialminister, die Kommission, die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammenkommen, hat sich als ein wirksames Instrument für die Herbeiführung der von uns schon seit Jahren angestrebten Konfrontation mit den politisch Verantwortlichen der Gemeinschaft erwiesen.

„Pariser Gipfel“

Seit der Gipfelbegegnung von Den Haag (Dezember 1969) hat der EBFG nicht aufgehört zu betonen, daß die Wirtschafts- und Währungsunion kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument im Dienst des sozialen Fortschritts, der gerechten Verteilung des Volkseinkommens und der Vollbeschäftigung.

Diesen wichtigen Zielen müssen die Wirtschafts- und Finanzpolitik untergeordnet werden, damit sie eine humane Endbestimmung erhalten.

Nach Auffassung des EBFG darf sich die durch die Beschlüsse im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion vorgesehene Koordinierung nicht auf die Beseitigung der konjunkturellen Fluktuationen beschränken, sondern muß – und das gleichzeitig – auch die Auswirkungen auf die Einkommensverteilung berücksichtigen. Mit anderen Worten: es geht darum, über die Konjunkturpolitik hinausgreifend die Bewältigung der Strukturprobleme anzusteuern.

Dies bedeutet, daß Koordination und Beschlussfassung im Gesamtbereich der Wirtschafts- und Währungsunion die organisierte und ständige Abstimmung mit den Gewerkschaften voraussetzen. Ohne eine solche Zusammenarbeit wird die Wirtschafts- und Währungsunion niemals Gestalt annehmen.

Die Beschlüsse des Pariser Gipfeltreffens machen deutlich, daß unsere Forderungen doch noch Gehör gefunden haben. In zwei wesentlichen Punkten verschafft uns das Schlußkommuniqué dieser Konferenz Genugtuung: Ausarbeitung eines sozialen Aktionsprogramms bis Ende 1973 und Anerkennung der Notwendigkeit einer wachsenden Beteiligung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter an den Entscheidungen der Gemeinschaft, so vor allem durch das Initiativrecht des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Damit diese Beschlüsse auch wirklich zur Ausführung kommen, hat der EBFG mit Erfolg gefordert, im nächsten Frühjahr eine Sozialkonferenz nach dem Vorbild der Konferenz über Arbeitsmarktfragen vom April 1970 einzuberufen. Diese Zusammenkunft, die für April 1973 geplant ist, wird eine umfassende Gegenüberstellung der Standpunkte aller Beteiligten der Sozialpolitik ermöglichen; eine solche Gegenüberstellung hat die Gemeinschaft dringend nötig.

Auf dem Wege zu einer erweiterten Gewerkschaftsaktion

Durch unsere Kontakte mit den Schwesterorganisationen der übrigen europäischen Länder wissen wir schon seit langem, daß diese unsere Vorstellung von der Europäischen Gemeinschaft nicht teilen. Dies gilt besonders für Großbritannien, wo der TUC die in Aussicht

gestellten Vorteile der europäischen Integration mit großer Skepsis beurteilt.

Wir waren uns also im klaren darüber, daß es sofort mit Beginn der Diskussion über die Errichtung einer um die übrigen europäischen Länder erweiterten Gewerkschaftsorganisation zu Schwierigkeiten kommen würde. Diese Meinungsverschiedenheiten haben sich denn auch im Laufe der Aussprachen, die seit etwas mehr als einem Jahr zwischen den Vertretern der 17 IBFG-Bünde aus 14 europäischen Ländern*) im Gange sind, bemerkbar gemacht. Probleme wie die räumliche Ausdehnung, der Charakter der Organisation, die Sekretariatsstruktur gaben Anlaß zu bisweilen recht betont geführten Auseinandersetzungen, die jedoch immer mit einer für alle Seiten zufriedenstellenden Lösung endeten.

In einer vorbereitenden Sitzung Ende November '72 wurde beschlossen, den Gründungskongreß der neuen europäischen Gewerkschaftsorganisation am 8. und 9. Februar 1973 in Brüssel abzuhalten.

Dieser erweiterte Bund wird der Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit geben, als weltweit geeinte Organisation der europäischen Arbeitnehmer einen Weg fortzusetzen, der – auch wenn es manchmal nur Schritt für Schritt weitergeht – stets von der Arbeit am künftigen Bau einer Gemeinschaft des Fortschritts oder ganz einfach einer Gemeinschaft im Dienste ihrer Bürger geprägt wird.

*) Fédération Générale du Travail de Belgique – Belgien

Landsorganisationen i Danmark – Dänemark
Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesrepublik Deutschland

Force Ouvrière – Frankreich

Trades Union Congress – Großbritannien

Aithydusamband Islands – Island

Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori – Italien

Unione Italiana de Lavoro – Italien

Fédération Générale du Travail – Luxemburg

Nederlands Verbond van Vakverenigingen – Niederlande

Landsorganisasjonen i Norge – Norwegen

Schweizerischer Gewerkschaftsbund – Schweiz

Suomen Ammattiliittojen Keskusjärjestö – Finnland

Tjänstemannaorganisationernas Centralförbund – Finnland

Landsorganisationen i Sverige – Schweden

Tjänstemännens Centralorganisation – Schweden

Österreichischer Gewerkschaftsbund – Österreich

**Verlag
Neue
Gesellschaft
bringt:**

**Neu
Frühjahr '72**

Walter Stitzle

Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962

ca. 240 Seiten, Snoln-Broschur ca. 32,- DM

ISBN 3-87831-059-5

„Mit anderen Worten: Adenauers Deutschland-Politik gab vor, den Status quo überwinden zu wollen; indem sie ihn Ignorierte. Wie aber mußte sich die Szene wandeln, wenn der Hauptgarant westdeutscher Sicherheit, die USA, hinter diese Sicht des Status quo ein Fragezeichen setzen würde?“ — Diese Frage stellt der Autor in den Mittelpunkt seiner Untersuchung zur Berlin-Krise 61/62.

Freiheitlicher Sozialismus

Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis Hegg. von Helner Flohr, Klaus Lompe, Lothar Neumann

Mit einem Geleitwort von Alfred Nau

ca. 300 Seiten

Leinen ca. 44,- DM

ISBN 3-87831-141-8

Snoln-Broschur ca. 36,- DM

ISBN 3-87831-056-7

Zu den insgesamt 19 Autoren, die hier den Begriff des freiheitlichen Sozialismus von den verschiedensten Ansätzen her interpretieren, gehören Raimut Jochimsen, Oskar Vetter, Peter von Oertzen, Otto Brenner und Heinz Kluncker.

Marie-Luise Goldbach

Karl Radek in Deutschland

Ein Beitrag zum Verhältnis von KPD und Komintern und zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1918 und 1923

ca. 160 Seiten, Snoln-Broschur ca. 20,- DM

ISBN 3-87831-138-9

Die Autorin verfolgt Radeks Aufstieg zum Komintern-Beauftragten bei der KPD bis zu seiner Ausschaltung durch Sinowjew Anfang 1924.

Frank Moraw

Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie

Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933-1948

ca. 300 Seiten, Snoln-Broschur ca. 36,- DM

ISBN 3-87831-057-9

Werner Röder

Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien

Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus

312 Seiten, Snoln-Broschur 32,— DM

ISBN 3-87831-124-8

Neben der Darstellung der einzelnen Gruppierungen der sozialistischen Emigration, ihrer Entwicklung und ihrer Tätigkeit richtet Röder besonderes Augenmerk auf die deutschlandpolitischen Konzeptionen der Exilgruppen.

Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie

Neudruck der Originalausgaben

Köln Nr. 1 vom 1. 6. 1848 bis Nr. 301 vom 19. 5. 1849

Redaktion: Karl Marx, Heinrich Bürgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels, Georg Weerth, Ferdinand Wolff, Wilhelm Wolff

Mit neugestelltem analytischen Inhaltsverzeichnis und Register

ca. 1800 Seiten, Leinen 950,— DM

ISBN 3-87831-139-7

Leo Bauer

Gespräche

ca. 160 Seiten, Snoln-Broschur ca. 10,— DM

ISBN 3-87831-140-0

Gesprächspartner des 1972 verstorbenen Chefredakteurs der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ waren u.a.: Brandt, Wehner, Grass, Vetter, Erlanger, Palme, Kreisky, Kardell, Monnet, Haferkamp, Lama, Storti, Vanni, Heinemann, Schmelzer und Eppler.

Langzeitprogramm 3 — Jungsozialisten

Kritische Stellungnahmen zum Problem einer gesellschaftspolitischen Langzeitplanung

Vorwort: Jochen Steffen

Hrsg. von Horst Heldermann

ca. 100 Seiten, Snoln-Broschur ca. 5,— DM

ISBN 3-87831-039-0

**Neu
Frühjahr '73**

**Verlag
Neue
Gesellschaft
GmbH**

D-53 Bonn-
Bad Godesberg 1
Kölnener Straße 149

Grundlagen einer Regional- und Industriepolitik der Gemeinschaft

Der Vertrag von Rom definiert die Ziele der Gemeinschaft klar und deutlich *). Müßte Artikel 2 heute niedergeschrieben werden, würden vielleicht die Begriffe „Lebensqualität“ oder „Umwelt“ stärker herausgearbeitet werden, aber am Kern würde sich nichts Wesentliches ändern.

Dagegen hat sich herausgestellt, daß der Vertrag hinsichtlich des zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Instrumentariums bei weitem nicht ausreicht. Er erwähnt die Industriepolitik überhaupt nicht und stellt die Regionalpolitik als eine streng kontrollierte Ausnahme vom allgemeinen Gesetz der Nichtdiskriminierung dar. Die auf den Gipfelkonferenzen im Haag und in Paris abgegebenen Erklärungen müßten es aber ermöglichen, auf diesen Gebieten Fortschritte zu erzielen.

Ausgehend von den Grundsätzen einer Freihandelstheorie, von denen ausschließlich die Landwirtschaft ausgeklammert wurde, sah der Vertrag vor, daß die einfache Beseitigung der Hindernisse im Güterverkehr und im Austausch von Faktoren grundlegend zur Erreichung dieser Ziele beitragen werde, und man hat festgestellt, daß seit Errichtung des Gemeinsamen Marktes neben der Beschleunigung des Handels, insbesondere zwischen den Mitgliedstaaten, ein äußerst schnelles Wirtschaftswachstum und damit eine Hebung des Lebensstandards eingetreten ist.

Allerdings war dieses Wachstum weder gleichmäßig noch ausgeglichen; da wirksame politische Korrekturen fehlten, zeigten sich im Gegenteil auf dem großen Markt spontane Tendenzen zur Unausgeglichenheit:

- trotz insgesamt wachsenden Wohlstands haben sich die regionalen Ungleichgewichte nicht abgebaut;
- bestimmte Länder — wie Italien — führten Güter, Kapital und Arbeit aus;
- andere — wie Frankreich — konnten ihren industriellen Apparat nicht genügend modernisieren;

— wieder andere Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, sahen sich in ihrer Wirtschaftsentwicklung auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.

Das Bild Europas ist also abermals nicht sehr zufriedenstellend. Die klassische Definition der Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes (Handel, Wachstum, Wohlstand) ist wahrscheinlich richtig, aber sicherlich auch unvollständig. Zur Vorbereitung einer Aktion ist es daher notwendig, den anderen Teil der Analyse zu vertiefen. Hierbei sind einige Fakten zu berücksichtigen, die in Europa bereits eingetreten sind oder demnächst eintreten können.

Abgesehen von sozialen Problemen, verursachen die regionalen Ungleichgewichte der Allgemeinheit enorme Kosten: die Ausgaben für das Angebot ein und derselben öffentlichen Dienstleistung sind in Regionen mit starker Bevölkerungsdichte meistens wesentlich höher als in den anderen Regionen. Darüber hinaus müssen sogar in den Regionen, die sich durch Abwanderung entvölkern, soziale Infrastrukturen geschaffen werden, die möglicherweise nicht genügend in Anspruch genommen werden.

Außerdem wird in zunehmendem Maße deutlich, daß die besonderen Schwierigkeiten in Regionen mit starker Bevölkerungsdichte (Bevölkerung, Wohnung, Gesundheit, usw.) die Lohnforderungen beeinflussen, und die Unternehmen, die durch ihre Standortwahl zu dieser Konzentration beigetragen haben, sind nicht in der Lage, alle hiermit verbundenen Lasten zu tragen.

Daher ist nicht nur aus sozialen Gründen, wie

*) ... eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.

man bisher geglaubt hat oder vorgegeben hat zu glauben, sondern in immer stärkerem Maße aus wirtschaftlichen Gründen, durch die sich alle sozio-ökonomischen Gruppen angesprochen fühlen müßten, eine grundlegende Aktion zum Abbau der regionalen Ungleichgewichte notwendig. Hierbei muß man sich darüber im klaren sein, daß diese Aktion viel gewichtiger sein muß, weil sie viel zu spät eingeleitet wird. Die Erfahrungen auf dem Gebiet der regionalen Entwicklung nach dem Krieg haben gezeigt, daß in unseren gemischtwirtschaftlichen Systemen die korrigierenden Maßnahmen der öffentlichen Hand nicht ausgereicht haben, um dem spontan gleichgewichtsstörenden Effekt des Marktes entgegenzuwirken.

Die klassischen Interventionen – Infrastruktur, Beihilfen (und Grundindustrien) – waren selbst bei verheerendem Einsatz unzulänglich, um die spontane Entwicklung in Gang zu bringen. Dieses Phänomen kann mit zwei Unterlassungen erklärt werden:

- Eine quantitative Unterlassung: Die „außerordentlichen“ Maßnahmen für den Mezzogiorno z. B. haben nur dazu geführt, für Infrastrukturen je Person genauso viel auszugeben wie in Norditalien, ohne daß für Süditalien daraus eine Standortverbesserung erwachsen ist. Außerdem wird die Wirkung öffentlicher Hilfen zur Ansiedlung von Unternehmen in wirtschaftlich schwachen Regionen dadurch abgeschwächt, daß öffentliche Hilfen aus anderen Gesichtspunkten an Unternehmen gewährt werden, die sich in bereits überentwickelten Regionen niederlassen. Regionalpolitik muß im Interesse der Gesellschaft ausgesprochen „diskriminierend“ sein, wenn sie nicht weiterhin unwirksam und sogar eine Geldverschwendung sein soll;
- eine qualitative Unterlassung: eine beständige spontane Entwicklung in wirtschaftlich schwachen Regionen ist ohne tiefgreifende Veränderungen ihrer sozio-kulturellen Strukturen nicht möglich. Diese Voraussetzung, auf die nur langfristig eingewirkt werden kann, ist zu oft und zu lange vom Staat unterschätzt worden. Heute zeigt sich, daß die Rolle des Staates vorrangig ist und die Aktionen auf dem Gebiet der nicht allein auf den Beruf beschränkten Ausbildung so schnell wie möglich stark entwickelt werden müssen.

Seit mehreren Jahren ist in allen Ländern der erweiterten Gemeinschaft die Industrie nicht mehr die Hauptquelle des Wachstums der Beschäftigung; heute hat diese Rolle der Dienstleistungssektor übernommen.

Für die Industrie ist diese Veränderung auf mehrere sich gegenseitig ergänzende Faktoren zurückzuführen: Sättigung der Nachfrage nach Erzeugnissen, Veränderung der sektoriellen Strukturen, Erhöhung der Kapitalintensität, Unternehmenszusammenschlüsse, Arbeitsorganisation usw.

Daß der Dienstleistungssektor an Bedeutung gewonnen hat, kann hingegen auf ganz verschiedene Phänomene zurückgeführt werden: In manchen Regionen der erweiterten Gemeinschaft entspricht diese Entwicklung einer „Saturation“ der Industrialisierung und der Notwendigkeit, das Wirtschaftssystem in seiner Funktionsweise zu verbessern, in anderen Regionen entspricht sie der Entstehung eines aufgeblähten Sektors, der nichts anderes als ein soziales Refugium einer neuen Form von Unterproletariat darstellt.

Bei den Entwicklungsvorhaben, die die Staaten in der Gemeinschaft zu fördern versuchen sollen, müssen folgende Hinweise berücksichtigt werden:

- die Schwierigkeit einer globalen Zunahme der Beschäftigung in der Industrie,
- die Notwendigkeit, in bestimmten Regionen das verhältnismäßig starke Gewicht der Industrie zu reduzieren;
- die Entstehung einer neuen Form von Unterproletariat aufgrund der Landflucht und/oder des industriellen Rückgangs, die sich in bestimmten Regionen im übermäßigen Anwachsen des Dienstleistungssektors niederschlagen kann.

Die sechziger Jahre waren durch einen bedeutenden Wandel der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern gekennzeichnet: heute stehen sich ausgewogenere Kräfte gegenüber, und diese Situation setzt sich in eine Veränderung der Einkommensverteilung um.

Dies hat zu einer Einschränkung der Investitionsneigung der Unternehmen beigetragen, wodurch die Schaffung der zur Lösung der sozialen und regionalen Probleme der Gemeinschaft notwendigen Mittel in Frage gestellt werden könnte.

Zu diesem Problem, das ganz neue Aspekte aufwirft, werden völlig überholte Lösungen vor-

geschlagen, und es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften zu größerer „Vernunft“ zurückfinden müßten, wobei verkannt wird, daß besagte „Vernunft“ früher nichts anderes war als das Ergebnis der unausgewogenen Kraft der Vertragspartner.

Heute muß man erkennen, daß zwischen den Sozialpartnern ein ausgewogenes Verhältnis besteht und andere Lösungen gefunden werden müssen:

- die Versuche auf dem Gebiet der Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und/oder der Leitung des Unternehmens haben sich noch nicht als sehr wirksam erwiesen, vielleicht weil hierbei viel zu zaghaft vorgegangen wurde. Versuche dieser Art müssen natürlich fortgeführt werden, und der Staat könnte sie fördern;
- bedeutende Fortschritte sind wahrscheinlich auf dem Gebiet der Finanzierungen möglich: der Staat kann eine grundlegende und sogar eine sehr aktive Rolle bei der Förderung der Spar- und Investitionstätigkeit spielen, soweit die Wirtschaftskreise allmählich das Bild vom Staat als Schreckgespenst aufgeben und den Staat als Partner in der Entwicklung akzeptieren und soweit natürlich der Staat es versteht, dieses neue Bild von sich selbst zu vermitteln.

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberchaft hat nicht nur vom Gesichtspunkt der Einkommensverteilung, sondern auch in wachsendem Maß auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation neue Formen angenommen. Die im wesentlichen aus dem Taylorismus übernommenen Produktionssysteme werden nicht mehr ausschließlich von einigen Intellektuellen, sondern von der gesamten Arbeiterchaft in Frage gestellt. Die Zunahme wilder Streiks und die anhaltende Tendenz zu Feierschichten sind hierfür die auffälligsten Symptome. Es reicht nicht mehr aus, das Problem dadurch zu lösen, daß Arbeitsbedingungen und Arbeitshygiene geringfügig verbessert werden. Vielmehr geht es darum, daß die Gesamtheit der Produktionsmethoden einer grundlegenden Änderung unterzogen werden muß. Denn der bewußte und politisch denkende Arbeiter Westeuropas ist nicht mehr bereit, nach Methoden zu arbeiten, die ihn in steigendem Maße zu Roboter-Arbeit zwingen, die jedesmal zwangsläufig damit endet, daß er durch eine Maschine ersetzt wird. Dieses Problem ist seit der Zeit, als Marx es zuerst aufwarf, so gut wie unbe-

antwortet geblieben, denn auch die sozialistischen Länder haben es lediglich mit einer Verstaatlichung der Produktionsmittel zu lösen versucht, nicht aber mit Hilfe der Organisation der Produktion selbst, und haben somit praktisch die kapitalistischen Produktionssysteme unverändert übernommen.

Wird auf diese Forderung keine völlig neue Antwort gegeben — der erste Schritt hierzu müßte die Beseitigung der Fließbänder sein —, werden die innerbetrieblichen Konflikte allmählich in besorgniserregendem Maße steigen, und, was noch schlimmer ist, für mühsamere Arbeiten werden europäische Arbeitnehmer durch solche aus Entwicklungsgebieten oder -ländern ersetzt, die noch bereit sind, Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die von Europäern nunmehr abgelehnt werden. Dies würde die Gefahr eines tiefen Bruchs innerhalb der Arbeiterklasse heraufbeschwören und den Weg zu künftigen sozialen Konflikten ebnen, die zwangsläufig rassistische Züge annehmen würden.

Andere neue Faktoren, die zu tiefgreifenden Veränderungen in der Struktur des Industrieapparates der Gemeinschaft führen werden, sind der Kampf gegen die Umweltverschmutzung und eine Neuauftellung zwischen Privat- und Kollektivverbrauch. Die Erfahrung in unseren Ländern wird zeigen, daß die spontane Entwicklung des Wirtschaftssystems ständig zu einer unzulänglichen Befriedigung der Kollektivbedürfnisse zugunsten von zweitrangigen und sozial häufig unnötigen Privatbedürfnissen führt. Wir haben es also mit dem in so treffender Weise definierten Zustand des privaten Reichtums bei öffentlicher Armut zu tun. Die Entwicklung von Techniken, die die Umwelt nicht verschmutzen, und die Befriedigung neuer sozialer Erfordernisse wird uns insbesondere zwingen, die Bemühungen unserer Gesellschaft auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung anders auszurichten.

Schließlich muß auf die zur Förderung der Entwicklungsländer notwendige Tendenz hingewiesen werden, derzufolge stufenweise bestimmte Industrielle — vor allem die lohnintensiven — Tätigkeiten diesen Ländern übertragen und unsere Märkte folglich für diese Erzeugnisse geöffnet werden müssen.

Allzuoft werden diese Erfordernisse, ein besseres regionales Gleichgewicht, eine neue Arbeitsorganisation im Betrieb, der Kampf gegen die Umweltverschmutzung usw. als eine Schran-

ke angesehen, die den Entwicklungserfordernissen einer wettbewerbsfähigen Industrie künstlich auferlegt wird. Die Wahrheit ist eine andere. Schon die Begriffe der Produktivität und Effizienz des Systems haben sich grundlegend geändert, und ein Wirtschaftssystem kann nicht mehr allein dann als leistungsfähig angesehen werden, wenn es kurzfristig Erzeugnisse zu wettbewerbsfähigen Preisen exportiert, dies aber mit unannehmbaren Arbeitsbedingungen oder unzureichenden öffentlichen Dienstleistungen bezahlt werden muß, die das System der ständigen Gefahr starker sozialer Spannungen aussetzen. Die sozialistischen Kräfte müssen statt dessen jetzt in der Lage sein, sich auf die Vaterschaft eines neuen und moderneren Begriffs der Produktivität zu berufen, der auch komplexere politische und soziale Erfordernisse und eine tiefgreifende Neugestaltung unseres Industrieapparats beinhaltet. Hierzu bedarf es aber auch einer vorurteilsfreien und weniger defensiven Einstellung hinsichtlich bestimmter „traditioneller“ Forderungen der Produktionsentwicklung, die die Sozialisten allzuoft für eine gefährliche Falle der Kapitalisten zu halten geneigt sind. Was die Gemeinschaft betrifft, unterstreiche ich insbesondere die Notwendigkeit einer stärkeren transnationalen Integration, damit sich unsere Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz wirksam behaupten können. Ebenso notwendig erscheint mir die Öffnung der öffentlichen Märkte, deren Beschränkung auf nationale Unternehmen heute ein großes Hindernis für die Entwicklung bestimmter — vor allem technisch fortgeschrittener — Produktionsbereiche darstellt. Ich beziehe mich im wesentlichen auf alles, was die Kommission bereits auf dem Gebiet der Industriepolitik vorgeschlagen hat und was auch für die Ausarbeitung einer Politik, die in die von den Sozialisten gewünschte Richtung geht, eine wichtige Grundlage darstellt. Ein weiterer Punkt, in dem die Sozialisten von überholten Denkschemata loskommen müssen, besteht darin, eine größere Freizügigkeit der Arbeit zu akzeptieren. Natürlich darf eine aktive Beschäftigungspolitik, die darauf ausgerichtet ist, den höchsten Beschäftigungsgrad aufrechtzuerhalten, nicht mit einer Politik verwechselt werden, die die Beschäftigung, überall wo sie besteht, selbst auf die Gefahr hin verteidigt, unproduktive Tätigkeiten am Leben zu erhalten. Die Freizügigkeit der Arbeit ist eine zwangsläufige Folgeerscheinung des mo-

dernen Lebens und vor allem einer sich rasch wandelnden Wirtschaft. Sie darf aber nicht als die Folge von Auswahlmöglichkeiten, die ausschließlich einzelnen Unternehmern zukommen, passiv hingenommen werden. Sie muß daher einerseits durch eine aktive Politik unterstützt werden, die ausschließt, daß der einzelne Arbeitnehmer ihre Kosten zu tragen hat, wie andererseits durch eine Politik der regionalen und sektoriellen Programmierung, die gemeinsam mit den Gewerkschaften in demokratischer Weise auszuarbeiten ist.

Von den Sozialisten ein neues Produktivitätsmodell fordern, heißt zwangsläufig, das Gleichgewicht der konservativen Kräfte in Frage stellen, die in vielen Ländern an der Spitze der Regierung stehen. Allzuoft wird eine merkwürdige Vorstellung als unabänderlich hingestellt, nach der es der Rechten zusteht, Reichtum in der wirksamsten Form zu erzeugen, während sich die Aufgabe der Linken darauf beschränken soll, diesen Reichtum etwas gerechter zu verteilen. In Wirklichkeit sehen wir, daß es unter den konservativen Regierungen zu diesem optimalen Einsatz des Reichtums, den uns die liberale Theorie weismachen will, überhaupt nicht kommt. Im Gegenteil, die Koalition der diese konservative Regierung tragenden Kräfte zwingt die dynamischsten Produktionsbereiche, auf der Stelle zu treten, weil große Ressourcen stillliegen und dazu dienen, landwirtschaftliche und sonstige parasitäre Renten, Spekulationen auf dem Immobilienmarkt, den Schutz oder sogar die Subventionierung unproduktiver Industriezweige zu ermöglichen. Dabei ist es dringend notwendig, im Augenblick ruhende Mittel freizugeben, um die Wirtschaft zu modernisieren und die alten und neuen sozialen Bedürfnisse zu befriedigen.

Wenn das die Ziele der Industrie- und Regionalpolitik der Gemeinschaft sind und wenn diese nicht ohne einen ausschlaggebenden Beitrag der sozialistischen Kräfte erreicht werden können, stellt sich die Frage, wie weit die gegenwärtige Struktur der Gemeinschaft in der Lage ist, ein neues politisches Gleichgewicht zu schaffen. Die Antwort hierauf kann im Augenblick nur negativ sein. Die Entscheidungsfindung der Gemeinschaft ist heute so strukturiert, daß der ständige Dialog zwischen den nationalen Behörden privilegiert Stellung einnimmt, und sie führt aufgrund dieser Struktur in immer stärkerem Maß dazu, die innerpolitische Macht der Regierungen der Mitgliedstaa-

ten zu stärken, was eine Art Rückversicherung ist, die die Regierungen untereinander austauschen. In dieser Situation bestehen nur wenig Möglichkeiten dafür, daß die dynamischeren politischen und gewerkschaftlichen Kräfte zum Tragen kommen und damit für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele wirksam werden.

Unter diesen Umständen kommt dem Kampf um die Reform der Gemeinschaftsorgane und vor allem um ihre Demokratisierung durch eine Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments eine zentrale Rolle zu. Er ist nicht das „idealistische“ Beiwerk der wirtschaftlichen Integration, sondern im Gegenteil eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß diese Integration fortschreitet in Richtung auf Ziele, die den tatsächlichen Erfordernissen unserer Völker entsprechen.

Archiv für Sozial geschichte

Band XII/1972

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktion: Prof. Dr. Georg Eckert, Dr. Kurt Klotzbach, Hana Pelger, Redaktionssekretär: Dr. Dieter Dowe

874 Seiten, Leinen 56,- DM

ISBN 3-87831-033-1

Der Band enthält u. a. folgende Beiträge:

Zwi Batscha

Die Arbeit in der Sozialphilosophie Johann Gottlieb Fichtes

Dieter Dowe

Die erste sozialistische Tageszeitung. Der Weg der „Trierschen Zeitung“ vom Liberalismus über den „wahren Sozialismus“ zum Anarchismus (1840–1851)

Hartmut Soell

Weitmarkt – Revolution – Staatenwelt. Zum Problem einer Theorie internationaler Beziehungen bei Marx und Engels

Eckart Pankoke

Soziale Selbstverwaltung. Zur Problemgeschichte sozial-liberaler Gesellschaftspolitik

Ulrich Linse

Arbeiterchaft und Geburtenentwicklung im Deutschen Kaiserreich von 1871

Alfred Milatz

Die linksliberalen Parteien und Gruppen in den Reichstagswahlen von 1871–1912

Klaus Saul

Der Staat und die „Mächte des Umsturzes“. Ein Beitrag zu den Methoden antisozialistischer Repression und Agitation vom Scheitern des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende

Dirk Stegmann

Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machtheiten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP

Heinrich Potthoff

Das Welmarer Verfassungswerk und die deutsche Linke

Verlag

Neue Gesellschaft

ambH



Weitblick entscheidet

Heute sehen, was morgen geschieht.
Zusammenhänge erkennen.
Klar und kritisch die Zukunft werten und
folgerichtig handeln. Darauf kommt es an.
Weitsicht entscheidet — die Devise unserer Zeit,
die Devise der Leser von

liberal

BESTELLSCHEIN

Bitte alle Angaben in Blockschrift!

Ich bestelle hiermit zum fortlaufenden Bezug ab Heft Nr.
des laufenden Jahrgangs die Zeitschrift "liberal"
zum Jahresabonnementspreis von DM 50,- (einschl. Zustellgebühren u. MWSt.).

Name

Ort

Straße

Unterschrift

Im Umhlag oder auf Postkarte senden an Liberal-Verlag G. m. b. H.,
57 Bonn, Bonner Talweg 57

Vom Wohlstand zur Qualität des Lebens

Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft vollzieht sich unter Umständen, die die politische und insbesondere die sozialistische Problematik in und um Europa scharf beleuchten.

Norwegen macht nicht mit aufgrund eines Gemischs aus Befürchtungen wegen nationaler Belange und hier und da aus einem sozialistischen Argwohn gegenüber einem kapitalistischen Europa. Europäische Beamte streiken und demonstrieren damit, daß gegen Gruppeninteressen kein gemeinschaftlicher Geist gewachsen ist. Die Labour Party läßt ihre Parlamentarier nicht nach Straßburg und gibt damit zu erkennen, daß für sie die Gemeinschaft des europäischen Sozialismus vorerst noch weniger bedeutet, als der nationale Kampf gegen die Konservativen.

Wenn man diese Begleiterscheinungen sieht, ist die Frage erlaubt, ob wohl je von einer spezifischen sozialistischen Konzeption für Europa gesprochen werden konnte. Gewiß, Sozialisten, Henri Spaak an erster Stelle, haben beim Zustandekommen der EWG eine bedeutende Rolle gespielt. Im Parlament der EGKS und später der EWG haben sich Sozialisten konsequent für eine freie Wahl des Arbeitsplatzes und für soziale Sicherheit eingesetzt. Im Kampf um die Erweiterung der Befugnisse des Parlaments, in der Ablehnung enger Verbindungen mit nicht-demokratischen Regimen wie dem spanischen sind die Sozialisten vorangegangen. Mansholt hat dem einschneidendsten Bestandteil der EWG-Entwicklung, der gemeinschaftlichen Landwirtschaftspolitik, sein unauslöschliches Siegel aufgedrückt.

Doch muß, wenn man sich über die Grundlagen der zu führenden Wirtschafts- und Sozialpolitik Gedanken macht, die Frage nach dem eigenen sozialistischen Beitrag zur Entwicklung der Gemeinschaft erlaubt sein.

In den fünfziger Jahren wurde das europäische Einheitsstreben bestimmt vom Wunsch nach der französisch-deutschen Versöhnung, die zur

Errichtung der EGKS führte, einem Ergebnis übrigens von nicht zu überschätzender Bedeutung. In der Mitte der fünfziger Jahre ist es vor allem das Verlangen nach weiterer wirtschaftlicher Expansion gewesen, das die Römischen Verträge ermöglicht hat. Dem Zustandekommen der EWG lag die Überlegung zugrunde, daß nur ein vergrößerter Markt Europa davor bewahren könnte, zwischen den Supermächten zerrieben zu werden. Nicht ein Gesellschafts-Ideal, sondern wirtschaftliche und politische Selbsterhaltung hat die Römischen Verträge bestimmt. In dieser Periode war in Europa die Diskussion über Planwirtschaft und Neoliberalismus im Gange. Der Planwirtschaftsgedanke war auf dem Rückzug. Im Amerika Eisenhowers wurde liberalisiert, Europa folgte. Ein einheitlicher großer europäischer Markt mit einem freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital nach amerikanischem Vorbild war das große Ideal. Eine mehr oder weniger dirigistische oder orientierende Politik wurde nur für Landwirtschaft, Transport und Energie vorgesehen. Das Konkurrenzgebaren der Industrie wurde nach amerikanischem Muster durch eine Fusionskontrolle gewährleistet.

Ich brauche hier nicht zu wiederholen, daß die Verwirklichung des freien Güterverkehrs, die Abschaffung der Kontingentierung (1962), später der internen Tarife, mit einer besonders hohen Wachstumsrate in den sechs Ländern und einer nahezu unvergleichlichen Zunahme des internen Handels zusammenfielen. Von den Idealen und Erwartungen der fünfziger Jahre her gesehen, ist die EWG ein durchschlagender Erfolg geworden. Der Durchschnitts-Lebensstandard der Bevölkerung wurde mehr als verdoppelt. Der soziale Wohnungsbau wurde verbessert, der Besitz von technischen Geräten in den Einzelhaushalten, von Autos, Fernsehapparaten, Telefonen breitete sich enorm aus. Die Gemeinschaft wurde zum wichtigsten Handelsblock der Welt.

In vielerlei Hinsicht ist die amerikanische Herausforderung mit Erfolg beantwortet worden. Die Ausweitung, Vertiefung und Vollendung der Gemeinschaft, Thema der Haager Gipfelkonferenz, brauchte – wie es schien – auf der Pariser Gipfelkonferenz auf dem Wege zu einer ökonomischen und monetären Union nur bestätigt zu werden. Doch hat das Pariser Spitzengespräch nur wenig Begeisterung geweckt. Es gab viele Krisenerscheinungen um die Gemeinschaft bis hin zu dem ersten zurückgezogenen Mißbilligungsantrag gegen die Europäische Kommission. Es bestehen vor allem in sozialistischen Kreisen tiefe Zweifel, ob wir mit der Gemeinschaft auf dem rechten Wege sind. Damit ziehe ich nicht an erster Stelle auf den vagen Auftrag für eine „Europäische Union“, das Wort, das nötig war, als es sich als nicht möglich erwies, für die politische Einigung Europas eine einigermaßen gemeinsame Lösung vorzulegen. Unabhängig von den permanent bestehenden Differenzen über die letztlich anzustrebende Struktur Europas sehe ich fünf Entwicklungen, auf die sich die Kritik der Sozialisten richten muß.

1. Die liberale Konzeption des einen Marktes hat zwar zu einem starken Wohlstandswachstum geführt, aber ebenso wie in den Vereinigten Staaten ist eine starke Diskrepanz zwischen privatem Überfluß und öffentlicher Armut entstanden. Nicht nur für die verschiedenen Mitgliedstaaten, sondern für die EWG insgesamt gilt, daß die gemeinschaftlichen Anstrengungen hinter der vergrößerten privaten Produktion zurückbleiben. Der Tod der Städte, das unaufhaltsame Wachstum der industriellen Zentren, die Unsicherheit des Verkehrs, die Umweltverschmutzung sind solche Äußerungen dieses gestörten Gleichgewichts.
2. Obwohl wenig supranationale Fusionen stattgefunden haben, hat die Herrschaft der großen Unternehmen so sehr die Produktion und den Konsum bestimmt, daß von einer demokratischen Entscheidung darüber, was und für wen produziert wird, kaum die Rede sein kann.
3. Die Unterschiede in Lebensumständen und Lebensniveau sowohl geographisch als auch funktional sind sehr groß geblieben. Von einer Verminderung der Einkommensunter-

schiede innerhalb der Gemeinschaft kann kaum gesprochen werden. Trotz der Ansätze zur Vermögensstreuung in einigen Ländern ist die Verfügungsgewalt über Vermögen und über das Einkommen daraus in den Händen weniger geblieben. Das Bild von der Vorrangigkeit des Kapitals wird verstärkt durch den Einsatz von 10 Millionen Arbeitern aus Ländern, die nicht zur Gemeinschaft gehören und deren Rechte beschränkt sind. Arbeitnehmer, die sich in einer Position völliger Abhängigkeit und oft Willkür befinden.

4. Der Verbrauch von Energie, Rohstoffen und hochwertigen Nahrungsmitteln ist überdurchschnittlich gestiegen. Obwohl es zu früh sein dürfte, allzu sichere Aussagen über die Erschöpfung natürlicher Hilfsquellen zu machen, ist es zumindest wahrscheinlich, daß die EWG auf diesem Weg nicht fortschreiten kann, ohne sich eines entscheidenden Beitrags zu einer unlösbaren ökologischen Krise schuldig zu machen. Der Briefwechsel Mansholt-Barre ist der Ausdruck eines fundamentalen Problems, über welches das Pariser Gipfelgespräch auf Katzenpfötchen hinweggeglitten ist.
5. Trotz der Tatsache, daß die EWG die Einfuhren aus den Ländern der Dritten Welt stärker vergrößert hat als die Vereinigten Staaten oder die Ostblockländer (auch dank des größeren wirtschaftlichen Wachstums), hat die EWG versäumt, einen substantiellen Beitrag zur Befreiung der armen Länder aus ihrer Position der Ohnmacht zu leisten. In der Kennedyrunde kamen die Produkte aus den Entwicklungsländern schlecht weg. Der Selbstversorgungsgrad für die meisten landwirtschaftlichen Produkte wurde zu hoch angesetzt (Zucker!), auf dem Pariser Gipfel weigerten sich die Staatsoberhäupter und die Ministerpräsidenten der simplen Empfehlung des Präsidenten der Weltbank zu folgen und die Einfuhr industrieller Produkte aus den Entwicklungsländern jährlich um 15 Prozent zu erhöhen.

Nun wäre es falsch, die Vorstellung zu erwecken, als habe sich die Gemeinschaft hinsichtlich dieser Entwicklungen gänzlich passiv verhalten. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre kann durchaus von einer Neuorientierung

der Politik der Gemeinschaft auf jedem dieser Gebiete gesprochen werden. Der größere Markt wird weniger zum Selbstzweck. Die Gemeinschaft verliert an Glanz und sucht richtigerweise nach größerer Substanz ihrer Politik. Man kann aber schwerlich behaupten, daß dem ein ernster Versuch zugrunde läge, sich über die Art der Gesellschaft, der man Gestalt geben will, Rechenschaft abzulegen. Typisch ist, daß der stärkste Nachdruck auf den technisch-ökonomischen Sektoren liegt, bei denen Europa deutlich hinter den Vereinigten Staaten zurückgeblieben ist: Kernenergie, Raumfahrt, Computer, Telekommunikation, Flugzeugbau. Nun bin ich der letzte, der leugnen würde, daß technologische Neuerungen im technischen Zeitalter für die Vitalität und Selbstbehauptung Europas ein Lebensinteresse ist. Was beunruhigt, ist, daß kaum nach Zielen und Methoden gesucht wird, bei denen im Anschluß an das, was in den Vereinigten Staaten erreicht wurde, für Europa eine eigene Entwicklung gesucht wird. Das Memorandum der Kommission vom März 1970 in Sachen Industriepolitik der Gemeinschaften stand stark im Zeichen eines Konkurrerens in diesen Sektoren gegen die Vereinigten Staaten. Angesichts der bedeutenden amerikanischen Niederlassungen und Einflüsse in allen diesen Sektoren hätte genug Anlaß bestanden, die Entwicklung der fortgeschrittenen Technologien in Europa zu erproben und sie innerhalb der sozialen Zielsetzungen zu kanalisieren.

Auf dem achten Kongreß der sozialistischen Parteien in der Gemeinschaft wurde die zu führende Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Rahmen einer Revision der gesellschaftlichen Ordnung gestellt. Diese Revision muß zu allererst auf ein Bewußt- und Durchsichtigmachen der ökonomischen Entscheidungen ausgerichtet sein. Der Marktmechanismus versagt, wo es gilt, kollektive Maßnahmen sicherzustellen. Der Inflationsgrad zeigt innerhalb Europas eine strukturelle Tendenz in Richtung Zunahme. Diese steigende Inflation ist die Spiegelung massierter Abwälzungsprozesse. Vom Staat wird verlangt, daß er mehr und bessere Dienstleistungen liefert, insbesondere im Unterrichts- und Gesundheitswesen, aber wir weigern uns, dafür mit einer Einschränkung des privaten Konsums zu bezahlen. Die massierte Abwälzung führt zu Überinvestierung, Zahlungsbilanzdefiziten, Geldentwertung und Arbeitslosigkeit. Eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung

ist nur möglich, wenn die organisierten Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, für Produktion und Verteilung Mitverantwortung zu tragen. Das bedeutet Erweiterung des Mitbestimmungsrechts, Streuung der Vermögen und Verringerung der Einkommensunterschiede.

Eine Einkommenspolitik, die alle Arten von Einkommen umfaßt, kann man nicht in nationalem Rahmen zu einem geschlossenen System machen. Inflationsbekämpfung wird darum nur gelingen, wenn in Brüssel über die Richtlinien für eine europäische Einkommenspolitik mit allen zugehörigen Details Übereinstimmung erreicht wird.

Eine Einkommenspolitik wird aufgebläht, wenn sie nicht auf Beherrschung der Investitionen beruht. Investitionsbeherrschung erfordert wenigstens eine indikative Planung der großen Investitionen in den wichtigsten Betriebszweigen. Die Sektorenregelung wie es die Kommission in einem Grundkonzept niedergelegt hat, ist auf Stützmaßnahmen und Neustrukturierung ausgerichtet. Es handelt sich jedoch um Koordination der industriellen Expansion, wobei die Folgen dieser Expansion für Arbeitsplätze, Raumordnung, gleichmäßige Einkommenverteilung, Umwelt und Absatzmöglichkeiten der Entwicklungsländer auf dem europäischen Markt zu prüfen sind.

Ich muß in einer schematischen Skizze davon absehen, die Instrumente zu nennen, deren man sich bedienen muß, um ein blindes Wohlstandswachstum in eine zielbewußte gesellschaftlich befriedigende umzulenken. Ich spreche darum auch kein Urteil aus, ob und wieviel Industrien dem Privateigentum entzogen und kommunalisiert werden sollten. Wohl trete ich dafür ein, daß mit dem Aberglauben gebrochen wird, Liberalisierung des Verkehrs von Gütern, Personen und Kapital werde für sich und ohne weiteres zu optimaleren Verhältnissen führen. Nach den Jahren der Liberalisierung innerhalb der Gemeinschaft hat jetzt die Stunde für die zielbewußte Führungsintegration geschlagen, das will sagen, das Testen der Investitionen und Gewinnbestimmung an der Förderung von Entfaltung, Verbesserung der Umwelt und Verringerung der Einkommensunterschiede.

Dies bedeutet, um einige Beispiele zu nennen, daß folgendes notwendig ist:

- Einschränkung, vielleicht gänzliches Einstellen des überschallschnellen Luftverkehrs;
- Begrenzung der Tonnage von Tankern und Großfrachtern, die europäische Häfen mit unübersehbaren Kosten der Infrastruktur belasten;
- Umschalten von energie-Intensiven zu energiesparenden Produktions- und Transportmethoden;
- Konsequenter Vorrang im internationalen Verkehr für raum- und energiesparende Formen des öffentlichen Transports;
- selektive Anwendung von Computern namentlich bei der Dienstleistung unter Beachtung schädlicher Auswirkungen auf Arbeitsplatz und Arbeitsfreude;
- systematische Versuche, nach einem Jahrhundert stets fortschreitender Arbeitsteilung über eine Aufgabenerweiterung ein neues Verhältnis der Menschen zu ihrer täglichen Arbeit zustande zu bringen;
- Ausdehnung der Aktivitäten der Sozialfonds gerichtet auf Umschulung und Förderung der Mobilität für die Arbeitnehmer;
- eine solche Abstimmung von Industrie- und Arbeitsmarktenkung, daß die Einschaltung von Arbeitern aus Ländern, die nicht zur Gemeinschaft gehören, allmählich vermindert wird, unter der Voraussetzung, daß für die Herkunftsländer genügend Investitions- und Ausbildungsbeiträge geliefert werden, so daß die Verminderung der Arbeitsplätze mehr als kompensiert wird;
- Abstimmung der Landwirtschafts- und Industriepolitik auf eine jährlich scharf zu programmierende Zunahme der Einfuhr von verarbeiteten landwirtschaftlichen und industriellen Produkten aus den Entwicklungsländern.

Zu lange ist die Schaffung eines europäischen Marktes als ein Ideal an sich gesehen worden. Der europäische Markt ist zum guten Teil eine Tatsache. Er hat Produktivität und Wohlstand vergrößert. Er hat die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, von Macht und Wissen ein schärferes Relief gegeben. Die Jugend Europas erwärmt sich nicht mehr nur für Wachstum an sich. Wie die Olympischen Spiele als reine Jagd auf Rekorde ihren Glanz verloren haben, so bietet die Immense Rahmenerweiterung, die der Europamarkt brachte, keine Inspiration mehr.

Als Rotterdam vor einigen Jahren zum größten Hafen der Welt wurde, war das in den Niederlanden ein nationales Ereignis. Heute sagt man: „Der größte Hafen der Welt? Was soll's?“ Wie leben die Menschen in Rotterdam und im Mündungsgebiet des Rheins? Dasselbe ist mit der EWG geschehen. Die Produktionsziffern imponieren nicht mehr. Heute kann die europäische Integration nur noch durch eine Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in den neun Ländern der EWG ihren Sinn beweisen.

**Schriftenreihe des
Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Hans-Josef Steinberg
**Sozialismus und deutsche
Sozialdemokratie**

**Zur Ideologie der Partei vor dem
1. Weltkrieg**

3. verbesserte Auflage
176 Seiten, Snoln-Broschur, 19,80 DM
ISBN 3-87831-050-1

**„Neue politische Literatur“ über die
1. Auflage:**

„... Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Faktoren maßgeblich zur Ausbildung einer Parteiideologie beigetragen haben, deren fatalistischer Kern nur notdürftig durch einen formalen Radikalismus verdeckt wurde. Ihre Untersuchung wird ergänzt durch die Darstellung der als Reaktion gegen diesen ‚formalen Radikalismus‘ auftretenden Strömungen und Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die der Verfasser – zu Recht differenzierender als die meisten Autoren – als ‚Revisionismus‘, ‚Reformismus‘ und ‚Praktizismus‘ bezeichnet...“

**Verlag
Neue Gesellschaft
GmbH**

Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Jos van Eynde

Mitglied des belgischen Parlaments und zusammen mit Edmond Leburton Vorsitzender der belgischen Sozialistischen Partei

Dr. Katharina Focke

In der VI. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt zuständig für die Koordinierung der Europapolitik; jetzt Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Roy Jenkins

Von 1964–1970 Mitglied der Labour-Regierung in Großbritannien, zuletzt (von 1967 bis 1970) als Schatzkanzler

Jens Otto Krag

Von 1962 bis 1968 und von 1971 bis 1972 Ministerpräsident und von 1962 bis 1972 Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratischen Partei

Dr. Bruno Kreisky

Österreichischer Bundeskanzler und Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

Edmond Leburton

Belgischer Ministerpräsident; zusammen mit Jos van Eynde Vorsitzender der belgischen Sozialistischen Partei

Sloco Leendert Mansholt

Ehemaliges Mitglied und Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Vorsitz er in den letzten acht Monaten des Jahres 1972 innehatte

François Mitterrand

Erster Sekretär der französischen Sozialistischen Partei; ehemaliger Minister für Kriegsteilnehmer, für die überseeischen Departements und Gebiete, Innenminister sowie Justizminister

Theo Raschaert

Generalsekretär des Europäischen Bundes freier Gewerkschaften

Altiero Spinelli

Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften; bis zu seiner Ernennung als Kommissionsmitglied Leiter des Instituts für internationale Angelegenheiten in Rom

Joop den Uyl

Fraktionenvorsitzender der Partij van de Arbeid in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments